

(Crim.)

118





Jus. 23034. KK.

Crim. 118.

Gründler

Systematische Entwicklung

der

L e h r e

von der

Verjährung der peinlichen Strafe,

nach

gemeinen und besondern Rechten.

V o n

D. C. A. Gründler,

Lehrer der Rechte in Halle.

H a l l e,

bey Hemmerde und Schwetschke.

1796.

1840

Vertrag

Vertrag

Vertrag

Vertrag

Vertrag

Vertrag

Seiner Excellenz

dem

königlich preussischen

Staatsminister

Herrn von Wöllner.





V o r r e d e.

Die fast zu sehr abgemessne Zeit, welche den Lehrern zur Erläuterung des Criminalrechts vergönnt ist, veranlasste mich, diesen Gegenstand, der überdem in den Lehrbüchern des peinlichen Rechts, oft mangelhaft, und zerstückelt vorgetragen wird, zu bearbeiten, um dem Lehrer sowohl Zeit zu ersparen, als auch den jungen Gelehrten mit dieser Materie bekannter zu machen. Aus diesen Gesichtspunkt wird daher derjenige, welcher etwan diese Abhandlung einer Prüfung für werth halten sollte, sie beurtheilen. Es würde mir sehr leicht gewesen seyn, diese Abhandlung um ein Ansehnliches zu vermehren, vorzüglich ausführlich von der Privatgenugthuung bey den Verbrechen zu handeln, allein die wenige Zeit, welche mir zur Bearbeitung übrig war, vereitelte jeden guten Vor-

Vorsatz. Wird aber auch diese Abhandlung Nutzen haben? ein Gedanke der mir öfters bey Bearbeitung dieser Materie einfiel. Ich habe nicht mehr gethan als meine Vorgänger, die diesen Gegenstand bearbeitet haben, ich kann mir weiter nichts beylegen; als dass ich die Materie etwas mehr geordnet, und einige Grundsätze ausführlicher entwickelt habe, als jene, welche solche aufstellten. Sehr grossen Nutzen würde diese Abhandlung haben, wenn dadurch *Gelehrte* veranlasst würden, diesen Gegenstand einer strengen Critik zu unterwerfen, und dadurch die *Gesetzgeber*, überzeugt von der Schädlichkeit der Verjährung, sich verbunden glaubten, sie gänzlich aufzuheben. Weniger Nutzen aber würde sie haben, wenn Practiker sie, vielleicht bey Vertheidigung der Verbrecher, noch gebrauchen würden. Niemand wird gewiss, der über diesen Gegenstand nachgedacht hat, daran zweifeln, dass die Verjährung der peinlichen Strafe, vortheilhaft für den römischen Staat, heutiges Tages mehr schädlich, als nützlich sey. Der Römer hatte eine ganz andere Verfahrungsart in peinlichen Fällen, als wir haben, und diese machte, dass auch die Verjährung für ihn mehr Vortheil als Schaden verursachte. Der römische Accusator, wird durch den Gedanken, deine Anklage geht verloren, wenn du sie nicht zu der bestimmten Zeit anstellst, gereitzt, seine Anzeige bald an den Richter ergehn zu lassen;

sen; hierdurch allein erfuhr der Richter den Vorgang, und konnte den Verbrecher bestrafen. Der Grundsatz, ungestraft bliebe kein Verbrecher, wurde hiedurch noch mehr bestärkt. (*Filangieri 4ter Band 57 Cap.*) Die Veränderung des Verfahrens in peinlichen Fällen, die bey den Römern statt hatte und die bey uns eingeführt ist, macht auch, dass für uns die Verjährung durchaus schädlich ist, da jener Grundsatz, durch sie gänzlich aufgehoben wird; unser peinlicher Richter befindet sich nicht in der Lage, in welcher sich der peinliche Richter der Römer befand, jener verfährt von Amtswegen, dieser verfuhr erst dann, wenn die Anklage geschehn war. Nach römischen Recht war es also dem Verbrecher viel leichter, der Strafe zu entgehn, als wie bey uns, denn den Augen des aufmerksamen Richters entgeht gewiss so leicht kein Vorgang. Die Schädlichkeit der Verjährung in peinlichen Fällen (*Stübel* in d. unten angeführten Schrift handelt hievon weitläufig) äussert sich vorzüglich darinn, dass hierdurch der Staat mehrere Verbrecher bekommt, als er erhalten würde, wenn sie nicht gilt. Derjenige, der eine unerlaubte Handlung vornimmt, wird am meisten durch den Gedanken: du kannst gestraft werden, von der Begehung dieser Handlung abgehalten; fällt auch diese Furcht hinweg, so unternimmt er desto kühner eine solche Handlung, häuft Gräulthaten auf Gräulthaten, in der Hoffnung nicht entdeckt zu werden.

werden, und in der Folge gänzlich strafflos zu seyn. Hiedurch kann doch der Staat offenbar keinen Vortheil haben, er wird ja dadurch verhindert, den Zweck welchen er durch die Strafe bewirken will, zu erreichen; seinem Strafrecht werden Schranken gesetzt, von dem selbst, den er strafen will. Der einzige, und höchst geringe Vortheil, den die Verjährung heutiges Tages auch noch haben kann ist der: der Richter könnte bey dem Gedanken: das Verbrechen ist verjährbar, leicht veranlasst werden, schneller zu inquiren und den peinlichen Prozess anhängig zu machen: allein andere, viel untrüglichere Mittel besitzt der Staat, um den saumseligen Richter anzufeuern, als dieses so trügliche und schädliche Mittel. Ausgemacht gewiss ist es, dass die Verjährung, für den Staat viel schädlicher als vortheilhaft ist, daher werden meine Leser auch verzeihen, wenn ich manchen paradoxen Satz in dieser Abhandlung aufgestellt habe; es geschah gewiss aus einer guten Absicht, nemlich aus der, die Verjährung, wenn sie noch statt haben soll, in so enge Grenzen als möglich einzuschliessen. Es bleibt mir nichts weiter übrig, als noch eine kurze Anzeige der Schriftsteller, welche diesen Gegenstand bearbeitet haben, hier beyzufügen; welche ich zum Theil benutzt habe. Zum Theil haben die Rechtslehrer diese Materie mit anderen vermischt, theils aber auch ein-

einzelu vorgetragen. Zu der erstern Classe gehören vorzüglich:

Rave de praescriptione. Halae 90. von §. 157 – 165. mit *Eichmanns* Anmerkungen. Wenn auch gleich *Rave* bisweilen sehr unrichtige Grundsätze in dieser Materie aufstellte, so sucht ihn doch *Eichmann* zu verbessern, und giebt oft hingeworfen gute Winke zur Bearbeitung dieser Materie.

Quistorp peinliches Recht von §. 863 – 872. Ist sehr kurz, und befolgt zum Theil die geläuterten Grundsätze der Schriftsteller.

Leyser in M. ad D. Sp. 515. Es enthält diese Abhandlung mehr praktische Fälle, als eine wirkliche Untersuchung der Grundsätze von der Verjährung.

Hommel Raps. 714.

Zu der letztern Classe gehören

Wolf ad. Lauterbach. Diss. de praes. criminum Tubing. 1655. (in Diss. T. 1.) dieser war wohl der erste, welcher diese Materie vollständig bearbeitet hat.

Conrad Strauss. Diss. de praes. delictorum. Arg. 1667.

Io. Sam. Stryck. pr. de praes. criminum Halae 1695.

Radow. de praes. delictorum.

C. F.

C. F. Knorre. Com. de praes. criminum.
Halae 1695.

Hen. Engelen Diss. de praes. crim. ad
l. 12. C. ad L. Corl. de falsis. Ultraj. 1737. 4.

Ioh. Le. Bannitza. Disq. ex jur. crim.
de praescriptione contra judicem, ex officio
in crimina inquirentem, locum non habente.
Oenip. 1769.

Rossmann Abh. von der Verjährung der
Strafe. Erl. gelehrt. Zeit. v. 1744. N. 3.

v. Iusti. Abh. von der Verjähr. d. Mis-
sethäter, in dessen historisch - jurist. Schrif-
ten, 1 B. Ist mehr philosophisch als juristisch
und handelt von der Schädlichkeit der Ver-
jährung. So auch

E. F. Hallacher. Principia juris romani
de praes. criminum, junctis cogitatis non nul-
lis de abrogatione eius suadendo. Erl. 1788.
4. Diese Abhandlung zerfällt in zwey Ab-
schnitte, in dem erstern stellt der V. etwas
sehr kurz die Grundsätze von der Verjährung,
vorzüglich bey den Fleischesverbrechen auf,
in dem zweiten behandelt er diesen Gegenstand
philosophisch und prüft vorzüglich den
Grund der Verjährung, und sucht hierdurch
ihre Schädlichkeit zu erweisen.

I. G. Henkel. (Groes. Chph. Carl Stü-
bel.) Diss. utrum delictorum poenae prae-
scriptione in foro recte tollantur nec ne? Vi-
ten-

tenbergae 1793. Ist fast ganz philosophisch, und befolgt den nehmlichen Gang, welchen Hallacher gehabt hat.

Ch. Thomasius de criminie Bigamiae et de bigamiae praescriptione Halae 1749. Sie enthält nicht nur allgemeine Grundsätze von der Verjährung, welche [zum Theil sehr trocken sind; sondern auch Grundsätze von der Verjährung der Bigamie.

Ph. Iac. Heisler. Von der Verjährung der Blutschande und übrigen fleischlichen Vermischungen in verbotnen Graden. Halle 1778 4. in s. jurist. Abhandl. Heisler schränkt sich einzig auf die Verjährung der Blutschande ein, und zeigt, dass solche erst in zwanzig Jahren verjährt werden kann. Sie zeigt von vielem Scharfsinn.

Ioh. Rud. Engau jurist. Betrachtung von der Verjährung in peinlichen Fällen. Iena 1772. 8. Wenn man von den vielen Auflagen, die diese Abhandlung gehabt hat, auf die Güte derselben schliessen kann, so ist es gewiss hier der Fall. Der V. hat auch geleistet, was er hat leisten können, er schöpfte aus den Schriften seiner Vorgänger, und fügte zum Theil practische Bemerkungen hinzu. Allein wenn auch in dieser Rücksicht die Abhandlung gut ist, so ist sie doch in Darstellung der Materien sehr mangelhaft; es herrscht hier kein Zusammenhang der Materien welche generelle Grundsätze ent-

halten. Er verweilet bisweilen bey Fragen, die gar keiner Erörtrung bedürfen, und giebt den Zeitpunkt der Verjährung nicht bestimmt genug an. Doch ich will nicht tadeln, es möchte scheinen diese Abhandlung, welche gewiss viele Vorzüge noch hat, zu verkleinern, um die meinige hiedurch zu erheben. Dieses sind nunmehr alle diejenigen Schriften, welche mir bekannt, über die Verjährung vorhanden sind; leider habe ich die wenigsten bekommen können, da es überhaupt schwer hält, von auswærts kleinere Abhandlungen zu erhalten. – Findet meine Abhandlung Beyfall bey dem Publico, so werde ich bald mit einem vollstændigern Werke über einen æhnlichen Gegenstand erscheinen.

Erster Abschnitt.

Von der Verjährung der peinlichen Strafe überhaupt.

Erster Unterabschnitt

Geschichte der Verjährung der peinlichen Strafe.

§. 1.

Nicht auf einmal, sondern mehrere Jahrhunderte hindurch bildete sich eine Einrichtung im Römischen Staate welche dem Verbrecher zum Vortheil, dem Staat aber zum wahren Nachtheil gereichte, da der Ausübung der peinlichen Gerichtsbarkeit hiedurch Schranken gesetzt wurde. Wenn auch gleich einige ^{a)} der Rechtslehrer, welche diesen Gegenstand berührten den Zeitpunkt der Entstehung der Verjährung in peinlichen Fällen sehr weit hinaussetzen, so lässt sich darum diese Meinung nicht vertheidigen, indem sie auf das Zeugniß von Männern gegründet ist, die hiervon gar nichts erwähnten ^{a)}. Solon ^{b)} der weise Gesetzgeber Griechenlands der nicht

Den Griechen war die Verjährung der peinlichen Strafe unbekannt.

geringen Einfluss auf die Formung des römischen Rechts gehabt hat, soll schon wie *Lauterbach* ^{a)} und *Leyser* ^{b)} der ihm folgte, behaupten ein Gesetz über diesen Gegenstand gegeben haben. Allein *Demosthenes* ^{c)} dem diese Männer als Gewährsmann annahmen, erwähnt dieses Gesetz nicht, daher wir auch billig daran zweifeln, dass die Verjährung der peinlichen Strafe den Griechen bekannt gewesen ist, da selbst diejenigen Schriftsteller ^{c)} welche über die Gesetzgebung Griechenlands schrieben, von dieser Einrichtung nichts gedacht haben.

a) *Lauterbach* D. de praes. com. th. 2. *Leyser* med. ad D. Sp. 515. m. 2, der nicht einmal die Stelle anführt, worin dieses Gesetz stehn soll.

b) *Wolf* in der Vorrede zu *Demosthenis oratio adversus Leptinen*. Halae 1789.

c) *Pardulprii praeii iurisp. vet. I. Meursii Solone*.

§. 2.

Nicht aber
den Römern.

So ungewiss und zweifelhaft es ist, ob Griechenlands Gesetzgeber die Verjährung der peinlichen Strafe eingeführt haben, so gewiss ist es dass die Römern diese kannten, indem ihr Gesetzbuch einige Gesetze enthælt, welche diesen Gegenstand betreffen. Nicht unter der freien Republik, sondern erst noch dem die römische Freiheit unterjogt ward, da wieder Herrscher auf den Thron kamen die jetzt den Namen Imperator sich beylegten, entstand die Ver-

Verjährung, nicht auf einmal mit allen ihren Modificationen, sondern nur bey gewissen Verbrechen. *August* war wohl der erste Gesetzgeber, welcher diesen Gegenstand seiner Gesetzgebung unterwarf, denn ein früheres Gesetz ist mir unbekannt. Allein er zeichnete die Grenzen der Verjährung sehr enge, da er nur fleischliche Verbrechen verjährt wissen wollte; vielleicht wollte er dadurch der strengen Gesetzgebung obgleich indirecte über diesen Gegenstand, Schranken setzen, da er vielleicht mit einem mildern Auge diese Verbrechen betrachten, dessen Strafe er nicht abändern wollte. Später aber und vorzüglich unter *Trajan's* Regierung, wurden die Grenzen der Verjährung weiter, vielleicht um *Gewinnstes* willen hinausgesteckt, da sie sich jetzt über alle Verbrechen ausdehnte ^{a)}, daher auch wol die Verschiedenheit in der Zeitbestimmung.

a) Durch die Stelle des *Plinius* Epis. L. X. Ep. 40. wird mein Satz nicht entkräftet.

§. 3.

Durch die römische Gesetzgebung allein hat die Verjährung ihre Bildung erhalten; Deutschland peinlicher Gesetzgeber *Karl der Vte* verschafte dieser weder mehrere Bestimmtheit noch Festigkeit, da er ihrer gar nicht erwähnt hat, nicht etwann darum weil er sie für ungerecht hielt, sondern wol eher aus dem Grunde weil

*Die Caroli-
ne erwähnt
diese nicht.*

er glaubte, dass sie im römischen Rechte hinlänglich bestimmt und ausgedehnt sey, worauf er sich in seiner, für das Zeitalter in welchen sie geschrieben war, sehr brauchbaren P. G. O. öfters beruft ^{a)}. Wenn gleich durch die päbstliche Gesetzgebung die Grundsätze des römischen Rechts, der Verjährung wegen zum Theil geändert wurden, so hat doch diese Veränderung keinen Einfluss auf die Verjährung der peinlichen Strafe gehabt; denn wollten wir das cap X de praes. auf die peinliche Verjährung anwenden, so würden wir der Gesetzgebung Innocenz des 3ten Gewalt anthun, hier einzig und allein von der acquisitiv und nicht von der extinctiv Verjährung geredet ^{b)}. Die einzige Quelle der Verjährung in peinlichen Fällen ist daher das römische Recht, weil dieses allein ihrer erwähnt hat. Das römische Recht ist aber bloß ein subsidiarisches Recht Deutschlands ^{c)}, wodurch der peinliche Gesetzgeber der einzelnen Länder gar nicht eingeschränkt wird, entweder die Grundsätze des römischen Rechts gänzlich auf zu heben oder zum wenigsten zu verändern. Hat aber bis jetzt der Gesetzgeber diesen Gegenstand seiner Gesetzgebung noch nicht unterworfen, so müssen wir bey vorkommenden Fällen auf das subsidiarische Recht Rücksicht nehmen, wenn wir es nemlich als ein solches betrachten ^{d)}, und dem der die peinliche Strafe verjährt hat, von der Strafe befreien; denn das Karl der Vte diesen Ge-

Gegenstand nicht erwähnt hat, ändert gar nichts, da wir in peinlichen Fällen nicht jederzeit auf die Bestimmungen der P. G. O. Rücksicht nehmen können.

- a) *Malblank* Geschichte d. P. G. O. Carl der Vte.
- b) *Bœhmer* Corp. I. can. in cap. XX. X. de præs. *Eichmann* in der Note zu Rave Doct. de præs. pag. 269. n. t. und d. H. Geheimer. *Klein* in seinem Lehrbuch des Criminalrechts §. 184.
- c) *Weber* Reflex, zur Beförderung der Theorie d. R. Recht.
- d) *Fischer* Geschichte des teutschen Rechts, behauptet das Gegentheil. p. 73. seq.

§. 4

Da das R. Recht blos Grundsätze von der Verjährung in peinlichen Fällen aufstellt, so betrachten wir dieses so lange als Entscheidungsquelle bis einheimische Gesetze uns keine andere Vorschriften geben, womit auch die meisten Criminalisten übereinstimmen a). *Daher wir auch den R. R. in diese Materie folgen.*

- a) *Quistorp* peinliches Recht. §. 863.
Engau von der Verjährung in peincl. Fällen. §. 8.
Klein a. a. O. §. 184. und m. a.

Neure Schriftsteller welche die Geschichte der Verjährung bearbeiteten, handeln blos von der Civilverjährung. *Gros* Geschichte der Verjährung noch R. R. Götting. 95.

Zweiter Unterabschnitt.

Von dem Begriffe und der Eintheilung der Verjäh- rung der peinlichen Strafe.

§. 5.

*Begriff der
Verjäh-
rung
der peinlichen
Strafe.*

Die Verfahrungsart der Römer in peinlichen Fällen, weicht von der unsrigen sehr ab, bey ihnen galt der *accusatorische* bey uns aber der *inquisitorische* Prozess. Diese Verschiedenheit hat auf Feststellung des Begriffs von der Verjäh- rung sehr grossen Einfluss; nach römi- schen Rechte wurde die Anklage, nach teut- schen Rechten wird aber die peinliche Strafe selbst verjährt, den nur die Strafe nicht aber das Verbrechen kann verjährt werden, da ge- schehene Handlungen nicht in die Classe der nicht geschehenen zu versetzen sind, weshalb ich mich auch des Ausdrucks Verjäh- rung der peinlichen Strafe bedient habe, indem ich ihn für den richtigsten hielt. *Verjäh- rung in peinlichen Fällen* im Sinn des R. Rechts ist die *Erlöschung der peinlichen Anklage durch den Ablauf der gesetzlichen Zeit*. Nach den römischen Verfahren in peinlichen Fällen war es durchaus nothwendig, dass ein Ankläger vorhanden war, ehe von dem Prä- tor oder Quästor das peinliche Gericht formirt werden konnte, wenn auch gleich andere Rechts-

Rechts-

Rechtslehrer in einigen Stellen des römischen Rechts den inquisitorischen Prozess zu finden glauben ^{a)}. Durch die Verjährung in peinlichen Fällen wurde diese Anklage gänzlich aufgehoben wenn sie nicht in der gesetzlichen Zeit angestellt wurde. Auch hieraus können wir die weise Gesetzgebung der Römer erkennen. Sie fanden es für ungerecht, dass der Ankläger, erst nach langer Zeit da das Verbrechen begangen war, auftrat und den Verbrecher des Verbrechens beschuldigte, da er sogleich als das Verbrechen vollendet war das Recht der Anklage hatte ^{b)}. Bemerkte der Prätor oder Quästor, dass die Handlung schon eine längere Zeit vorher, als die Gesetze eine Anklage gestatteten geschehn war, so wurde der Ankläger mit seiner Anklage zurückgewiesen, und so konnte es leicht der Fall seyn dass der Verbrecher von der ganzen Anklage nichts erfuhr.

a) *Matthäus* de crim. L. 48. tit. 20. cap. 1. *Leyser* Spec. 56. n. 70.

b) *Nieuport.* ed. Gesner und Hommel, Berlin 1767. p. 150. *Sigonius* el. ant. iure rom. II. 1.

§. 6.

Obgleich in ältern Zeiten bey den Teutschen der Anklageprozess ^{a)} eben so wie bey den Römern beobachtet wurde, so änderte sich doch diese Verfahrungsart durch die Einführung des canonischen Rechts in Deutschland, in welchem durch den

*Begrif der
Verjährung
nach teutschen
Rechten.*

Pabst

Pabst *Innocenz* III. diese Prozessart in geistlichen Gerichten eingeführt war, da hierdurch die Wohlfahrt des Staats mehr als durch den weitschweifigen Anklageprozess gesichert wurde, den auch nachher Carl der Fünfte bestätigte ^{b)}; daher auch der Richter heutiges Tages von amtswegen verfährt und nicht auf eine Anklage zu warten braucht. Ist aber nun die Anklage in peinlichen Verfahren nicht mehr durchaus nothwendig, so kann auch diese nicht mehr wie nach römischen Recht verjährt werden, daher auch ein ganz anderer Begriff von der Verjährung in peinlichen Fällen nach teutschen Grundsätzen, aufgestellt werden mus. *Verjährung der peinlichen Strafe*, nach Grundsätzen des heutigen Criminalrechts, ist eine Art der erlöschenden Verjährung wodurch die Untersuchung eines Verbrechens durch Ablauf einer in Gesetzen bestimmten Zeit, unterdrückt, und die Strafbarkeit derselben gehoben wird. Obgleich die Meisten der vor mir liegenden Criminalisten ^{c)} mit diesen Begriff nicht übereinstimmen, so glaube ich dennoch dass er der Natur der Sache am angemessensten ist; um dieses einzusehn, will ich kürzlich diesen Begriff analysiren, um zugleich das fehlerhafte in den Definitionen anderer Rechtslehrer zu zeigen:

- 1) Die Verjährung der peinlichen Strafe ist eine Art der erlöschenden Verjährung,

rung; es wird durch diese Verjährung ein Recht, welches der Staat in Rücksicht meiner hat gänzlich erloschen, und zwar dadurch dass er sich seines Rechts in der gesetzlichen Zeit nicht bediente.

- 2) Die Untersuchung des Verbrechens wird gänzlich unterdrückt, entweder indem der Verbrecher die Verjährung vorschützte, oder indem der Richter selbst dieses that, wovon unten weitläuftiger.
- 3) Die peinliche Strafe erlöscht dadurch, also bloß die Ansprüche welche der Staat gegen den Verbrecher hat, nemlich die sogenannte satisfactio publica, nicht aber die privata.
- 4) Muss aber auch die Zeit vollendet seyn, welche die Gesetze zum Ablauf der Verjährung der peinlichen Strafe erfodern.

Die abweichende Verfahrungsart in peinlichen Fällen, die bey den Römern und Teutschen herrscht, macht keine Verschiedenheit in Ansehung der Wirkung der peinlichen Verjährung, sondern bloß in Ansehung der Art und Weise wie die Verjährung geschieht.

- a) *Stübel* System des allg. peinlichen Rechts. Leipzig 1795. p. 80.
- b) *Quistorp* peinl. Recht, 2r Th. p. 1230.
- c) *Engau* in d. a. a. O. sagt eine Schutzrede, welche das peinliche Gericht aufhebt und dem Missethäter des-

deswegen gegeben wird, weil er 20 Jahr hindurch gleicher Schande sich enthalten. Diese Bestimmung hat mehrere Mängel und kein Wort fast, möcht' ich sagen, wird unter einer starken Critik Stich halten, doch um nicht Papier und Zeit zu verschwenden will ich nur den Hauptfehler dieser Definition zeigen. Er liegt darinn, dass Engau durch diese Definition den Weg zum Streit bahnt, indem er darinn den *Grund* der Verjährung angiebt, (welches auch schon *Hallacher* D. *principia iur. rom. de praes. com. Erlangae.* bemerkt hat). und wird denn ein jedes Verbrechen durch 20 Jahr verjährt? wird sie den Missethäter allein gegeben? Fragen die sich alle nachher beantworten lassen. *Thomasius* D. de praes. big. sagt richtiger liberatio ab actione criminali per lapsum temporis definiti. Rave. a. a. O. p. 267. adeptio liberationis a disquisitione et poena delicti ex eo, quia persecutio delicti intra legitimum tempus facta non est, womit auch *Hallacher* a. a. O. übereinstimmt.

§. 7.

Eintheilung
der Verjährung.

Zwar könnte man wohl mehrere Eintheilungen der Verjährung erdenken und vielleicht zeigen dass sie practischen Nutzen haben könnten. Vielleicht aber wohl auch glauben, dass eine Eintheilung der Verjährung nicht ausgemittelt werden könnte, dies veranlasste mich jetzt doch ein Wort hiervon zu sagen. Die Verjährung der peinlichen Strafe kann wie *Engau*^{a)} ganz richtig behauptet in eine *temporaria* und *perpetua* eingetheilt werden; unter der *temporaria* verstehen wir hier diejenige Verjährung

rung, welche in einer kürzern Zeit als binnen zwanzig Jahren vollendet wird, unter der perpetua aber eine solche welche erst in der Zeit von zwanzig Jahren vollendet ist. Füglich lassen sich hier die Grundsätze der Civil-Verjährung auf die in peinlichen Fällen anwenden, welches in der Regel nicht gestattet werden kann.

a) *Engau* a. a. O. §. 39.

Dritter Unterabschnitt.

Von
dem Grunde der Verjährung der peinlichen
Strafe.

§. 8.

Fast jeder der über die Verjährung in peinlichen Fällen schrieb, oder ihrer nur beyläufig erwähnte, führt seine besondere Meinung an warum die Verjährung eingeführt sey.

Von den Meinungen d. Rechtslehrer wegen des Grundes der Verjährung.

Wir müssen jetzt nothwendig diese Meinungen vollständig prüfen, um daraus zu ersehn, ob sich wirklich ein Grund dieser Verjährungsart auffinden lässt der jeden Angriff aushält; den mangelt ein solcher Grund so ist die Gesetzgebung unnütz. Einige der Rechtslehrer welche diese Materie behandelt haben glauben 1) der Grund der Verjährung sey folgender.

der: *Nach Verlauf der Zeit werden die Beweismittel gehoben, welche ein Defensor gebrauchen konnte, und eine Ungewissheit des Verbrechens selbst hervorgebracht indem durch den Zeitraum die Thathandlungen verdunkelt werden.* Diese Meinung hegen *Lauterbach a), Thomasius b) Grantz c), und Beccaria cc).* 2) Eine zweite Classe der Rechtslehrer glaubt, *dass Gott selbst nach Verlauf einer solchen Zeit den Verbrecher verziehen habe und deshalb auch die Menschen dazu verbunden wären.* Diese sonderbare Meinung hat *Stryk d) und Strauss e).* 3) *!Glaubt Tiraquell f) dass, sie darum eingeführt sey, weil nach Verlauf der Zeit die Vermuthung vorhanden wäre dass der Verbrecher mehr ex culpa als dolo- se gehandelt habe.* 4) *Der Grund der Verjährung liege in der Vermuthung dass der Verbrecher diese Zeit hindurch sich gebessert habe, und schon hinlänglich gestraft sey, da er sich während der Zeit für die Entdeckung seines Verbrechens habe fürchten müssen, und dadurch schon der Zweck der Strafe welcher in Verbesserung des Verbrechers besteht, erreicht worden sey, und der Staat von einen solchen nichts mehr zu befürchten habe.* Dieser Meinung ist *Engau g), Koch h), Hommel i), Stelzer k), Paalzov l)* zugethan; ferner sagt auch *Rave* (in *s. Doct. de praes. §. 157.*) *der Grund der Verjährung sey, zu suchen in miseratione delin-*
quen-

quentium, ut hi tandem securi sint a movenda quaestione criminali, si tanti temporis silentio ipsorum crimen sopitum est, und glaubt solches

- 1) aus der Stelle des *Plinius* erweisen zu können;
- 2) aus L. 3. D. de req. vel abs. dam. und zwar aus dem Wort *silentio*
- 3) aus dem Grunde der übrigen Verjährungsarten der Römer, weil nach Verlauf der Zeit niemanden Schaden oder Beschwerde zugefügt werden soll. Allein diese Gründe sind nicht hinreichend um seine Meinung zu vertheidigen. Denn
 - 1) die Stelle des *Plinius* beweist soviel, dass es unbillig seyn würde nach langer Zeit den zu strafen der gut gelebt hatte: es wird also daraus folgen, dass dennoch derjenige welcher nach dieser Zeit da er das Verbrechen begangen hat schlecht gelebt hat, gestraft werden musste, wo ist nun der Grund der Verjährung?
 - 2) Die angeführte Gesetzstelle enthält gar keinen Grund, den das Wort *silentium* bezieht sich auf die Verjährung selbst.
 - 3) Der Grund der Civilverjährung passt gar nicht wie wir nachher zeigen werden auf die Verjährung in peinlichen Fällen.
- 5) *Eichmann* ^{m)}, *Meister* ⁿ⁾, *Quistorp* ^{o)} nehmen mit S. F. *Böhmer* ^{p)} und andern an dass die

die Verjährung darum sey angeführt worden, weil es für den Staat vortheilhaft sey, wenn die Klagen endlich einmal aufhörten, da sonst die Streitigkeiten immer fort dauern würden; welches vorzüglich bey der extinctiv Verjährung anzuwenden wäre. 6) Findet Rossmann 9) den Grund der Verjährung in der Kirchenbusse, welche die ersten Christen auf die begangnen Laster gesetzt hatten. 7) Der Grund der Verjährung soll in dem mit dem Andenken der That schon erloschenen bösen Beyspiele und der inzwischen erfolgten vermuthlichen Besserung des Thäters liegen, diese Meinung behauptet Klein^r).

a) Lauterbach. a. a. O. §. 80.

b) Thomasius a. a. O. §. 4.

c) Defens. reor. Cap. 8. m. 1. n. 1.

cc) Beccaria von Verbrechen und Strafen, Breslau 1788. p. 60.

d) de actionib. P. 3. Cap. 2. CXX. v.

e) D. de praes. delictorum.

f) de poen. temperum caus. cap. 24. num. 4.

g) a. a. O. §. 8.

h) Inst. iur. crim. §. 972.

i) Rhapsod. quaest. obs. 38.

k) Lehrbuch d. t. Criminalrechts. §. 243.

l) comp. iur. crim. Halae 1789.

m) a. a. O. §. 864.

n) Bey Rave. p. 271. no. n)

o) princip. iur. crim. §. 480.

p) Bæhmer ad Carpzov. quaest. p. 1106.

q) Abh. von der Verjährung der Strafe in den Erlang. Gelehrt. Anzeigen Jahr 1744. num. 31.

r) a. a. O.

§. 9.

§. 9

Aus dieser grossen Anzahl von *Prüfung der verschiedenen Meinungen.* verschiedenen Meinungen eine zu erwählen, welche den wahren Grund der Verjährung enthält ist sehr schwirig. Wir wollen jede dieser Meinungen besonders prüfen; um zu sehn ob irgend eine derselben brauchbar ist. Die erste dieser Meinungen geht dahin, nach Ablauf der Zeit entsteht leicht eine Ungewissheit der besondern facta bey den Verbrechen, denn wenn das Corp. Delicti nicht festgestellt werden kann, so kann auch die peinliche Untersuchung nichts helfen, es kann keine peinliche Strafe bestimmt werden, vielleicht würde ein Unschuldiger gestraft, und ein Schuldiger frey gesprochen werden, da die genauern Umstände nicht auszumittlen waren. So gut das Raisonnement dieser Rechtslehrer auch ist, so mangelhaft ist ihr Grund. Ich würde gern zugestehn, dass in einer Zeit von zwanzig Jahren die besondern Umstände so verdunkelt werden, dass dadurch das Corpus delicti nicht festgesetzt werden kann, allein in einem so kurzen Zeitraume von fünf Jahren lässt es sich nicht leicht denken; ob es gleich möglich ist dass in noch kürzerer Zeit die einzelnen Umstände worauf öfters so sehr viel bey der Criminaluntersuchung ankommt, verdunkelt werden können. Dieser Grund setzt ferner schon voraus, dass wirklich die facta dunkel geworden sind. Wie nun wenn dieses nicht ist, wie wenn den Rich-

Richter sowohl als jedem andern der von dem Verbrechen unterrichtet war, die einzelnen Umstände noch genau bekannt sind? kann hier nun noch der Verbrecher sich mit der Straflosigkeit schützen? – Gewiss nach der Meinung der Rechtslehrer die diesen Grund angaben nicht; und dennoch ist es gewiss dass alle Verbrechen es mag nun erwiesen werden dass solche vorher geschehn sind oder nicht, verjährt werden können a).

a) *Engau* a. a. O. §. 8. *Hallacher*. a. a. O. §. 5. Einige führen noch überdies an, dass die Anverwandten des Verbrechers dadurch sehr leiden würden, welche aber *Iusti* hinlänglich widerlegt. a. a. O. p. 423.

§. 10.

Die zweite Meinung der Rechtslehrer geht dahin, dass die Verjährung in peinlichen Fällen sich auf die Vermuthung gründe, Gott hätte den Verbrecher nach einer solchen Zeit verzeihn. Es ist dieses nicht nur eine lächerliche, sondern auch eine sehr schädliche Meinung. Worauf kann die Vermuthung gegründet werden, würde sie bey einem gewiss schändlichen Bösewichte nicht gänzlich aufhören müssen? Fände diese Vermuthung überhaupt statt, so würde der peinliche Richter manchen Verbrecher der behauptete dass ihm Gott schon vergeben hätte gar nicht bestrafen können, es würde dieses den Weg zu Lastern bahnen, welcher durch eine weise Gesetzgebung auf jede Art beschränkt werden

den muss. Auf die blosse Aussage des Verbrechers kann doch der peinliche Richter nicht sehn, es müssen daher andere Gründe vorhanden seyn, welche ihm bestimmen eine solche Vermuthung anzunehmen, daher auch dieser Grund unpassend ist a).

a) Hallacher. a. a. O. §. 6.

§. 11.

Eben so ungegründet ist die Meinung, dass man nach Verlauf einer Zeit annehmen müsste, der Verbrecher hätte nicht *dolose*; sondern *culpose* gehandelt, und es könnte ihm blos eine negligentia zu Skulden kommen. Es setzt diese Meinung also voraus, dass in peinlichen Fällen ein schuldhaftes Verbrechen gar nicht bestraft werden kann; denn durch die Verjährung soll doch die peinliche Strafe aufgehoben werden. Wenn nun gleich ein schuldhafter Verbrecher nicht mit der ordentlichen, so kann er doch gewiss mit einer ausserordentlichen Strafe nach den Graden der Fahrlässigkeit belegt werden. Der *negativböse* Wille als der *positivböse* Wille können bestraft werden a). Ferner setzt diese Meinung voraus, dass der peinliche Richter auf Vermuthung bauen müsste, Vermuthungen dieser Art müssen aber dem peinlichen Richter als solchem nie in Sinn kommen. Vermuthungen können in peinlichen Fällen sehr nützlich seyn, der Richter kann hierdurch ein Verbrechen untersuchen welches er

B

sonst

sonst unterlassen hätte, die Vermuthung der Nichtschuld kann aber der peinliche Richter nicht haben, sondern diese muss erwiesen seyn, ob ich gleich gern zugestehe, dass dieser Satz sehr streng und unbillig ist. Diese Vermuthung aber, dass der Verbrecher wirklich vorher nicht *dolose* gehandelt habe weil eine geraume Zeit zwischen dem Entstehen des Verbrechens und der jetzigen verflossen sey, ist weder in den Gesetzen des peinlichen Rechts, noch in der Vernunft gegründet b).

a) *Klein a. a. O. §. 120.*

b) *Eichmann in Not. zu Rave a. a. O. p. 271. no. u).*

§. 12.

Wichtiger scheint der Grund zu seyn, welchen diejenigen Rechtslehrer annehmen, die behaupten, dass der Verbrecher durch die Marter, welche er die Zeit hindurch ausgestanden hat, hinlänglich gestraft sey, und jetzt zu vermuthen sey, dass er sich gebessert habe. Diese Meinung kann auf folgende zwey Sätze zurückgebracht werden:

a) der Zweck der Strafe wird dadurch erreicht, dass der Verbrecher eine Zeitlang durch die Furcht ist geängstigt worden;

b) er kann jetzt darum nicht gestraft werden, weil er sich gebessert hat. Was nunmehr den ersten Satz anbetrifft, so sehe ich mich veranlasst, etwas über den Zweck

Zweck der Strafe zu bestimmen, um dadurch die Trüglichkeit dieses Satzes zu zeigen.

Plato sagt: wer mit Vernunft die Übertreter straft, straft sie nicht ihres begangenen Vergehens wegen, weil er doch das Geschehne nicht ungeschehn machen kann; sondern wegen der Zukunft und des abschreckenden Beyspiels für andere ^{a)}. Wenn der Staat Strafen auf unerlaubte gesetzwidrige Handlungen folgen lässt; wenn er den, der die natürlichen Rechte der Menschheit angreift peinlich straft, so hat er nicht den Verbrecher; sondern den Staat vor Augen, und beurtheilt da nach, welche Strafe zu bestimmen ist, da er öfters ungerecht handeln würde, wenn er die Strafe nach dem einzelnen Verbrecher einrichten wollte, er muss hier das Staatswohl gegen das Wohl Einzelner abwiegen. Der Zweck der Strafe kann daher kein anderer seyn, als dadurch die Mitglieder des Staats durch Furcht von unerlaubten gesetzwidrigen Handlungen abzuhalten, oder dem Reiz zum Verbrechen durch die Furcht vor der Strafe entgegen zu wirken ^{b)}. Je grösser daher das Verbrechen ist, je grösser und härter muss die Strafe seyn, damit bey Unterthanen Abschreckung vor diesem Übel bewirkt wird. Der Zweck der Strafe kann daher nicht, wie *Seneca* ^{c)} behauptet, entweder Besserung des Verbrechers, oder Abschreckung anderer von

ähnlichen Verbrechen seyn, dieser Zweck wäre viel zu eingeschränkt. Wäre Besserung des Verbrechers selbst der Zweck der Strafe so würden gar keine gesetzlichen, sondern bloß arbitraire Strafen gedacht werden können, da der peinliche Richter erst den Verbrecher prüfen müsste, erforschen was für ihn die beste und sicherste Strafe sey, wodurch er auf immer ähnliche Handlungen zu begehen abgehalten würde. Besserung kann der peinliche Gesetzgeber durch Festsetzung einer peinlichen Strafe durchaus nicht bewirken, diese Pflicht liegt dem Seelsorger, nicht aber dem peinlichen Richter ob. Abschreckung anderer kann ebenfalls nicht der Zweck der Strafe seyn; sonst würden manche Strafen gänzlich zweckwidrig werden, indem höchstens bloß diejenigen, welche solche ausüben dadurch abgeschreckt würden. Ist also gewiss, dass der einzige Zweck der Strafe der ist, um Furcht bey den Unterthanen zu erwecken und sie von der Begehung der Verbrechen abzuhalten; so muss auch schon aus diesem Grunde obige Meinung falsch seyn, da die Rechtslehrer glauben, dass durch die Angst, durch die Marter der Zweck der Strafe erreicht sey und er jetzt gewiss gebessert sey. Auch die Länge der Zeit bewirkt hier keine Verschiedenheit. Der Verbrecher kann jetzt eben so ruchlos, als vorher seyn; daher auch dieser Grund durchaus nicht anzunehmen ist.

- a) *Plato* im *Protagoras* 3 B. §. 114. der zweib. Ausg.
- b) *Klein* a. a. O. §. 64.
- c) *Seneca* de *Clementia*. L. I. c. 21. in *Vindicandis iniuriis* haec tria lex secuta est, quae princeps quoque sequi debet: aut eum quem punit, emendet, aut ut poena eius ceteros meliores reddat, aut ut, sublati malis securiores ceteri vivant.

§. 13.

Kann wohl der Grundsatz: die Verjährung in peinlichen Fällen hat eben den Grund als die Civilverjährung angenommen werden, wie dies die Rechtslehrer die der fünften Meinung zugethan sind, behaupten? durch diesen Satz wird der Weg zu neuen Streitigkeiten gebahnt, da selbst nach den bürgerlichen Rechten der Grund der Verjährung noch nicht ganz ausgemittelt ist. Die Grundsätze des bürgerlichen Rechts lassen sich sehr selten in peinlichen Fällen anwenden und hierbey kommen sie gar nicht in Betrachtung. Wir wollen mit *Quistorp* ^{a)} annehmen, dass der Grund der Verjährung der sey, weil alle gerichtliche Klagen an einen gewissen Zeitraum gebunden sind, so hätte dies auch in den peinlichen Fällen statt. Dieser Grund wenn wir ihn bey der bürgerlichen Verjährung annehmen, ist sehr vernünftig, indem es dem Staat vortheilhaft seyn muss, dass die Besitzungen seiner Bürger doch einmal gesichert werden, und nicht ewiger Streit darüber obwaltet. Allein in peinlichen Fällen wird eben dadurch dass
eine

eine Klage immer angestellt werden kann, das Wohl und die Sicherheit des Staats befördert werden, da wenigere Verbrecher entstehen werden. Ganz richtig sagt daher schon *Plato*,^{b)} dessen Meinung auch *Cicero*^{c)} annahm: ungestraft bleibe in keinem Fall und unter keinen Umständen auch nur ein geringes Vergehn, auch selbst der Flüchtling gehe nicht straflos aus. Ferner wendet man auch gegen diese Meinung ein, dass dem Richter in Civilfällen; nicht aber hier eine Nachlässigkeit zur Last gelegt würde, wovon ich aber an einen andern Ort handeln werde.

- a) a. a. O. „wo er sagt“ sondern diese ist wohl vorzüglich auch in peinlichen Fällen deshalb eingeführt, weil nach der Regel alle gerichtliche Klagen an einen gewissen Zeitraum gebunden sind, in welchem sie angestellt werden müssen.
- b) *Plato* von Gesetzen Dialog IX. B. IX. S. 6. Zw. Ausg.
- c) *Cicero* de offic. L. I. Benefacta male locata, malefacta arbitrator.

§. 14.

Rossmanns Grund von der Verjährung der peinlichen Strafe lässt sich darum nicht vertheidigen, weil er gegen die Geschichte der Verjährung anstosst, denn schon vorher, ehe noch die Kirchenbusse eingeführt war, waren von heidnischen Kaysern Gesetze gegeben, welche von der Verjährung handelten. Denn nur erst zu der Zeit fing die Kirchenbusse, welche auf die Verbrechen gesetzt war, an,
Ein-

Eingang in der Kirche zu finden, da Habsucht die Geistlichen, vorzüglich die Archidiaconen anreizte, solche mehr in Umlauf zu bringen, damit sie nicht bloß von ihren geringen Einkünften zu leben brauchten, allein dieses geschah wahrscheinlich erst im 12ten Jahrh. Es ist aber auch gar nicht die Meinung Rossmanns, dass er behaupten wollte, die römische Verjährung in peinlichen Fällen gründe sich auf die Kirchenbusse ^{a)}; sondern er redet bloß von der, welche unter den christlichen Kaysern galt, und vielleicht hat Tribonian *Emblemata* gemacht, und so könnte seine Meinung nicht unrecht seyn. Wir untersuchen aber hier nicht den Grund, warum auch christliche Kayser die Verjährung in peinlichen Fällen gelten liessen; sondern den Grund überhaupt, warum die Verjährung nach römischen Recht eingeführt ist, daher auch diese Meinung nicht angenommen werden kann.

- a) er sagt: „Ich finde einige Ursachen der Verjährung der Verbrechen in der Kirchenbusse, welche die ersten Christen auf die begangenen Laster gesetzt hatten. Meine Meinung ist nicht, die römischen Gesetze auf die Gewohnheiten der Christen zu gründen, denn es könnten Gesetze seyn, die noch unter den heidnischen Kaysern gegeben worden wären; wären sie aber alle von christlichen Kaysern, oder sollte gar Tribonianus *Emblemata* gemacht haben, so wären meine Gründe gar nicht unrecht.

Der Grund der Verjährung liegt, behauptet der Herr Geheim. *Klein* ^{a)}, in den mit dem Andenken der That schon erloschenen bösen Beyspiele, und der inzwischen erfolgten vermuthlichen Besserung des Thäters. Was den ersten Punkt dieser Meinung anbetrifft, so glaube ich, dass dieser den besten und vernünftigsten Grund der Verjährung enthælt. Zwar liesse sich dagegen einwenden, dass lange Zeit hindurch ein begangnes Verbrechen noch in lebhaften Andenken der Zeitgenossen seyn konnte, dass diese Zeitgenossen ein böses Beyspiel an den Verbrecher nehmen konnten, der jetzt ungestraft unter ihnen sich befindet; allein eben so viele Beyspiele können aufgezählt werden, welche das Gegentheil dathun, denn eine That tilgt öfters das Andenken einer andern. Wenn wir übrigens bedenken, dass die *Strafe, welche den Verbrechen gleich folgt ohne langen Zwischenraum immer die beste* ist ^{c)}, da sie am meisten auf diejenigen wirkt die um das Verbrechen wissen, so wird man schon aus diesem Grunde diese Meinung annehmen können, wenn man übrigens die Verjährung in peinlichen Fällen annimmt, und nach den gemeinen Recht annehmen muss. Was den letztern Punkt dieser Meinung anbetrifft, so glaube ich mich deshalb schon hinlänglich erkläert zu haben ^{d)}.

- a) a. a. O. §. 184.
- b) *Beccaria* v. Verbr. und Strafe, pag. 92.
- c) *Severin* von der peinlichen Gesetzgebung p. 56. Wenn unzichtig dem Verbrecher eben so unfehlbar folgte als der Schatten dem Körper, so würde es weniger Verbrechen geben.
- d) §. 12. ob aber dieser Grund überall bey der Verjährung vorhanden war, ob nicht der römische Gesetzgeber vielleicht noch einen andern Grund gehabt hat? fast möchte ich letzteres behaupten und annehmen, dass der römische Gesetzgeber vorzüglich darum die Verjährung eingeführt hat, um die Ankläger dadurch zu veranlassen, ihre Anklage bald vor den peinlichen Richter zu bringen, um dass durch die Länge der Zeit die That nicht verunstaltet werde. Vielleicht auch um die Rachgier der Accusatoren zu verhüten? Alles blose Vermuthungen da die Geschichte sowohl als die Gesetze über diesen Gegenstand schweigen.

Vierter Unterabschnitt.

Von
denen Verbrechen, bey welchen die Ver-
jährung | statt hat.

§. 16.

Nachdem wir, so viel es sich thun liess, den Grund der Verjährung nachgespüret haben, so kommen wir jetzt auf die Entwicklung der Frage: bey welchen Verbrechen die Verjährung statt hat? welche wir aber hier
blos

blos im allgemeinen untersuchen können, die besondere Prüfung ist dem speciellen Theil dieser Abhandlung aufbehalten, da es bequemer ist, bey den einzelnen Verbrechen die besondern Meinungen der Rechtslehrer vorzutragen.

§. 17.

Von den Verbrechen, bey welchen die Verjährung statt hat.

Wenn gleich die Rechtslehrer verschiedner Meinung über die Frage sind, ob Verbrechen entweder überhaupt verjährt werden können, oder ob einzelne Verbrechen verjährbar sind, so hat dennoch dass römische Recht, dessen Grundsätze wir hier befolgen müssen, den Grundsatz aufgestellt, *die peinliche Strafe jedes Verbrechens ist verjährbar.* *Marcian.* sagt (lib. 3. D. de req. vel abs. dam.) *quamcunque enim quaestionem apud fiscum, si non alia sit praescriptio viginti annorum silentio praescribitur.* Hieraus ersieht man deutlich, dass alle Verbrechen verjährt werden können, sie mögen von einer Art seyn, von welcher sie immer wollen; auch finden wir keine Ausnahme in den übrigen Gesetzstellen, welche von der Verjährung handeln. Daher stösst auch die Meinung der Rechtslehrer, welche behaupten dass man zwischen *schweren* und *leichten* Verbrechen einen Unterschied bey der Verjährung machen müsste, offenbar wider die Gesetze an. *Berger* a) macht diesen Unterschied und glaubt, dass schwere Verbrechen gar nicht verjährt werden kön-

können; allein wollten wir diesen Grundsatz annehmen, so würden wir die Schranken zu einem neuen Zweikampf eröffnen, welcher über die Frage: was sind *schwere*, was *leichte* Verbrechen entstehn würde, denn die Schwere des Verbrechens nach der Strafe zu bestimmen hat sehr viel mangelhaftes, indem die Strafen die heutiges Tages auf die Verbrechen gesetzt sind, nicht mehr die sind, die zur Zeit der Römer galten, oder die durch die Caroline sind festgesetzt worden, da fast durch jedes Particulair-Gesetze die Strafen geändert sind, da die Grundsatz des peinlichen Recht, sich fast in jedem Jahrzehnt ändern müssen, indem sich die Gesinnungen der Menschen ändern ^{b)}. Ob unsere mildern Grundsätze nicht oft mehr Schaden für den Staat hervorbringen, will ich hier nicht untersuchen. — Die Gesetze machen den Unterschied zwischen schweren und leichten Verbrechen nicht, daher wir auch als strenge Befolger der Gesetze diese Eintheilung bey der Verjährung nicht rechtfertigen können.

a) *Berger oecon. iur. lib. 3. tit. 15. not. 3. s. aber Leyser. Sp. 515. m. XII.*

b) Ein passendes Beyspiel findet sich in den practischen Bemerkungen von Meister 1791. 27 Bemerk.

§. 18.

Dass der Landesherr die Grundsätze des gemeines Rechts ändern kann, dass er entweder gar keine Ver-

jäh-

*Was enthalten
Particulair-
Gesetze über
diesen Gegen-
stand.*

jäh rung der Strafe statt finden lässt, oder bey gewissen Verbrechen nur, ist gar keinem Zweifel unterworfen, da er als Landesherr dazu berechtigt ist, indem er allein am besten beurtheilen kann, was für sein Land am besten ist. *Preussens erhabener Gesetzgeber* gedenkt in seinem neuen Volkscodex der Verjäh rung in peinlichen Fällen nicht, da sie in seinem Lande nicht nothwendig ist, und vielen Nachtheil verursachen würde. *Die erhabnen Gesetzgeber der sächsischen Lande* nehmen gewisse Verbrechen ganz aus der Classe der verjährbaren hinaus ^{a)}, als Injurien, Friedensbruch, Duelle, böshaften Mordbrand, und mehrere andere, von welchen unten gehandelt wird. So werden viele Verbrechen nach der östreichischen tyroler peinlichen Landsgerichtsordnung gar nicht verjährt ^{b)}.

a) Mandat. 1712. 1741. 1741.

b) Part. art. 43.

Fünfter Unterabschnitt.

Von

den noch übrigen allgemeinen Grundsätzen der Verjäh rung der peinlichen Strafe.

(A.)

Von der gesetzlichen Verjäh rungszeit.

§. 19.

*Von der Zeit
d. Verjäh rung
überhaupt.*

Die römischen Gesetze haben bald eine *längere*, bald aber eine *kürzere*

zere Zeit zur Verjährung in peinlichen Fällen bestimmt. In der Regel soll nach Verordnung der Gesetze jedes Verbrechen *in einer Zeit von zwanzig Jahren* verjährt werden, wodurch jedes peinliche Verfahren aufgehoben wird L. 3. D. de req. vel ab. dam. *quamcunque enim quaestionem . . . viginti annorum praescribi*, und l. 12. C. ad leg. Cor. de falsis, querela falsi temporalibus praescriptionibus non excluditur, nisi viginti annorum exceptione, sicut caetera quoque fere crimina, und der l. 13. D. de diu. tem. praes. Warum die Gesetze eben eine Zeit von *zwanzig Jahren* erfodern, ist unter den Rechtslehrern streitig, da die Gesetze selbst nicht entschieden haben, warum dieses geschehen sey. *Lauterbach* und *Thomasius*,^{a)} die annehmen dass die Verjährung schon den Griechen bekannt gewesen sey, behaupten, dass *Solon* diesen Zeitraum festgesetzt habe, unterstützen aber ihre Meinung gar nicht, indem das Zeugniß des *Demosthenes* hier nichts beweist. Wir glauben vielmehr, dass die 20zigjährige Verjährung um des *Gewinnstes* willen eingeführt wurde, und wegen der *Vorthteile* der *Confiscation*: denn wie leicht war es nicht, dass ein Verbrechen den Fiscus spät erst bekannt wurde, es würde daher wenn die Verjährungszeit so kurz wäre, der Fiscus seine Gerechtsame nicht mehr haben ausüben können; überdem kommt noch dies hinzu, dass unter August die Verjährung binnen fünf Jahren,

ren; später erst binnen zwanzig Jahren vollendet würde. Diese Zeit von zwanzig Jahren muss nicht wie einige Rechtslehrer annehmen, *civiliter*, sondern muss *naturaliter* gezählt werden, denn die Regel, die man gewöhnlich hierbey feststellt ^{b)}, ist um deswillen schon nicht zu gebrauchen, weil die Gesetze so streng, als möglich interpretirt werden müssen, und der Verbrecher aus den Verbrechen keine Vorthelle; sondern Schaden und Nachtheil haben soll.

a) *Thomasius a. a. O. §. 38. Lauterbach §. 2.* welcher überdem meint: da sich nicht bestimmen lässt, warum 7 Zeugen zu einem Testamente nothwendig wären, so konnte man auch hier nichts gewisses bestimmen ??

b) (*Paalzov*) *comp. iur. crim. §. 175. civilis computatio adhibetur, quoties meliorem reddit conditionem eius, cui lex certum tempus praefinit*, mit den auch *Puttmann. Ele. iur. crim. §. 209.* und *Koch Inst. iur. crim. §. 974.* übereinstimmen.

§. 20.

Von der fünf-jährigen Verjährungszeit.

Die römischen Gesetze haben zwar diese allgemeine Regel festgesetzt; demohnerachtet aber finden wir, dass diese Regel durch andere gesetzliche Bestimmungen einige Ausnahmen leidet. Alle diejenigen Verbrechen nemlich, welche in den *Lege Jul. de adulteriis* und in *SC. Sillaniano* enthalten sind, können nicht in zwanzig, sondern schon in fünf Jahren verjährt

jährt werden. Sonderbar ist freilich die Verordnung, welche August in dem angeführten Gesetze gemacht hat: allein wenn wir bedenken, dass August blos die Verjährung der peinlichen Strafe bey den Verbrechen, welche nach den *Leg. Iulia de adult.* beurtheilt wurden, einführte, und nachher erst die zwanzigjährige Verjährung den Römern bekannt ward; so fällt diese Sonderbarkeit bald weg, August nicht; sondern seine Nachfolger waren schuld daran, dass eine solche Verschiedenheit entstand, diese hätten entweder den nemlichen Maasstab annehmen, oder alle Verbrechen erst in zwanzig Jahren der Verjährung unterwerfen sollen; da kein Grund abzusehn ist, warum ein Ehebrecher besser als ein Dieb seyn soll, wie ganz richtig *Rossmann* ^{a)} bemerkt: Nicht nur der *Leg. Iulia* sondern auch das *SC. Silaneum* macht von der allgemeinen Regel eine Ausnahme und bestimmt, dass gewisse Verbrechen schon in fünf Jahren verjährt werden können. Dieses *SC.* welches unter Cons. des T. Statilius Tauro, und Aemil. Lepido im Jahr 764. gemacht worden ist, und mit dem welches unter den Cons. des Cornel. Dolabella und L. Iun. Silano im Jahr 763 gemacht war, zusammengeworfen wurde, ging darauf, dass die *quaestio* wegen des Mords des Dominus noch vor Eröffnung des Testaments geschehn sollte, und dass diese Anklage, ausser dem *Patricidio* in einer Zeit von fünf Jahren verjährt seyn sollte. Wenn gleich dieses

dieses SC. wenig practischen Nutzen für uns hat, da theils vieles von den Verordnungen desselben verloren gegangen ist, theils die Verbrechen, welche darinn erwähnt sind ganz andere Bestimmung bey uns erhalten haben, so hat es doch, wie wir in der Folge sehn werden, einen guten theoretischen Nutzen b).

a) a. a. O. Allein das ist geredet und nichts gesagt, die Strafe des Ehebruchs ist nach fünf Jahren erloschen, und die Strafe des Todschlags nach zwanzig Jahren. Ist den nicht eines so nöthig, als das andere zu bestrafen?

b) *Cuiac.* Obs. I. 18.

§. 21.

Aus dieser Darstellung ersieht man, dass die Regel fest steht, dass die Verjährung der peinlichen Strafe in zwanzig Jahren geschieht und nur bey den Verbrechen, welche nach den *Lege Julia de adult.* beurtheilet werden, eine Ausnahme statt findet. Allein von diesen Vorschriften des gemeinen Rechts sind die *Particulair-Verordnungen* öfters abgewichen, indem bisweilen eine kürzere Zeit zur Verjährung erfordert wird. Vorzüglich finde ich dies bey dem Diebstahl, indem die römischen Gesetze nicht jeden Diebstahl binnen zwanzig Jahren verjährt wissen wollen, sondern in einer kürzern Zeit, denn der *Peculat* wurde schon in fünf Jahren verjährt. So verordnete das Landrecht Preussens, dass ein nicht gewaltsamer Diebstahl schon in zehn Jahren

Jahren verjährt ^{a)} wird; so finden wir auch diese Verordnung in östreichischen Staaten ^{b)}. Ich übergehe hier mehrere Abweichungen da ich in dem besondern Theile, mehrere Gelegenheit haben werde hiervon zu reden.

a) *Landrecht*. p. 111. lib. 6. tit. 12. art. 1. §. 3. 4.

b) *Frölich von Frölichsburg* l. p. 273. n. 17.

(B)

Von dem

Zeitpunct da die Verjährung der peinlichen Strafe seinen Anfang nimmt, und von der Vollendung derselben.

§. 22.

Bevor ich den Zeitpunkt festsetzen kann, von welchem die Verjährung zu laufen anfängt, so muss ich die Begriffe von vollendeten, reiterirten und continuirten Verbrechen und des Versuches eines Verbrechens erläutern, da nach denselben der Anfang der Verjährung bestimmt wird. *Vollendet* heisst ein Verbrechen dann, wenn diejenige Handlung vollkommen existirt, welche den Begriff des Verbrechens ausmacht ^{a)}. Denn nur dann wenn alle diejenige Handlungen vorhanden sind, welche zum Wesen des Verbrechens erfordert werden, kann die ordentliche Strafe eintreten. Hat daher der Dieb zwar die Sachen

Begriff eines vollendeten, fortgesetzten wiederholten Verbrechen.

C

einem

einem dritten entwandt; nicht aber in sein Gewahrsam gebracht, so ist der Diebstahl nicht vollendet; denn die Gesetze wollen nicht allein, dass der Dieb die Sachen in der Absicht jemanden entwandte, um sich damit zu bereichern, sondern sie erfodern überdem, dass sie noch in sein Gewahrsam gebracht sind; doch ist nicht nothwendig, dass sie schon an den Ort ihrer Bestimmung gebracht wurden ^{b)}. — Nicht aber allein auf vollendete Verbrechen, sondern auch selbst auf den Versuch eines Verbrechens haben die Gesetze Strafen gesetzt. Der Versuch kann theils ein selbstständiges Verbrechen ausmachen, theils aber kann auch der Versuch in dem bösen Willen liegen; beydes kann strafbar seyn, letzteres nur dann, wenn der Verbrecher selbst gesteht, dass er die Absicht gehabt hat, diese oder jene Handlung vorzunehmen; ersteres dann, wenn der Versuch wirklich geschehn ist, der den Weg zum Verbrechen bahnen sollte, welches noch nicht vollendet ward, z. B. jemand legte Feuer an, in der Absicht um zu rauben, so ist schon die Handlung des Feueranlegens strafbar, die Strafbarkeit der Handlung wird noch dadurch erhöht, dass er die Absicht zu rauben hatte. Die Interpellatores matrimonii ^{c)} sind schon straffällig, es braucht nicht erwiesen zu werden, dass die Ehefrau zur Unzucht hat verleitet werden sollen. Die Strafbarkeit des Versuches ist daher ebenfalls der Verjährung un-

unterworfen, es schadet nicht dass die Gesetze bestimmt haben, dass vollendete Verbrechen verjähret werden können. — Eine wichtige Wirkung bey der Verjährung bringt die Eintheilung der Verbrechen in *continuirte* und *reiterirte* hervor. Wenn jemand mehrere Verbrechen begangen hat, so sind sie entweder von einerley Gattung, oder von verschiedenen Gattungen. Im erstern Fall beging der Verbrecher die Verbrechen von einerley Gattung an ein und demselben Gegenstande, aber zu verschiedenen Zeiten, hier nennt man das Verbrechen ein *continuirtes*, *fortgesetztes*, Verbrechen; oder der Verbrecher beging diese Verbrechen an mehreren Gegenständen, so werden sie *wiederholte* Verbrechen genannt. Hat der Verbrecher im zweiten Fall mehrere Verbrechen verübt, und zwar von verschiedner Art, so werden die Verbrechen *zusammenlaufende*, *concurrentia*, genannt. Es war nothwendig, dass ich diese Eintheilung der Verbrechen vorausschickte, um da noch die Verjährung bestimmen zu können.

- a) Kleinschrodt in seiner *sys. Entwicklung des peinlichen Rechts*, §. 32. sagt . . . Es kommt hier alles darauf an, wenn man sagen könne, dass ein Verbrechen vollendet sey. Dies ist aber alsdann zu behaupten, wenn diejenige Handlung vollkommen existirt, welche den Begriff des Verbrechens ausmacht, und von den Gesetzen hauptsächlich und zunächst mit der ordentlichen Strafe belegt wird. Letztere gehört aber nicht zur Bestimmung eines vollendeten Ver-

brechens, denn die ordentliche Strafe kann nur erst dann eintreten, wenn das Verbrechen als vollendet betrachtet werden kann. Die Bestimmung derselben ist eine Wirkung des vollendeten Verbrechens. Daher auch *Quistorp* sagt, (a. a. O. I Th. §. 29.) ein vollendetes Verbrechen ist dasjenige, wenn der Urheber seine That soweit ausgeführt hat, dass an dem Verbrechen, welches er auszuführen sich vorgesetzt, vermöge seines Begriffs nichts weiter fehlt. Freilich müssen wir bey jedem Verbrechen prüfen, was zum Wesen desselben von den Gesetzen verlangt wird.

b) *Quistorp* a. a. O. I Th. §. 342. arg. Art. 157. und 167. d. P. G. O.

c) L. I. §. 2. D. de extra. crim. *Kleinschrodt* a. a. O. §. 2.

§. 23.

*Erste Regel
bey der Ver-
jährung der
Strafe.*

Die Gesetze haben die allgemeine Regel festgesetzt: *die Verjährung in peinlichen Fällen fängt mit dem Augenblick an, da das Verbrechen vollendet ist.* Diesen Grundsatz haben die Gesetze schon bey der Civil-Verjährung festgesetzt, indem hier die Verjährung nicht von den Augenblick des angefangenen, sondern vollendeten Geschäfts anfängt ^{a)}, und dieses ist auch bey der Verjährung in peinlichen Fällen beobachtet worden ^{b)}. Da sich nun nicht im allgemeinen bestimmen lässt, wenn ehr ein Verbrechen consumirt sey, so muss ich dieses dem besondern Theil dieser Abhandlung aufsparen.

^{a)} l. 1. §. 2. Cod. de annal. except.

^{b)} l. 29.

b) l. 29. §. 7. ad I. Iul. de adulter. Engau. a. a. O.

§. 80 Wenn man jemanden aufgetragen hat ein Verbrechen zu begehn, so läuft die Zeit nicht von dem Auftrag, sondern von dem Augenblick an, da das Verbrechen dem geschehenen Auftrage gemäss begangen worden ist.

§. 24.

Wenn fortgesetzte Verbrechen Zweite Regel
bey fortgesetz-
ten Verbrechen.
vorhanden sind, so gilt folgende
Regel: *die Verjährung läuft von
der letzten Handlung an*; der Grund ist der,
weil hier diese mehren Handlungen, diese
mehren Verbrechen, als ein einziges betrach-
tet werden, und daher nicht, wenn eine Hand-
lung vollendet ist, gleich das ganze Geschäft
vollendet seyn kann. Daher kann auch die
Verjährung bey den fortgesetzten Verbrechen
nur dann anfangen, wenn der Verbrecher auf-
gehört hat, diese Verbrechen zu begehn, da
die einzelnen Handlungen noch als Theile
des Verbrechens angesehen werden. Wenn
daher jemand ein Stuprum beging und öfter
einem und demselben Mädchen fleischlich bey-
wohnte, so wird die Verjährung des Stupri
nicht dann angefangen, wenn er einmal die-
sen Beyschlaf vollendet hat; sondern dann
wenn er jetzt gar nicht mehr einen solchen
Umgang mit dem Mädchen hat, der auf Wol-
lust-Befriedigung abzweckt.

§. 25.

*Dritte Regel
bey wieder-
holten Verbre-
chen.*

Bey den *wiederholten* Verbrechen gilt folgende Regel: *es werden hier so viele Verjährungszeiten erfordert als Verbrechen vorhanden sind.* Da zwar diese Verbrechen von einerley Gattung sind nicht aber an ein und demselben Gegenstande unternommen werden, so können sie nicht als ein und dieselbe Handlung betrachtet werden, sie müssten denn zu gleicher Zeit begangen werden. Z. B.-jemand bestiehlt in einem Hause, erst den Cajus, dann den Pomponius und darauf den Sempronius, so ist ein wiederholtes Verbrechen vorhanden, welches durch eine einzige Verjährung vollendet werden kann, da diese Verbrechen in ein und demselben Zeitraum begangen wurden. Es hat dieses sehr grosse Wirkung in vorkommenden Fällen.

1) Derjenige, welcher auch eines dieser wiederholten Verbrechen verjährt, kann diese Verjährung nicht auf die übrigen ausdehnen;

2) er kann, indem er wegen der noch nicht verjährten Verbrechen in Untersuchung gerieth, nicht wegen der schon verjährten eine härtere Strafe leiden, was doch sonst anwendbar ist. Hat er daher dreimal zu verschiedenen Zeiten verschiedenen Personen eine Ohrfeige gegeben, worauf die Strafe von fünf Thalern steht, so kann der Richter nicht verlangen, dass er wegen der zuerst gethanen In-

Injurie die fünf Thaler erlege. Auch kann er die Strafe nicht erhärten, da es eben so anzusehn ist, als wenn er nur ein- oder zweymal diese Injurie ausgeübt hat. Bey den Diebstahl, wie wir unten zeigen werden, haben diese Bestimmungen grossen Einfluss. Diejenigen Rechtslehrer, welche den Grund der Verjährung in Besserung des Lebenswandels setzen, kommen hier schlecht weg, indem sie annehmen müssen, dass bey wiederholten Verbrechen die Verjährung nicht laufen kann; denn fällt der Grund weg, so muss auch die Einrichtung selbst wegfallen.

§. 26.

Bey den zusammenlaufenden Verbrechen gilt folgende Regel: *Es werden hierzu so viele Verjährungszeiten erfordert, als Verbrechen vorhanden sind.* Wenn daher jemand einen Diebstahl beging, indem er einen Ehebruch beging; so kann er diese beyden Verbrechen nicht auf einmal, sondern durch verschiedene Verjährungszeiten aufheben. Wenn nicht, wie wir dieses schon vorher gezeigt haben, mehrere Verbrechen die in einer Zeit verjährt werden können, zugleich von dem Verbrecher unternommen sind, z. B. ein Diebstahl und ein Mord a).

*Vierte Regel
bey zusammenlaufenden
Verbrechen.*

a) Engau a. a. O. §. 75.

Findet die Civil- oder Naturalcomputation statt?

Die Verjährung ist sodann vollendet, wenn ununterbrochen der Verbrecher die gesetzliche Zeit hindurch die peinliche Strafe verjährte.

Muss diese Verjährungszeit civiliter, oder muss sie naturaliter gerechnet werden, so dass der ganze Tag verstrichen seyn muss, der der letzte Verjährungstag war, oder ist es hinlänglich, wenn blos dieser Tag ist angefangen worden? Viele Rechtslehrer bejahen ^{a)} andere verneinen ^{b)} solches; vorzüglich sucht *Paalzov* zu erweisen, dass die Civilverjährung hierbey statt haben müsste, indem er den Grundsatz angiebt: *Civilis computatio adhibetur, quoties ea meliorem reddit conditionem eius, cuius lex certum tempus praefinit, quoties contra eadem conditionem illius redderet deteriore, naturali computationi stamus.* Allein, wenn gleich diese Regel auf Civilfælle sehr gut anzuwenden ist, so kann ich aus mehreren Ursachen sie hier nicht annehmen:

1) soll die Verjährung nicht noch mehr ausgedehnt werden, als sie ausgedehnt ist: hierdurch würde aber offenbar dieses geschehn, der Verbrecher würde Vortheil und noch mehr Vortheile durch die Verjährung erhalten, daher diese Regel nicht statt haben kann,

2) man muss in Criminalsachen so streng, als möglich interpretiren,

3) die

3) der favor defensionis den die Gegner vorschützen kann die civilis computatio nicht rechtfertigen, obgleich *Quistorp* selbst dieser Meinung ist c).

a) *Paalzov* Iurispr. crim. §. 175.

Püttmann Elem. iur. crim. §. 1057.

Koch inst. iur. crim. §. 974.

b) *Engau* a. a. O. 94. *Quistorp* a. a. O. §. 868.

c) *Quist.* a. a. in n. f. Einige wollen, ob favorem defensionis nicht ohne Grund die Zeit der Verjährung civiliter gerechnet wissen. *Rücker* Tr. de civil et nat. temp. comp. in iur. Lugd. 1749.

§. 28.

Es müssen hier noch einige Fragen entschieden werden. 1) Wenn in einem Lande die Verjährung gegolten hat; allein jetzt gänzlich aufgehoben wird, kann da die Verjährung laufen, oder hört sie mit den Augenblick der Publication des Gesetzes auf? *Cajus* hat ein Diebstahl begangen, jetzt hat er noch zwey Jahr zur Verjährung nothwendig, und eben jetzt erscheint dieses Gesetz. Entweder ist nun in den Particulair-Verordnungen etwas bestimmt worden, oder der Gesetzgeber hat keinen Zeitpunkt angehängt. Im erstern Fall muss die landesherrliche Verordnung beobachtet werden, im letztern Fall aber muss man zum Vortheil des Verbrechers entscheiden,

Beantwortung
einiger Fra-
gen.

1) weil nicht zu vermuthen ist, dass der Gesetzgeber dieses gewollt hat;

2) weil

2) weil neuere Gesetze auf vorhergegangne Handlungen nicht zu ziehn sind und

3) weil man bey schon längst vorher geschehenen Handlungen auf die Zeit und Umstände da die Handlung geschah Rücksicht nehmen muss ^{a)};

4) weil der Verbrecher nur nach dem Strafgesetze beurtheilt werden kann, das zur Zeit da er die Handlung beging vorhanden war ^{b)}.

2) Wenn ein Gesetz während des der Verbrecher verjährt, bekannt gemacht wird, welches die Zeit der Verjährung ausdehnt, nach welchem Gesetze ist da der Verbrecher zu beurtheilen nach dem vorhin geltenden, oder nach dem neuern Gesetz? Bisher hatten die römischen Gesetze wegen Verjährung des Ehebruchs in einem Lande gegolten, und er konnte in fünf Jahren verjährt werden, jetzt wird ein Gesetz publicirt, welches ausdrücklich sagt: dass die Strafe des Ehebruchs erst in zwanzig Jahren verjährt werden könnte. *Engau* ^{c)} sagt, man müsste hier die vierte geometrische Proportionalzahl der æltern und neuern Verjährungszeit suchen, welche zeigt wie lange die Verjährung annoch nach Gebung des neuern Gesetzes, bis sie völlig werde, laufen müssen, und erläutert dieses durch folgendes Beyspiel: Titius beging 1725. einen Ehe-

Ehebruch, im Jahre 1729. erschien ein Gesetz, welches den Ehebruch erst in zwanzig Jahren verjährt wissen wollte. 1733. wird Titius in Verhaft genommen, er will sich mit der Verjährung schützen. Da Titius 1729. bereits den Ehebruch bis auf ein Jahr noch verjährt hat, das letzte Jahr auch, da zwischen der ältern und neuern Verjährungszeit die geometrische Proportionalzahl viere ist, bereits 1729 bis 1732. verflossen ist, so muss er mit seiner Ausflucht gehört werden. Titius musste nothwendig mit seiner Ausflucht gehört werden, da er schon im Jahre 1733 da er in Untersuchung gezogen ward, den Ehebruch längst verjährt hatte. Die Frage muss nach Beantwortung der vorigen Frage ebenfalls dahin entschieden werden, dass der Richter nicht auf die Bestimmung des neuern Gesetzes, sondern nach der Bestimmung des alten Gesetzes die Entscheidung einrichten musste, da er auf diejenigen Gesetze Rücksicht zu nehmen hat, da der Verbrecher das Verbrechen beging; es würde daher Titius der 1725 einen Ehebruch beging, und wenn gleich 1726 ein Gesetz deshalb erschien, dennoch im Jahre 1733. mit seiner Ausflucht zu hören seyn, da er nach dem alten Gesetz die Strafe verjährt hat.

3) Wenn die Gesetze des Orts, wo das Verbrechen begangen wurde, und die Gesetze des Orts, wo der Verbrecher ergriffen würde, einen

einen längern oder kürzern Zeitpunkt bestimmt haben; nach welchen Gesetzen muss die Entscheidung gemacht werden? Wenn jemand in Sachsen eine Oberhurerey beging, und im Anhaltischen gefänglich eingezogen ward, wo die zwanzigjæhrige Verjährung darauf gesetzt ist, wonach muss man entscheiden? Die Regel gilt, man muss nach den Gesetzen desjenigen Orts, wo das Verbrechen ist begangen worden, die Entscheidung einrichten, welches auch hier vorzüglich darum angewandt werden kann, weil die gelindere Meinung oder auch gelindere Strafe vorzuziehn ist, wenn die Gesetze des *fori delicti* mit dem *foro apprehensionis* collidiren d).

a) *Preuss. Landrecht*, 1 Th. in der Einleitung §. 22. und so weiter.

b) *Quistorp* 1 Th. §. 95 und §. 98. *Kleinschrodt* a. a. O. §. 12. und 13.

c) *Engau* a. a. O. §. 78.

d) *Quistorp* a. a. O. §. 95.

(C.)

Von der Unterbrechung der Verjährung.

§. 29.

Begriff der Unterbrechung der Verjährung.

Es wird nicht nur erfordert, dass derjenige der die peinliche Strafe verjähren will, die nach den Gesetzen erforderliche Zeit vollendet habe,

habe, sondern überdem noch, wird nach Art der Civilverjährung vorausgesetzt, dass diese Verjährung niemals *unterbrochen* sey. Unterbrochen wird dann die Verjährung nach den Civilrecht genannt, wenn gewisse Hindernisse eintreten, wodurch die schon angefangene Verjährung nicht mehr laufen kann. Nach Grundsätzen des peinlichen Rechts ist die Verjährung dann als unterbrochen anzusehn, *wenn während dem Lauf der Verjährung entweder die förmliche Anklage angestellt, oder die Specialinquisition gegen den Verbrecher erhoben wird* ^{a)}.

- a) *Quistorp. a. a. O. §. 869. Klein a. a. O. §. 186.* Die Unterbrechung der Verjährung geschieht dadurch, dass das gemeine Wesen, welches bey dem Inquisitionsprozesse an die Stelle des Anklägers tritt, von seiner Befugniss, den Verbrecher zu strafen, Gebrauch macht.

§. 30.

Um dass diese Materie so vollständig als möglich abgehandelt wird, und keine Verwirrung entsteht, so wollen wir zuerst von der Unterbrechung, dann von den Wirkungen, und von dem Beweise der Unterbrechung der Verjährung haudeln. — Was nun zuerst die Unterbrechung der Verjährung selbst anbetrifft, so müssen wir auf folgende zwey Stücke vorzüglich Acht haben. a) Welche Handlungen

Von den Materien, welche hier abgehandelt werden.

von

von Seiten des peinlichen Gerichts, verhindern die Vollendung der Verjährung, b) welche Handlungen verhindern solche nicht.

§. 31.

Von der Unterbrechung der Verjährung durch Handlungen des peinlichen Gerichts.

Was nun zuörderst

a) diejenigen Handlungen anbetrißt, wodurch die Verjährung der peinlichen Strafe und zwar durch Handlungen vom peinlichen Gericht unternommen, unterbrochen wird, so stellen uns die Rechtslehrer folgende Grundsätze auf;

1) bey den *accusatorischen Prozess* wird die Verjährung unterbrochen, wenn die *Citation von peinlich competenten Richter gehörig dem Verbrecher ist insinuirt worden*. Es wird also erfordert, dass der peinliche Richter den Verbrecher anzeigt, dass eine wirkliche *Anklage gegen ihm verhängt sey, und zugleich mit diesen Anklaglibell eine Citation verbindet*; denn die bloße Anzeige, dass der Verbrecher angeklagt sey, hebt noch nicht die Verjährung auf ^{a)}. Eine auf falsche Gründe veranlasste Anklage, wovon der Angeeschuldigte durch Urtheil und Recht ist frey gesprochen worden, hemmt den Lauf der Verjährung so wenig, als die Drohungen des Beleidigten, ihn bald bey dem peinlichen Richter zu verklagen. Die Ladung muss übrigens nach Vorschrift der Gesetze eingerichtet seyn.

seyn b). Allein wenn auch alle diese Erfordernisse vorhanden wären, so würde der Lauf der Verjährung dennoch nicht unterbrochen werden, wann nicht die Ladung von den *ordentlichen Richter* geschehn wäre. Die Competenz des peinlichen Richters wird sowohl nach den Ort wo das Verbrechen geschehn ist, als nach der Verhaftnehmung des Verbrechers bestimmt, da nun aber letzteres hier nicht zu bemerken ist, indem wenn der Verbrecher schon in Verhaft genommen worden ist die Verjährung als unterbrochen anzusehn ist c), so muss die Competenz bloß nach dem foro delicti bestimmt werden. Sind diese beyden Erfordernisse vorhanden, ist die Citation gehörig von dem Competenten peinlichen Richter geschehn, so wird dadurch die Verjährung bey dem accusatorischen Prozess, unterbrochen.

a) Das Gegentheil behauptet Farinacius c. qu. n. 28. und Sande decis. Fris. Lib. V. tit. 9. dec. 2.

b) Die Förmlichkeit muss nach Civilgesetzen beurtheilt werden. s. *Danz* Grundsätze des gemeinen Prozesses. p. 194.

c) *Quistorp.* a. a. O. §. 869. l. 29. §. 7. ad L. I. de adul.

§. 32.

2) Bey dem inquisitorischen Prozesse treten ganz andere Grundsätze von der Unterbrechung der Verjährung ein. Wir setzen hier die allgemeine Regel fest: *sowohl durch die*

die generelle, als Specialinquisition kann der Lauf der Verjährung gehindert werden. Carpzov ^{a)}, Farinacius ^{b)}, Leyser ^{c)} und Böhmer ^{d)} behaupten, dass die Verjährung durch die Generalinquisition schon unterbrochen werde, wenn auch gleich die öffentliche Ladung nicht zu den Ohren des Verbrechers gekommen wäre. Allein da durch die Generalinquisition bloß ausgemittelt wird, ob wirklich ein Verbrechen begangen, und unter was für Umständen solches geschehn sey, so kann dieses unmöglich die Verjährung unterbrechen, da das Hauptforderniss der Verjährung hier fehlt, dass wirklich ein solcher Umstand vorhanden sey, wodurch der Verbrecher an der Vollendung der Verjährung gehindert wird. Demohnerachtet aber kann die Generalinquisition die Verjährung unterbrechen, wenn die Specialinquisition nicht als nothwendig erachtet wird ^{e)}, und bloß unter solchen Umständen kann ich diese Meinung annehmen. In der Regel kann bloß die Specialinquisition den Lauf der Verjährung hindern, weil hierdurch ein Umstand eintritt, der nach den Gesetzen den Lauf der Verjährung stört: darauf kommt es aber nicht an, ob schon eine Antwort auf die peinlichen Fragstücke vorhanden sey.

a) p. 3. quaes. 141. n. 53.

b) Quaest. 10 n. 28.

c) Spec. 115. med. 6.

d) Böh-

- d) *Böhmer* ad *Carp.* p. 3. quaes. 141. ob. 1. n. 4.
 e) *Stelzer* in der *deutschen Monatschrift* August. n. 1. n. 7.
 und *Iuly* n. v. *Quistorp* a. a. O. 2 Th. §. 592.
Klein a. a. O. §. 186.

§. 33.

3) Bey dem Bannprozess wird die Verjährung alsdann unterbrochen, wenn die öffentliche Ladung geschehn ist. Wenn der Verbrecher um der Strafe zu entgehn ausgetreten ist, und der peinliche Richter nicht im Stande ist, ihm eine Citation zu insinuiren, so muss die öffentliche Ladung erfolgen, welche nach Grundsätzen des Civilrechts zu beurtheilen ist a). Ist hierbey alles beobachtet worden, so wird dadurch der Lauf der Verjährung unterbrochen b). Wird aber wohl erfordert, dass der Verbrecher wirklich die Citation erfahren habe, oder ist es hinreichend dass solche geschehn ist? Würden wir erstern Grundsatz gelten lassen, so würde mancher Verbrecher vorschützen, dass er nichts von der Citation gewusst habe. Der Richter hat seine Pflicht gethan; dafür kann er nichts, dass die Citation vergebens geschehn ist. Daher wir auch glauben, dass durch die öffentliche Ladung der Lauf der Verjährung gehemmt wird.

a) *Danz* a. a. O. §. 94.

b) *Engau* a. a. O. §. 109.

Von solchen
Handlungen,
die die Ver-
jährung nicht
stören.

Nach dem wir jetzt kürzlich ge-
zeigt haben, welche Handlungen die
Verjährung der peinlichen Strafe
stören, so kommen wir

b) auf diejenigen Handlungen, wodurch die
Verjährung nicht unterbrochen wird.

1) Durch die *blosse Civilklage* wird der
Lauf der Verjährung nicht gehemmt. *Ber-
ger* ^{a)} ist zwar der entgegengesetzten Mei-
nung, da er glaubt aus den l. 4. C. de ord.
iud. seine Meinung vertheidigen zu können;
in diesen Gesetzen wird gesagt, dass eher die
Criminaluntersuchung, als die Civiluntersu-
chung geschehn müsste; nun schliesst er im
Gegensatz, wenn letztere eher geschehn ist, so
kann dadurch der peinliche Richter keinen
Schaden leiden, aber ohne allen Grund.
Wer verhindert den peinlichen Richter zu
klagen, er allein hat sich die Schuld beyzu-
messen, wenn während der Civilklage das Ver-
brechen verjährt wird. Nur dann leidet die-
se Regel eine Ausnahme, wenn von der Civil-
klage die Bestimmung der peinlichen Klage
abhängt; wenn daher eher nicht auf die Stra-
fe des Stupri geklagt werden kann, als bis
ausgemacht worden ist, ob der Stuprator die
Stuprata blos dotiren, oder heyrathen will,
so kann die Verjährung nicht laufen. Den-
noch glaube ich, dass zum wenigsten der
peinliche Richter die peinliche Anklage gegen
den

den Stuprator und Stuprata anhängig machen kann, wenn auch gleich der Ausgang des Civilprozesses die Bestimmung der peinlichen Strafe mit sich führt. Deshalb auch die helmstädtischen Gelehrten ganz richtig folgenden Fall entschieden. Im Herzogthum Magdeburg wurde ein Mägdgen stuprirt, und drang auf die Ehe, welche ihr, wie sie vorgab, der Stuprator versprochen hatte, sie geriethen hierüber in Streit, welcher an fünf Jahr dauerte, der Fiscus wollte, nach Verlauf dieser Zeit, die Stuprata und Stuprator wegen des begangenen Verbrechens strafen, wogegen aber die Verbrecher vorschützten, dass das Stuprum verjährt sey; die helmstädtischen Icti entschieden dahin, dass Beklagte von der Klage zu entbinden und Klagers Suchen wegen der Strafe nicht statt habe, weil er gar nicht verhindert worden wäre, auch während des Civilprozesses, peinlich zu klagen b).

2) Eine von einem incompetenten Richter angestellte, oder auf nicht gesetzlicher Weise unternommene Untersuchung, hindert gleichfalls den Lauf der Verjährung nicht, indem in beyden Fällen die Handlungen ohne Wirkung sind.

3) Da nothwendig erfordert wird, dass, wenn bey dem accusatorischen Prozess der Lauf der Verjährung gehemmt werden soll, die Anklage dem Verbrecher nicht nur zuge stellt, sondern auch zngleich die Citation er-

folgen muss, und bey dem inquisitorischen Prozess, zum wenigsten die Specialinquisition angefangen seyn muss, so ergiebt sich, dass wenn die Citation nicht geschehn, noch eine Specialinquisition erfolgt ist, die Verjährung nicht unterbrochen wird.

4) Sind mehrere Theilnehmer bey einem Verbrechen vorhanden, so werden, wenn einer in Untersuchung gezogen wird, die übrigen in dem Lauf der Verjährung nicht gestört. Ist daher jemand nach fünf Jahren vor das peinliche Gericht gezogen worden, da die Hure dessen Prozess schon länger als fünf Jahre gedauert hat, angab, daß er auch mit ihr zu thun gehabt hätte, so kann er sich sehr wohl mit der Verjährung schützen.

5) Hat jemand mehrere Verbrechen begangen und wegen eines derselben kommt er in peinliche Untersuchung, so wird dadurch die Verjährung in Rücksicht des andern Verbrechen nicht gehemmt. Titius der ein Stuprum und Adulterium an verschiedenen Personen beging, wird wegen des Adulterii in Criminaluntersuchung gezogen, er gebrauchte jetzt noch ein Jahr zur Verjährung des Stupri, so schadet ihm der peinliche Prozess wegen des Ehebruchs gar nichts, indem hier ebenfalls die Regel gilt: *interruptio strictissimae interpretationis est.*

6) Behaupten *Rave* c), *Engau* d), dass, wenn der Verbrecher wegen seines Verbrechens

chens in Untersuchung gerieth, aber nachher frey gesprochen wird, dadurch die Verjährung nicht unterbrochen werde, weil dieser Grundsatz nach dem Civilrecht gilt. Allein diesen Grundsatz kann ich nicht annehmen, weil das peinliche Gericht das hier seine Pflicht that, nichts dafür kann, dass eben zu jetziger Zeit nicht genug Beweismittel in seinen Händen sind, wodurch das Verbrechen klar gemacht wird. Die Rechte des Staats müssen übrigens mehr geschützt, als der Verbrecher vertheidiget werden; daher ich auch diese Meinung, wenn gleich der l. 2. D. pro donato entgegensteht, annehme.

7) Die Verjährung wird auch dann, wenn der Verbrecher nach geschehner Anklage sich auf die Flucht begiebt, unterbrochen, obgleich das Gegentheil von vielen behauptet wird.

a) *Berger* oecon. j. Lib. 3. Tit. 15. Th. I. n. 2.

b) *Leyser* Medit. ad Dig. §. 15. n. 8.

c) *Rave* a. a. O. §. 162.

d) a. a. O. §. 92.

§. 35.

Nachdem wir kürzlich zu zeigen bemüht gewesen sind, durch welche Handlungen die Verjährung der peinlichen Strafe unterbrochen wird, so kommen wir nach Voraussetzung des §. zu den *Wirkungen* der Interruption, welche folgende sind.

Von den Wirkungen einer unterbrochenen Verjährung.

1) Durch

1) Durch die Unterbrechung der Verjährung wird der Verbrecher gar nicht gehindert, die Verjährung nachher von neuen anzufangen. Die Rechtslehrer sind über diesen Satz nicht einig: einige behaupten, man müsse hier darauf sehn, ob der Verbrecher bey Untersuchung des Verbrechens freygesprochen wurde, oder ob er die Flucht ergriffen hatte, im erstern Fall glauben sie, dass die Verjährung wieder anfangen könne, im letztern Fall aber nicht. Die erstere Frage ist von der, welche wir schon im vorigen §. beantwortet haben, sehr unterschieden, hängt aber mit derselben in so fern zusammen, da erstere erst festgestellt werden müsste, bevor diese entschieden werden könnte; denn erst müsste gezeigt werden, ob durch die Citation in jedem Fall die Verjährung unterbrochen wurde, ehe gezeigt werden konnte ob die Verjährung, welche durch die Citation unterbrochen war, wieder von neuen laufen konnte. Cajus wird nach Verlauf von zwei Jahren, da das Stuprum geschehen war, angegeben, dass er mit der Cornelia sich fleischlich vermischt habe, das Verbrechen wird untersucht, sowohl die Cornelia, als auch der Cajus leugnen, dass ein solcher Beyschlaf unter ihnen statt gehabt habe, äussere Zeichen sind auch nicht vorhanden, sie werden deshalb absolvirt. Nach einer Zeit von fünf Jahren, da die Cornelia vom Cajus schwanger geworden ist, und ihr nach einem andern gelüstet, giebt sie den Cajus als Schwängerer an, und

und behauptet, dass damals der Richter, da er dieses Verbrechen untersucht hätte, ganz recht gehabt habe, allein sie hätte es aus Schaam nicht gestehn wollen. Dem Richter ist ein solches Geständniss willkommen, und will beyde jetzt strafen, Cajus sowohl, als Cornelia schützen die Verjährung vor, können sie von der Strafe befreit werden? allerdings; indem sie jezt die Verjährungszeit vollendet haben, da sie von dem Tage an, da sie absolvirt wurden, solche wiederum anfangen. Wäre Cajus und Cornelia nach vier Jahren verklagt, so hätten sie wegen des Stupri nach den Grundsätzen des vorigen §. gestraft werden müssen. Dieser Satz bedarf noch einer Erklärung. Ausgemacht gewiss ist es, dass der, welcher in Untersuchung gezogen wurde, und absolvirt ist, die Verjährung wieder anfangen kann. Aber kann wohl die vorhergegangne Zeit, die vor der Untersuchung schon verflossen ist, gezählt werden, und auch die, welche so lange der Prozes dauerte, verstrichen ist? Cajus wird im 1. August 1793 wegen eines Ehebruchs in peinliche Untersuchung gezogen, den er schon vor zwey Jahren gethan hatte, der Prozess dauert ein halb Jahr, er wird absolvirt; nachher wird er wieder, und zwar im Sept 1795. in peinliche Untersuchung gezogen; er sagt: jetzt ist der Ehebruch gänzlich verjahrt, denn ich habe ihn 1791 gethan und jetzt sind schon fünf Jahre verflossen. Kann er absolvirt werden? nein denn

denn das Halbejahr vom 1 Aug. 1793 bis 1 Sept. 1794 kann nicht mitgezählt werden, er ist strafbar. Dies ersehn wir deutlich aus den l. 31. D. ad l. lu. de adult., wo gesagt wird, *äquum est computationi quinquennii eximi id tempus, quod per postulationem praecedentem consumtum est*, die Zeit nemlich, die bey dem ersten Prozess verstrich, kann nicht gezählt werden. Daher auch *Rave* ^{a)}, *Eichmann* ^{b)}, und die ihm folgen, gänzlich Unrecht haben; denn sie haben sich durch das Civilrecht verleiten lassen; Rave schreibt *tempus frustranee consumptum non subtrahendum est*, allein ganz unrichtig.

Ganz andere Grundsätze treten aber ein, wenn der Verbrecher nicht ist absolvirt worden, sondern sich auf die Flucht begeben hat. Einige Rechtslehrer behaupten, dass der Verbrecher in Zukunft gar nicht präscribiren könne ^{c)}, andere hingegen sagen, dass er blos die vergangne Zeit nicht zur Verjährungszeit zählen könnte ^{d)}. Den Grund den letztere anführen ist in l. 29. §. 6. D. ad l. Iul. de adult. enthalten, es wird hier gesagt; die Zeit wird von dem Tage angerechnet, da der Verbrecher das Verbrechen beging, und geht bis zu der Zeit, da die Postulation geschehn ist, und nicht bis dahin, wo das peinliche Gericht gehegt wurde, hieraus, sagen sie, ist deutlich zu ersehn, dass, wenn nachher der Verbrecher sich in Freiheit setzt, er wieder verjahren könne. Allein

Allein andere glauben dass in diesen Fall die Verjährung nie wieder anfangen kann, und zwar aus folgenden Gründen.

- a) Weil eine bössliche Verlassung dem Verbrecher nicht zum Vorthail gereichen kann.
- b) Das von dem Gegner angeführte Gesetz spricht nicht von der Verjährung, sondern von der Zeit, die zur Verjährung der peinlichen Strafe, welche auf fleischliche Verbrechen gesetzt ist, nothwendig ist.
- c) Wenn diese Meinung gegründet wäre, so müsste der peinliche Richter jezt aller fünf, oder aller zwanzig Jahre, die Anklage erneuern.
- d) Nach Grundsätzen des Civilrechts, bleibt die Verjährung, die durch die Citatio interrupta ist, unterbrochen, wenn auch gleich der Verjährer entflohen ist, warum soll dieses nicht auch in peinlichen Fällen statt haben. Diese Meinung, da sie der Analogie des Rechts gemäss ist, nehme ich ebenfalls an, da die entgegengesetzte auf sehr schwachem Grunde beruhet.

Der peinliche Richter erfüllte seine Pflicht indem er den Verbrecher vor das peinliche Gericht zog; dass dieser sich dem peinlichen Gerichte entzog, das ist nicht seine Schuld,

Schuld; und hieraus sollte der Verbrecher Vortheil haben? Es ist nicht nothwendig dass *Engau* ^{e)} seine Meinung auch mit Gesetzen unterstützen will, denn das Gesetz, das er anführt, beweist gar nichts. Dieses Gesetz ist wie ich vorher gezeigt habe, von dem Fall zu verstehn, da jemand verklagt, absolvirt wird, und die Verjährung wiederum anfang. Wie aber, wenn dieser flüchtig gewordene Verbrecher wiederum zurückkehrt, und die peinliche Untersuchung gegen ihn angestellt wird; kann er nachher wenn er absolvirt ist, die Verjährung anfangen? ja, sie läuft von dem Augenblick an da die Sentenz publicirt ward.

2) Die unterbrochene Verjährung steht dem Verbrecher nicht nur bey dem Gericht durch welche sie unterbrochen ward, im Wege, sondern auch bey einem andern. Obgleich dieser Grundsatz bey der Civilverjährnung nicht anzunehmen ist, so lässt er sich dennoch nach peinlichen Grundsätzen sehr wohl vertheidigen, indem jeder peinliche Richter verbunden ist, das Wohl und das beste des Staats zu befördern. Ein passendes Beyspiel führt *Leyser* an.

a) a. a. O. pag. 281.

b) in Not. i. zu Rave.

c) *Engau* a. a. O. §. 102. *Böhmer* a. a. O.

d) *Berger* oecon. j. pag. 872, *Leyser* Sp. 515. n. 7.

e) a. a. O.

§. 36.

3) Durch die unterbrochne Verjährung wird die Verjährung eines andern Verbrechens gar nicht aufgehoben da sie strictissime zu interpretiren ist. Hat daher jemand ausser dem Ehebruch, weshalb er angeklagt wurde, einen Diebstahl begangen, so kann er dadurch nicht in der Verjährung gehindert werden.

§. 37.

Nachdem jetzt kürzlich gezeigt worden ist, welche Wirkungen die Unterbrechung der Verjährung hat, so kommen wir auf den *Beweis der unterbrochenen Verjährung.* Von den Beweis der unterbrochenen Verjährung. Der Beweis, dass die Verjährung unterbrochen sey, muss demjenigen auferlegt werden, der anführt, dass die Verjährung einst unterbrochen wurde, da die Vermuthung gilt, dass der Verbrecher wirklich das Verbrechen verjährt hat.

Vorausgesetzt a) dass von ihm deutlich und vollstændig erwiesen worden ist, wenn ehr die Verjährung ihren Anfang genommen hat,

b) und dargethan ist, dass jetzt der Zeitraum, den die Gesetze zur Verjährung vorgeschrieben haben, wirklich verflossen ist: denn der Grundsatz gilt, probatis duobus extremis, principio scilicet et fini, praesumuntur media. Der Beweis der unterbrochnen Verjährung

rung kann sowohl aus den Acten, als durch Zeugen geführt werden, ja sogar auch durch die eigne Aussage des Verbrechers, wenn er z. B. gesteht, dass er schon einmal vor ein peinliches Gericht wegen dieses Verbrechens gezogen wurde, und nachher absolvirt sey. Wenn aber auf diese Art die Unterbrechung der Verjährung nicht erwiesen wird, so frägt es sich, ob der peinliche Richter den Inquisiten dahin verpflichten kann, dass er eidlich erhärte, dass die Verjährung nicht unterbrochen sey? Es könnte zwar scheinen, dass der Richter dann, wenn der Verbrecher wegen eines ähnlichen Verbrechens schon einmal in Untersuchung gezogen wurde, und bestraft war, itzt zu diesem Verfahren berechtigt sey, weil der Grundsatz gilt: qui semel malus, semper malus; allein wollte man auch diesen thörigten Grundsatz annehmen, so würde doch der Richter unrecht handeln; 1) weil in Criminalfällen nur selten die Eidesdelation zur Bestärkung der Wahrheit anzuwenden ist, indem derjenige, welcher wirklich strafbar ist, ungestraft bleiben könnte, 2) weil die Vermuthung; der Verbrecher hat die Verjährung vollendet, statt findet, und welche nicht durch den Verbrecher erst erwiesen zu werden braucht. Daher behauptet auch *Quistorp* a) und *Engau* b), dass die Eidesablegung nicht von dem Verbrecher gefordert werden könnte.

a) peincl. Recht. 2. Th. §. 869.

b) *Engau* a. a. O. §. 129. *Hallacher* a. a. O. §. 12.

(D.)

Von den Wirkungen der Verjährung der peinlichen Strafe.

§. 38.

Wenn der Verbrecher bey der *Einleitung in*
peinlichen Untersuchung vorschützt, *diese Materie.*
dass er das Verbrechen welches er begangen
hat verjährt habe, so muss von ihm genau er-
wiesen seyn, wenn ehr die Verjährung ange-
fangen ist, es muss also genau ausgemittelt
seyn zu welcher Zeit das Verbrechen von ihm
begangen wurde; bey den vollendeten Ver-
brechen muss erwiesen seyn, wenn ehr er
die letzte Handlung beging die zur Consuma-
tion des Verbrechens gehörte, und bey dem
reiterirten Verbrechen müssen obige Grund-
sätze angewandt werden. Ferner muss genau
erwiesen seyn, dass jetzt die Verjährung völlig
abgelaufen und kein Augenblick daran fehle,
denn fehlten einige Stunden, so würde die
Verjährung nicht als vollendet betrachtet wer-
den können. Ist dieses alles gehörig geschehn;
so können sich nur erst die Wirkungen der
Verjährung äussern.

§. 39.

Die Verjährung kann von den
Verbrecher als Einrede gebraucht
werden, allein bisweilen wird auch
selbst der Richter dazu verbunden,

*Die Verjäh-
rung kann als
Einrede vor-
geschützt wer-
den.*

die

die Verjährung zu erwähnen, und dadurch den Verbrecher von der Strafe zu befreien. Letzterer Satz wird von einigen Rechtslehrern geleugnet, und behauptet, dass der Richter auch dann, wenn es aus den Acten klar erhellt, dass der Verbrecher ein Verbrechen verjährt hat, nicht verbunden sey, die Verjährung vorzuschützen. Ich glaube: fast alle Rechtslehrer welche jenen Satz behaupten haben sich durch die sächsische Verordnung täuschen lassen, und die Grundsätze des gemeinen Rechts verlassen. Alle Neuere berufen sich auf *Berger* und unterstützen mit keinen andern Gründen ihre Meynung. Allein weder die sächsischen Gesetze noch andere particulier Gesetze können ein allgemeines Recht begründen. Uebrigens scheint mir diese Meinung gegen die Theorie des Rechts anzustossen, da selbst nach Grundsätzen des Civilrechts diese Meinung nicht gebilliget wird.

§. 40.

Von den Wirkungen der vollendeten Verjährung.

Die vollendete Verjährung hat nun folgende Wirkungen.

1) Diejenige Strafe, welche der Verbrecher durch das Verbrechen bewirkt hat wird aufgehoben, die Strafe welche auf das Verbrechen gesetzt ist, ist nun entweder eine gesetzliche, und durch die *Caroline*, oder welches fast meistentheils der Fall ist, durch particulier Verordnungen bestimmt, oder es ist eine

eine *arbitraire* Strafe; weder auf die eine noch auf die andere Strafe kann der Richter erkennen ^{a)}. Aus diesen allgemeinen Grundsatz folgt:

- a) der Richter kann den Verbrecher anstatt der verwirkten Leibes oder Lebensstrafe keine Geldstrafe auferlegen, oder die gesetzliche Strafe mindern.
- b) Er kann nicht auf Confiscation des Vermögens dringen. Wenn daher der Verbrecher nach begangenen Verbrechen sich auf die Flucht begab, und der Richter nachher erst das Verbrechen erfuhr, und seine Güter in Beschlag nahm, so muss er sie, wenn er nicht durch eine gerichtliche Handlung den Lauf der Verjährung störte, dem Verbrecher herausgeben, sobald dieser erweist, dass er das Verbrechen verjährt hat. Kann aber wohl der Richter verbunden werden, die Früchte dieser Güter, z. B. des Hauses, des Ackers, die er während der Abwesenheit des Verbrechers zog, herauszugeben? ich glaube diese Frage verneinen zu können, indem der Richter sich nach den Gesetzen berechtigt glaubte, die Güter einzuziehen, und so lange der Verbrecher lebt, die Nutzungen haben zu können. Wenn daher, wie nach einigen Landesgesetzen rechtens ist, ein Duellant flüchtig geworden ist, und nach zwanzig Jahren

ren zurückkehrt, so kann er mit Recht von dem Fiskus seine eingezogenen Güter wieder fodern, da jede Strafe, die aus dem Verbrechen unmittelbar fließt durch die Verjährung getilgt ist. Er kann aber nicht die vorher gezogenen Früchte ersetzt verlangen.

- c) So bald die peinliche Strafe nicht erkannt werden kann, so können auch gewisse nachtheilige Folgen, welche durch die Bestrafung des Verbrechers entspringen würden, nicht eintreten. Wenn daher die Statuten einer Innung, einer Gemeinde, sagen, dass der, der stiehlt, aus derselben geworfen werden soll, so können wenn das Verbrechen verjährt ist, die Innungsverwandten einen solchen Verbrecher nicht heraus werfen c). Auch ist der Verbrecher berechtigt, den zu belangen, der ihn wegen dieses Verbrechens injurirt.
- d) Das verjährte Verbrechen kann dem Verbrecher nicht vorgeworfen werden, um ihn dadurch als Zeuge verdächtig zu machen d); weil durch die Verjährung die Strafe nicht nur, sondern auch selbst die nachtheiligen Folgen, die mit derselben verbunden sind, aufgehoben worden.
- e) Wenn der Verbrecher, der die peinliche Strafe verjährt, wegen eines andern Verbrechens

Verbrechens in peinliche Untersuchung gezogen wird, so kann wegen des vorigen Verbrechens die Strafe nicht geschärft werden ^{e)}, wenn auch gleich *Berger* ^{f)} die entgegengesetzte Meinung vertheidiget. Dieser Satz ist bey vorkommenden Fällen von der größten Wichtigkeit; z. B. bey dem Diebstahl.

- a) *Quistorp* a. a. O. §. 847. *Rave* a. a. O. §. 161.
- b) *Mecklenb. Landesord.* v. 1715. und Duellmandat das sonst in Preussen galt. *Stryck* U. M. P. lib. 48. Tit. XX. §. 2.
- c) *Engau.* a. a. O. §. 24. Bisweilen sieht aber auch die Innung gar nicht darauf, ob er bestraft worden ist.
- d) Jede Infamie wird durch die Verjährung aufgehoben. *Quistorp.* a. a. O. §. 847. l. 7. ad l. I. pec. L. 29. §. 6. ad L. I. de adult.
- e) *Böhmer* Elem. j. crim. Sect. 1. Cap. XX. §. 343.
- f) *Berger* El. cr. Cap. 2. m. 1. §. 6.

§. 41.

Es ist unter den Rechtslehrern eine sehr bestrittene Frage, ob auch durch die Verjährung der peinlichen Strafe die *Kirchenbusse* welche auf das Verbrechen gesetzt ist, aufgehoben werde. Diejenigen Rechtslehrer welche diese Frage verneinen ^{a)}, haben folgende Gründe

1) die weltlichen Gerichte haben nicht die Macht die Kirchenbusse, als eine geistliche

Wird die Kirchenbusse auch durch die Verjährung aufgehoben?

E Strafe

Strafe betrachtet, zu ändern, zu mildern oder aufzuheben,

2) es ist nichts billigers als dass derjenige welcher eine ganze Gemeinde beschimpfet und beleidiget habe, auch die verdiente Strafe leide.

Wir könnten durch weitläufige Gründe, indem wir die Grenzen der geistlichen und der weltlichen Gerichtsbarkeit hier angeben, zeigen, dass diese Meinung ungegründet sey; allein wir wollen nur Weniges aus der Geschichte der Kirchenbusse selbst voraus schicken um die Unrichtigkeit dieser Meinung darzuthun. Die christliche Gemeinde schloss denjenigen aus ihren Versammlungen aus, welcher den Zweck der Kirchengesellschaft zuwider handelte. Wollte er wiederum in die christliche Gemeinde aufgenommen werden, so musste er bekennen dass er seinen Fehltritt bereut, und dies öffentlich thun. Hier war dieses öffentliche Bekenntniss nicht als Strafe, sondern vielmehr als ein Mittel zu betrachten, wodurch er wieder Zutritt in die christliche Gemeinde bekam, daher auch blos den Bittenden solche ertheilt wurde. Bald aber und vorzüglich in dem 9ten Jahrhundert änderten sich diese Grundsätze, und es wurde jetzt dem Mitglied der Kirche welches ein schweres Verbrechen begangen hatte, auferlegt, öffentlich die übrigen Mitglieder der Kirche anzuflehen dass sie ihm dieses Verbrechen verzeihen möchten, und so wurde die Busse als Strafe eingeführt

geführt; woraus die Eintheilung der öffentlichen und der Privatbusse entstand. Es wurde also das Mittel wodurch die erstern Christen die gefehlt hatten, um der Kirche wiederum einverleibt zu werden, als wirkliche Strafe betrachtet. Die Grundsätze der Catholiken nahmen zum Theil die Protestanten an, nur mit dem Unterschiede, dass sie blos auf fleischliche Verbrechen die Kirchenbusse setzten. Wenn es nun gleich auch gewiss ist, dass die Kirchenbusse eine geistliche Strafe ist, die sonst wohl durch den weltlichen Arm nicht hat eingeschränkt werden können, so können wir doch diese Grundsätze heutiges Tages nicht mehr annehmen, da auch der Landesherr, sorgfältig vermöge seiner Oberaufsicht darauf zu sehn hat, dass durch die Kirche dem Staat kein Nachtheil zugefügt werde. Daher ich auch schon aus diesem Grunde dieser Meinung nicht zugethan seyn kann. Es treten aber noch folgende Gründe hiebey ein.

1) Die Kirchenbusse wenn sie auf ein Verbrechen gesetzt ist kann nicht ehr erfolgen als bis der Richter solche erkannt hat. Der Richter kann aber solche nicht ehr erkennen, als bis er das Verbrechen untersucht hat.

2) Zwar ist der Grund, warum die Kirche straft, und der Grund, warum der Staat Strafe ausübt, sehr von einander unter-

schieden, allein demohnerachtet kann die Kirchenbusse nicht nach Verlauf einer so langen Zeit erkannt werden, da sie jetzt ganz zwecklos seyn würde. Die Beleidigung, das Aergerniss, das der Kirche zugefügt wurde, ist schon längst durch die Zeit vertilget. Hiermit stimmen auch die meisten Rechtslehrer überein b).

a) *Stryck* ad *Brum. Ius Eccl.* II. 18. 25. *Knorr* de *praes. Crim. Sect.* IV. §. 14. und m. a. bey *Engau* a. a. O. §. 65. n) m)

b) *Leyser* a. a. O. Sp. 515. m. 10. *Böhmer* ad *Carpz.* p. 3. quae 141. Ob. I. n. 2.

§. 42.

*Verliert ein
Prediger sein
Amt wenn er
das Verbrechen
verjährt?*

Eine andere sehr bestrittne Frage, welche hier erläutert zu werden verdient, ist: *ob ein Prediger welcher ein Verbrechen verjährt hat, dennoch von seinem Amte abgesetzt werden kann.* Die meisten Rechtslehrer vorzüglich *Engau* a), *Quistorp* b) und *Rave* c), bejahen solche. *Rave* muss überdem gegen die Geistlichen nicht zum Besten gesinnt seyn, denn er schreibt, *quam minus accedam opinioni Engavii, quum soleam ab ipsorum partibus stare, qui severiorem disciplinam intuitu pastorum desiderant.* Es ist zwar gewiss, dass ein Geistlicher mehrere Verbindlichkeiten hat, als ein anderes Mitglied der Kirche,

Kirche, da sich diese nach seinen Handlungen richten sollen, und er deshalb auch härter gestraft zu werden verdient, als jeder andere, wenn er ein öffentliches Verbrechen begeht; demohnerachtet aber kann obiger Satz nicht ohne Einschränkungen angenommen werden. Man muss nemlich hier darauf Rücksicht nehmen, ob das Verbrechen, welches der Geistliche beging, gewiss ist, oder ob bloß die Fama ihm dieses Verbrechen bezeugt hat. Ist es der erstere Fall, so muss freilich der Geistliche sein Amt verlieren, nicht aber im letztern Fall, wenn er sonst nur sein Amt treulich führt. Übrigens kann diese Frage, so wie sie von den Rechtslehrern aufgestellt wird, gar nicht statt haben; denn hat ein Geistlicher ein Verbrechen begangen, so wird dasselbe erst von den geistlichen Gerichten untersucht, welche ihm entweder sein Amt nehmen, oder eine Zeitlang suspendiren, oder an einen andern Ort versetzen können; und nur erst dann, wenn das geistliche Gericht über dieses Verbrechen erkannt hat, kann eine peinliche Strafe festgesetzt werden, und mit diesem Zeitpunkt, fängt auch die Verjährung an. Hat das geistliche Gericht gar nicht erkannt, so kann auch der Geistliche sein Amt nicht verlieren.

a) a. a. O. §. 56.

b) a. a. O. §. 870.

c) a. a. O. 159. Ob. 2. *Bastineller de poenis cleric. earumque praes. Vir. 1729. Sect. 2. 513.*

§. 43.

*Der Inquisitionsprozess
wird gänzlich
aufgehoben.*

2) Eine zweite Wirkung der Verjährung äussert sich darinn, dass der Anklags - und Untersuchungsprozess aufgehoben wird, doch nicht eher, als bis der Verbrecher die Verjährung vorgeschützt hat. Der Richter sobald er von der Verjährung Gewissheit erlangt hat, handelt offenbar ungerecht, wenn er weiter inquiren wollte; doch können gewisse Umstände eintreten, wo auch diese Ungerechtigkeit hinwegfällt, z. B. wenn mehrere Theilnehmer bey den Verbrechen vorhanden sind, und dem Richter daran gelegen ist, dass diese auch entdeckt werden; oder wenn der Verbrecher zwey Verbrechen begangen hat, und nur eines bekennt, welches verjährt ist, die Verbrechen aber zusammen laufen, so kann der Richter die Untersuchung fortsetzen. Der Verbrecher gesteht, dass er eine Blutschande begangen hat, behauptet aber, dass dieses vorher geschehn sey, als er sich verheirathet habe. Dieses letztere lässt sich sehr schwer ausmitteln, ersteres ist gewiss, allein dieser Incest ist schon vor fünf Jahren geschehn, würde mit diesem Incest ein adulterium verbunden seyn, so würde der Verbrecher eine längere Zeit zur Verjährung nöthig haben, daher auch der Richter nicht verbunden ist, die Untersuchung wegen des verjährten Incest liegen zu lassen.

§. 44.

Dieses waren die Wirkungen welche die Verjährung hervorbringt; wir wollen jetzt nun untersuchen, welche Wirkungen sie nicht haben kann, und wobey ihre Wirkungen gar nicht eintreten. Die Verjährung in peinlichen Fällen bewirkt nicht,

1) dass die Civilansprüche welche jemand gegen den Verbrecher hat, durch die Verjährung der peinlichen Strafe aufgehoben werden, wenn diese nicht in einer eben so kurzen Zeit nach dem Civilrechte verjährt werden, als die peinliche Strafe selbst. Hieraus folgt

a) dass wenn gleich der Ehebruch verjährt ist, dennoch die Divortienklage gegen den Verbrecher angestellt werden kann, da diese erst in dreyssig Jahren verjährt wird. Soll die Devortienklage statt haben, so muss

1) der Ehebruch vorsätzlich begangen sey, liegt ein Irrthum zu Grunde, so findet sie nicht statt,

2) Muss der unschuldige Ehegatte keine Gelegenheit dazu gegeben haben,

3) Muss der Kläger nicht eben dieses Verbrechen begangen haben b).

b) Wenn gleich die Sodomie verjährt ist, so findet dennoch die Devortienklage statt c).

c)

-
- c) Wenn die Frau das Crimen abortus begangen hat, so kann dennoch nach Verlauf von zwanzig Jahren die Ehescheidungsklage angestellt werden d).
- d) Wenn die Blutschande verjährt ist, so kann noch auf Ehescheidung, und Alimentation der Kinder, welche aus der Blutschande erzeugt sind geklagt werden, wenn nicht Dispensation der Ehe wegen, da sie entdeckt ward, nachgesucht wurde.
- e) Wenn das Stuprum verjährt ist, so kann der Schwängerer angehalten werden.
- 1) das Kind, welches aus dieser unerlaubten Verbindung erzeugt wurde, zu ernähren.
 - 2) Ferner kann er verbunden werden, entweder die Stuprata zu ehlichen oder zu dotiren e).
- f) Wenn der Diebstahl gleich verjährt ist, so kann dennoch nach dieser Zeit die *Condictio furtiva* gegen den Dieb, oder gegen den Erben desselben, von dem Eigenthümer, oder dessen Erben, oder von jedem anderen den an dieser Sache gelegen ist, z. B. Pfandgläubiger, Depositär, und dergleichen, angestellt werden, da nemlich diese *Condictio* dreyszig Jahr dauert, und durch Erduldung

dung der peinlichen Strafe nicht einmal die Privatgenugthuung aufgehoben wird ^f). Denn wenn gleich die Glosse zum sächsischen Landrecht sagt (2 Buch 30. Art. n. 4.) mit dem Tode wettet man dem Richter und büsset dem Kläger, so kann doch unter den Wort büssen nichts anders verstanden werden, als dass der Kläger durch den Tod des Diebes seine Ponalklage die actio furti verliere, keinesweges aber die condictio furtiva.

g) Ist die Strafe des *Raubes* gleich verjährt, so kann dennoch auf die Privatgenugthuung geklagt werden, es kann dennoch die actio vi bonorum raptorum anstellt werden. Der Kläger kann durch diese Klage die geraubte Sache zurück verlangen, und auch noch die Entrichtung des dreifachen, vierfachen Werths, jenachdem der Eigenthümer der geraubten Sache noch binnen einem lahre oder nach Verlauf dieses Jahres klaget, wo er blos den einfachen Werth fodern kann.

h) Wenn jemand ist getödtet worden, so kann der Mörder oder der Todschläger zwar die peinliche Strafe verjährt habe; dennoch aber können die Erben, die Wittwe und Kinder des Getödeten, nachher die Alimentation, und die auf die Trauer verwandten Unkosten zurück verlangen, auch die Churkosten. Das

preuss.

preussl. Landrecht (1 Th. 6 Tit. §. 98.) enthält folgende Bestimmung hierüber. Wenn ein Mensch auf widerrechtliche Weise getödtet ist, so muss der Frau und den Kindern des Entleibten die Kosten der etwanigen Chur, imgleichen die Begräbniss und Trauerkosten ersetzt werden. Ist die Tödtung aus Vorsatz geschehen, so können auch die Kinder Ausstattung verlangen, zu welchen der Tödter, wenn die Tödtung aus mässigen Versehen, oder aus Zufall geschehn ist, nicht verbunden ist.

i) Wenn jemand von einem Dritten boshafter Weise verwundet wurde, und er gleich die gesetzliche Strafe verjährt hat, so kann dennoch nachher die *actio l. Aquiliae utilis* gegen den Verwunder gebraucht werden. Es können hierdurch nicht nur das Heilerlohn, sondern auch die Alimentationsgelder auch nach sächsischen Rechten (denn das römische Recht wusste davon nichts) die *Schmerzgelder* zurückgefordert werden. Die Verordnungen des preussischen Recht finden wir über diesen Gegenstand in den allgemeinen Landrecht a. a. O. §. III.

k) Wenn gleich die Strafe des Aufruhrs verjährt ist, so kann dennoch derjenige, welcher hier durch Schaden erlitten hat, die *actio de damno in turba dato*, welches

ches eine actio praetoria und poenalis mixta ist, anstellen. — Es geben noch mehrere solcher Privatgenugthuungen, welche aus dem Verbrechen mittelbar entspringen, welche ich aber hier nicht alle anführen kann, weil ich sonst meinen Zweck gänzlich verfehlen würde.

- a) *Quistorp* a. a. O. §. 871. Es treten hier eben die Grundsätze ein welche bey der Abolition eintreten, denn durch die Abolition wird der Verbrecher nicht von Schaden und Kostenersatz befreiet. — Unter *Privatgenugthuung* versteht man die Leistung desjenigen, was die durch das Verbrechen zugleich verletzte Privatperson zu fodern berechtigt ist.
- b) *F. Rivini* prog. an debitum conjugale denegando causam adulterio, dans divortium nihilominus ab adulterium petere possit Leip. 1728.
- c) *Homel* rans. ob 229.
- d) *Schotts* Eherecht §. 222. n. *
- e) *Meister* prakt. Bemerk. XII.
- f) *Schmidt* Coment. über s. V. Lehrb. §. 1161. seu.

§. 45.

II) Der Verbrecher wird, wenn er auch die peinliche Strafe verjährte, zur Bezahlung der Prozesskosten angehalten. Die Rechtslehrer sind über diese Frage nicht einerley Meinung. *Quistorp* ^{a)} scheint einen Unterschied zwischen den Kosten zu machen, welche durch den Beleidigten oder Verwundeten gemacht

Muss der Verbrecher die Prozesskosten bezahlen?

wur-

wurden, und zwischen denen, welche von Seiten des peinlichen Gerichts das von Amtswegen verfuhr gemacht sind; erstere legt er dem Verbrecher, letztern aber dem peinlichen Gerichte auf. *Leyser* ^{b)} ist aber der entgegengesetzten Meinung, und wir glauben mit Recht, zugethan. Denn obgleich durch die Verjährung die peinliche Strafe getilget wird, so kann dennoch nicht das Verbrechen hierdurch aufgehoben, und so angesehen werden, als wenn niemals eine solche unerlaubte Handlung von dem Verbrecher sey vorgenommen worden. Des Richters Schuld ist es nicht, dass jetzt die peinliche Strafe, welche der Verbrecher sonst verdient hatte, unanwendbar ist; der Verbrecher hat es sich allein zuzuschreiben, dass er zu dieser Verbindlichkeit angehalten wird, dem Staate kann diese Verpflichtung nicht zur Last gelegt werden.

a) Im §. 870. sagt er, oder zur Bezahlung der Prozesskosten verurtheilt werden, und in §. 871, es kann daher die Klage auf die Ersetzung des Schadens und der Kosten allerdings erhoben werden. —

b) Spec. 89. n. IX und X.

§. 46.

Die Wirkung der Verjährung zeigt sich nicht wenn der Richter nichts davon wusste.

II. Die Verjährung zeigt ihre Wirkung auch dann, wenn gleich der Richter nichts von den Verbrechen wusste. Ein Satz, der noch manche Erläuterung verdient. Die meisten

meisten ^{a)} Rechtslehrer nehmen diesen Satz als wahr an, und behaupten deshalb, dass auch geheime Verbrechen der Verjährung unterworfen sind. Meister aber widerspricht sich offenbar, wenn er in sein princ. iur. crim. §. 487. n. 1.), sagt, sine respectu *ad ignorantiam* iudicis et accusatoris, da er doch im vorigen §. sagte, Praescript. quae hoc loco est modus excludendi persecutionem criminalem, propter *eandem omissam* per tempus lege definitum. Wenn der Richter nichts um des Verbrechen wusste, so kann er keine Inquisition anstellen, die Verjährung aber soll die Inquisition deshalb aufheben, weil der Richter dieselbe unterliess. Eines von beyden ist falsch, entweder der erstere Satz, oder die von Meister gegebne Definition. Ich glaube letztere. Doch dies nur beyläufig. — Nach R. Rechte lässt sich der Satz, dass die Verjährung auch dann läuft, wenn der peinliche Richter darum nicht wusste sehr gut vertheidigen, denn es war hier leicht möglich, dass keine Anklage geschah. Geschah solche nicht, so brauchte er auch nicht zu inquiren, deshalb auch die Gesetze sagen, dass die Accusation verjährt werde. Nicht undeutlich scheinen die Gesetze diese Meinung zu billigen, indem sie sagen, dass die Verjährung mit Vollendung des Verbrechens seinen Anfang nehme und nicht erst dann, wenn das peinliche Gericht des Verbrechens wegen gelegt wird. Denn es war zu vermuthen,

then, dass gewiss die Anklage geschehn, und so leicht kein Verbrecher ungestraft bleiben würde. Allein bey uns verhält sich dies ganz anders, indem heutiges Tages nicht die Accusation, sondern die peinliche Strafe selbst verjährt wird. Der peinliche Richter befindet sich in einer ganz andern Lage, als wie bey den Römern, da er von Amtswegen verfährt. Öfters kann es hier der Fall seyn dass der peinliche Richter gar nichts von einem Verbrechen erfährt, da nur wenige Personen verbunden sind dem Richter einen solchen Vorgang anzuzeigen; auch hierbey wollten wir den Verbrecher schützen, wollten ihm gänzlich von der Strafe befreien? Diese Meinung können wir nicht billigen. Denn

1) kann ich mir gar nicht vorstellen, dass das Recht, welches ich durchaus nicht habe ausüben können, verjährt werden kann. Dies ist hier der Fall, der peinliche Richter wollte gern alle seine Pflichten erfüllen, allein er erfährt nichts von den Verbrechen.

2) Würde hierdurch der Weg zum Verbrechen, vorzüglich zu den ins Geheim verübten Verbrechen noch mehr gebahnt werden.

Wenn ich auch gleich diese Meinung behaupte, so wird der Satz, dass die Verjährung mit dem Augenblicke anfängt, da das Verbrechen vollendet ist nicht aufgehoben, denn die-

dieser muss wie ich glaube unter der Einschränkung verstanden werden, dass der peinliche Richter von dem Verbrechen Nachricht erhalten hat, oder doch hätte bekommen können, wenn er seiner Pflicht ein Genüge geleistet hätte. Denn wenn letzteres nicht wäre, so würde öfters der Richter vorschützen, dass er gar nichts von dem Verbrechen erfahren hätte, da er vielleicht damals da er es erfuhr, glaubte, dass bey der Untersuchung nicht viel herauskommen würde; denn leider sehn viele Criminalrichter mehr auf den Vorthail, den sie durch Anstellung der Inquisition haben, als auf den Vorthail, welchen der Staat durch Bestrafung jedes Verbrechers hat; der peinliche Richter verleugnet auch hier den Menschen nicht, der öfters darum nur handelt um Vorthail von seinen Handeln zu haben. Erfährt der Richter das Verbrechen und stellt die Untersuchung nicht an, so läuft die Verjährung, erfährt er nichts, und dies ist gewiss nur sehr selten, so kann die Verjährung nicht anfangen, kann gar nicht statt haben; obgleich das Römische Gesetz, welches hier in Betrachtung kommt geradezu zu widersprechen scheint ^{b)}, so ist es doch ein bloßer Schein. Denn wenn der peinliche Gesetzgeber sagt, dass mit dem Augenblicke des vollendeten Verbrechens, nicht aber erst dann wenn das peinliche Gericht gehegt wird, die Verjährung laufen soll, so konnte er keine andere Grundsätze aufstellen, denn woll-

wollte er letzteren Zeitpunkt als terminum a quo annehmen, so würde der Richter öfters gar nicht ein Verbrechen untersuchen, oder vielleicht erst spät die Untersuchung anfangen; auch würde die Verjährung, welche mehr zum Vorthail des Verbrechers als des Staates vorhanden ist, nicht diese Wirkung hervorbringen. Denn dass die Verjährung zum Vorthail des Staats eingeführet sey, glaube ich darum beweisen zu können, weil, wenn die Verjährung gilt, der peinliche Richter veranlasst wird um so schneller die Verbrechen zu untersuchen, als sonst geschehen seyn würde. Das obige Gesetz, kann daher auch bey Behauptung dieser Meinung stehn bleiben, obgleich der peinliche Gesetzgeber gewiss mehr aus dem Grunde dieses verordnete, um den Ankläger zu reizen, bey Zeiten seine Anklage anzubringen. Daher glaube ich, mit Recht die Frage, ob auch Verbrechen von denen kein Mensch eine Wissenschaft bekommen hat, verjährt werden können, verneinen zu müssen. Man wird zwar dagegen sagen, ja, wenn du diese Meinung aufstellst, so wird ja die Verjährung in peinlichen Fällen sehr eingeschränkt, und kann nur in sehr wenigen Fällen statt haben. Ich antworte hierauf, dass ich sehnlichst wünschte noch mehrere positive Gesetze auffinden zu können, wodurch die Verjährung eingeschränket wird.

a) *Quistorp. a. a. O. Rave a. a. O. Klein a. a. O.*
Meister a. a. O.

b) l. 29. §. 7. ad L. Iul. de adult.

§. 47.

III. Die Verjährung bringt keine Wirkungen hervor, wenn das peinliche Gericht verhindert wird, die Inquisition anzufangen. Ein Satz, der aus den, in vorigen §§. aufgestellten fließt. Wenn Kriegesunruhen eintreten, wenn wegen ansteckender Seuchen die peinlichen Gerichte geschlossen sind, so kann die Verjährung nicht angefangen werden. Daher wir auch glauben, dass sich die praescriptio dormiens^{a)} in peinlichen Fällen sehr gut vertheidigen lässt. Denn ließe in diesem Zeitpunkt wirklich die Verjährung, so eröffneten wir dem Verbrecher beyde Thore, um Gräulthaten auf Gräulthaten zu häufen, da er vielleicht mit Gewissheit voraussehn kann, dass während der Verjährungszeit die peinlichen Gerichte gar nicht gehegt werden können.

Es kann auch in peinlichen Fällen eine praes. dormiens gedacht werden.

IV. Kann wohl der Grundsatz behauptet werden, dass die nicht vollendete Verjährung einen Milderungsgrund der Strafe abgiebt? Eine Frage, welche viele Vertheidiger^{b)} und auch viele Gegner^{c)} gefunden hat. Einige glauben, dass dann nur diese Frage be-

F

jaht

jaht werden kann, wenn der grösste Theil der Verjährungszeit abgelaufen sey, und glauben diesen Satz

- 1) aus dem L. 25. D. de poenis vertheidigen zu können,
- 2) daraus, weil es doch ungerecht sey, denjenigen zu strafen, welcher schon seit langer Zeit das Verbrechen beging. Plinius Lib. 10. Ep. 10.
- 3) Behauptet vorzüglich *Leyser*, dass die Praxis diese billigere Meinung hege. Allein alle diese Gründe können nicht hinreichend seyn, diese Meinung zu unterstützen.
 - a) Weil kein ausdrückliches Gesetz vorhanden ist, welches diese Meinung billigte; denn diese lassen erst dann die Wirkungen der Verjährung zu, wenn die Verjährungszeit abgelaufen ist.
 - b) Das Gesetz worauf die Gegner sich berufen, bezieht sich ganz auf etwas anders; denn es heisst hier: eos qui in reatu longo tempore sunt, minus puniri iubetur. In reatu esse bedeutet hier soviel, welche schon lange Zeit verklagt sind, und ein langwieriges Ge-

Gefængniss haben ausstehn müssen. Hier kann freilich die Strafe gemildert werden; allein analogisch lässt sich dieses nicht auf die Verjährung anwenden, indem der Verbrecher, welcher verjährt, sich nicht in der Lage befindet. Die Stelle des Plinius kann hier ebenfalls nicht den Ausschlag in der Sache geben, da Plinius blos von der Billigkeit; nicht aber von dem, was Rechtens ist, spricht. Die Praxis, die Leyser anführt, ist nicht allgemein, sondern blos bey einigen Richtersthühlen angenommen. Wir glauben daher, dass diese Meinung, da sie auf unrichtigen Gründen beruht, nicht anzunehmen ist.

a) *Rave* a. a. O. 160. n. g.

b) Hierher gehört vorzüglich *Leyser* Sp. 515, med. 3.
Koch I. I. c. §. 151.

c) *Carpzov.* p. 3. quaest. 141. n. 85.

Frölich ad C. C. C. p. 1. n. 9. 291.

Böhmer in obs. ad Carp. p. 3. quaest. 141. obs. 5.

Zweiter Abschnitt.

Von der Verjährung der peinlichen Strafe bey einzelnen Verbrechen.

Erster Unterabschnitt.

Von der Verjährung der peinlichen Strafe in einem Zeitraume von zwanzig Jahren.

§. 48.

Da die Gesetze selbst einen Unterschied zwischen der Verjährung von zwanzig, und der von fünf Jahren machen, so ist es auch nothwendig, dass wir hiernach die einzelnen Verbrechen, jedoch ohne hierbey auf eine gewisse Ordnung zu sehn, classificiren. Ich habe schon an einem andern Ort gesagt, dass die Rechtslehrer über die Frage, welche Verbrechen sind verjährbar, welche sind es nicht, in grossen Streit gerathen sind; zwey von diesen Meinungen habe ich dort geprüft, und gezeigt, dass alle Verbrechen verjährt werden können, so bald nicht das Gegentheil durch die Gesetze selbst dargethan wird, dieses behaupten nun viele Rechtslehrer und glauben, dass gewisse Verbrechen nach den Gesetzen

gar

gar nicht verjährt werden können. Iusti stellt wegen dieser Frage folgende allgemeine Regeln auf.

1ste *Regel*. Ein Gesetz, das für die Wohlfarth und Sicherheit des Staats nachtheilig ist, kann nicht statt haben; die Verjährung der Verbrechen, kann daher bey solchen Verbrechen, wodurch die allgemeine Sicherheit und Wohlfarth des Staats beeinträchtigt wird, nicht stattfinden; er nimmt den Hochverrath, die Majestätsverbrechen, Tumult, Mordbrand, Münzverbrechen, Verbrechen der Geistlichen, gänzlich von der Verjährung aus.

2te *Regel*. Verbrechen wider Gott sind keiner Verjährung unterworfen ^{a)}. Andere ^{b)} Rechtslehrer zählen zu den nicht verjährbaren Verbrechen auch den Ehebruch, Sodomie und Todtschlag, Wir wollen daher nach einander von diesen Verbrechen handeln, welche man aus der Classe der verjährbaren herausnimmt.

a) *Iusti a a. S. 440 seq.*

b) als *Krantz, Knorr und Brunnemann*, wovon ich hernach reden werde.

§. 49.

Wir haben die allgemeine Regel aufgestellt: alle *Verbrechen sind verjährbar*; diese Regel ist selbst in den Gesetzen enthalten. Quamcun-

cunque enim quaestionem, sagt Marcian apud fiscum, si non alia sit praescriptio, viginti annorum silentio praescribi Divi principes voverant ^{a)}. Unter Divi principes versteht er hier den Severus und Antonius wie man aus dem vorigen Gesetz ersehn kann, diese Verordnung haben auch *Diocletian* und *Maximilian* gemacht ^{b)}. Auffallend sind freilich diese Verordnungen, da doch sonst jede persönliche Klage in dreissig Jahren verjährt wird. Warum ein solcher Zeitraum angenommen wurde, habe ich anderswo gezeigt.

a) l. 3. D. d. req. vel. ab damn.

b) l. 12. C. de sicariis.

§. 50.

Von
Aeltern- und
Kindermord.

Unter parricidium verstand der Römer, einen Mord, der zwischen Personen in auf- und absteigender Linie begangen wurde, daher auch nach dem heutigen Sprachgebrauch der Kinder- und Vatermord darunter begriffen war, den wir aber wegen der besondern Verfahrungsart, welche vorzüglich bey den Kindermord statt findet, genau von einander getrennt haben. Die Strafe des Parricidii war schon nach den ältern Gesetzen Roms schrecklich, qui parentem necassit, caput obnubito, culeoque insutus in profluentem mergitor, sagt das zwölf Tafelgesetz ^{a)}. Durch Pomponius wurde diese Strafe noch erhärtet, da nicht nur jetzt der Vatermörder ersäufet, sondern erst mit Ruthen

then gepeitschet, hernach mit mehreren Thieren, als Schlangen und dergleichen, in einen Sack gesteckt und so den Wellen übergeben wurde; nicht undeutlich giebt dies *Modestinus* ^{b)} zu erkennen. Allein die Strafe des Säckens kam zu Severus Zeiten ausser Gewohnheit, und anstat derselben wurde eingeführt, dass der Vaternörder entweder lebendig verbrannt, oder den wilden Thieren vorgeworfen werden sollte ^{c)}. *Constantin* aber glaubte diese Strafe sey zu gelinde, und führte deshalb die alte Strafe des Ersäufens mit allen ihren schrecklichen Nebenumständen ein ^{d)}. *Iustinian* ^{e)} machte endlich zwischen denen, welche den Vater oder die Kinder getödtet, und denen, welche einen Verwandtenmord begangen hatten, einen Unterschied, und setzte auf ersteren die poena legis Pompejæ, auf letztere die Strafe welche in lege Corn. de Sicariis enthalten war. Anfänglich war die Strafe, des legis Corn. de Sicariis, die Poena aquae et ignis interdictio, die nachher in die Deportatio umgeändert ward. Zu Iustiniens Zeiten war aber die Schwerdtstrafe auf die Sicarii gesetzt. Die Gesetze der Deutschen waren in Bestimmung der Strafe des Vaternordes nicht so hart, als die römischen Gesetze ^{f)}, allein in dreyzehnten und vierzehnten Jahrhundert wurde die poena culei der Römer bekannt, welche veranlasste, dass man die Vaternörder ertränkte. Da die poena culei aber heutiges Tages nicht mehr
im

im Gebrauch ist g), so bestraft man den Vater- oder Muttermörder mit dem Rade. Wenn ein Frauenzimmer einen Vater- oder Muttermord begangen hat, so pflegt man gewöhnlich auf die Strafe des Schwerdts zu erkennen, wenn nicht Landesgesetzes eine Ausnahme gemacht haben sollten. Meistentheils wird diese Schwerdtstrafe noch geschärft h).

a) *Ramos* Tribonianus. Lug. Bat. 1728. Lib. 2. *Hoffmann* Frag. XII. Tab. n. 51. Tab. 7. leg. 5. p. 145.

b) L. 9. D. ad l. Pomp. de parricidiis.

c) *Ramos* a. a. O. L. v. . 176. *Paulus* Rec. Sent. Lib. V. tit. XXIV.

d) l. un. C. de his, qui parent. vel Lib. occid.

e) *Heineccius* a. a. O. Lib. 10. tit. XLIX §. 61.

f) *Doepler* in dem Schauplatz der Leib- und Lebensstrafen. Th. 2. c. 39. n. 20. *Kress* Com. C. C. art. 131.

g) *Westphal* p. R. 95 Anm. §. 1. S. 429.

h) *Böhmer* ad art. 131. C. C. §. 19.

§. 51.

Mehrere Rechtslehrer haben den Grundsatz angenommen, dass nach römischen Recht der Vaternord nicht verjährt werden kann a). Ihre Gründe sind folgende,

1) sey es ein so abscheuliches Verbrechen, wobey gar keine Erlassung der Strafe statt haben könnte.

2) Die

- 2) Die Gesetze erklären dies deutlich L. f. D. ad leg. Pomp. de parricid., wo es heisst: eorum, qui parricidii poena teneri possunt, *semper* accusatio permittitur. Durch das Wort *semper* würde deutlich zu erkennen gegeben, dass der Vatermord unverjährbar sey.

Wenn diese Rechtslehrer hätten darthun können, dass hier der Ausdruck *semper* wörtlich genommen werden müsste, so würde ich kein Bedenken tragen, ihre Meinung zu unterschreiben. Allein da dieser Ausdruck *semper*, hier so viel bedeutet, wie *perpetua accusatio*, die nemlich erst in zwanzig Jahren verjährt wird, so stimme ich nicht mit ihnen überein. Auch läuft ihre Meinung einem Gesetz zuwider, welches der Sache den Ausschlag giebt; daher ich aus folgenden Gründen die Meinung annehme, welche in der Praxi gilt.

1) Hätte der Vatermord nicht zu den verjährbaren Verbrechen gezählt werden sollen, so würde der peinliche Gesetzgeber nicht eine so allgemeine Regel aufgestellt haben, wie er wirklich gethan hat. l. 3. D. de req. vel ab. dam. Quamcunque enim quaest. u. s. w. Jedes Verbrechen wird mit zwanzig Jahren verjährt, wenn nicht eine Ausnahme in den Gesetzen selbst enthalten ist, wodurch bestimmt wird dass ein Verbrechen in einer kürzern Zeit zu verjähren sey.

2) in

2) In den l. 13. D. SC. Syllan. ist die Sache deutlich bestimmt. Hier wird gesagt, dass die Anklage, welche aus den SC. Syll. entspringt, binnen fünf Jahren verjährt werden soll. Es war nemlich durch dieses Senatusconsult festgesetzt, dass, wenn jemand ex familia den Herrn erschlagen hatte, vorher untersucht werden sollte, wer den Mord begangen hätte; diese Verbindlichkeit wurde den Erben auferlegt. Geschah diese Anklage nicht binnen fünf Jahren so war sie verjährt. In diesem gedachten Gesetz wird die Anklage gegen einen Fremden, der gegen einen nahen Verwandten, entgegengesetzt, und letztere semper genannt. Es heisst: namque eos, qui parricidii poena teneri possunt, semper accusare permittitur, eodem Senatuscons. nemlich semper im Gegensatz der fünfjährigen Verjährung b). Daher glauben wir auch, dass diese Meinung selbst den Gesetzen gemäss ist, und so lange statt hat, bis nicht das Gegentheil durch particulier Verordnungen dargethan wird.

a) *Mathaei de crim. §. 838. Strecker de parricid. c. 4. §. 5. Rave de praes. p. 288. Iusti in s. Abh. p. 440. s.*

b) Dieser Meinung sind auch *Engau a. a. O. §. 39. Quistorp a. a. O. §. 866.*

§. 52.

Von dem Ver-
brechen der

Die Unterschabung der falschen
Geburth wird nach Rö. Recht zu den-
jenigen

jenigen Verbrechen gezählt, die un- ^{untergeschob-}
 ter dem l. Cornl. de falsis begriffen ^{nen falschen}
 sind. Die Strafe des criminis sup- ^{Geburth.}
 positi partus ist nach römischen Rechten
 selbst nicht genau bestimmt worden, ob es
 gleich aus den L. 1. C. ad leg. Corl. de falsis zu
 erhellen scheint, indem Antonius sagt: *Si*
partus subjecti partus crimen diversae partis
objicitis, causa capitalis in tempus puberta-
tis pueri differri non debuit, sicut jam pri-
dem mihi, et Divo Severo, patri meo, placuit.
Neque enim verisimile est, eam, quae argui-
tur, non ex fide causam suam defensuram,
cum periculum capitis subeat. Doch glau-
 be ich, dass auch hier, so wie nach den L.
 Corn. überhaupt, die deportatio statt gefunden
 hat. Heutiges Tages wird die Todesstrafe
 nicht mehr erkannt, sondern eine Leibesstra-
 fe, welche nach der Grösse des Vorsatzes zu
 schärfen ist. Über die Frage: *wenn ehr ist*
das Verbrechen consumiret? sind die Rechts-
 lehrer nicht einerley Meinung, indem einige
 dafür halten, dass es zu den fortdaurenden ^{a)}
 oder, wie *Lynker* sich ausdrückt, zu den delic-
 tis permanentibus gezählt wird ^{b)}. Unbe-
 greiflich ist es mir, wie diese Meinung bey so
 vielen Rechtslehrern hat Eingang finden kön-
 nen ^{c)}. *Thomasius* sagt: dieses Verbrechen
 kann nicht ehr consumirt werden, als bis der
 Betrug entdeckt wird. Allein wir glauben,
 dass es hier auf Entdeckung des falsi nicht
 ankommt; denn sonst würde derjenige, wel-
 cher

cher eine Urkunde verfälschet hat, nicht eher als ein falsarius anzusehn seyn, als bis dies entdeckt wurde, und er ist es wirklich doch schon vorher, wenn auch gleich die Entdeckung nachher erst geschieht. Daher kommt es bey der Unterschabung der Geburt auch nicht darauf an, ob der Vater es bemerkt hat, oder nicht. Ich sehe auch gar nicht ein, warum eben die vorhergenannten Rechtslehrer jenen Grundsatz zu vertheidigen suchen, da sie doch den Grundsatz aufstellen, dass auch verborgene Verbrechen verjährt werden können ^{d)}. Das Verbrechen ist daher alsdann consumirt, wenn wirklich die Unterschabung der Geburt in der Absicht erfolgte, um den andern zu hintergehn. Es ist nicht nöthig, dass wir den Begriff von fortdaurenden Verbrechen unterstellen, wie *Thomasius* ^{e)} und die ihm folgen gethan haben. *Thomasius* glaubt sogar, dass dieses Verbrechen erst mit dem Tode der untergeschobenen Geburt consumirt wird, welches für den falsarius eine sehr vortheilhafte Meinung ist.

a) *Thomasius* D. de crimine big. et praes. §. 20.

b) *Lyncker*. de partu supposito, §. 25.

c) *Engau* §. 74.

d) *Engau* gleich im §. 90.

e) a. a. O. §. 20. crimen vero suppositi partus vivente supposito nondum consumatum est.

§. 53.

Die Rechtslehrer sind über die *Verjährung desselben.*
 Frage: ob das Verbrechen der Unt-
 terschiebung der Geburt verjährt werden
 kann? sehr getheilter Meinung. Die Ver-
 schiedenheit der Meinungen rührt, wie wir
 glauben, daher, weil die Rechtslehrer den
 Grundsatz annehmen, dass zwischen der Kla-
 ge gegen denjenigen, der untergeschoben ist,
 und der peinlichen Anklage gegen den, der
 dieses Verbrechen gethan hat, kein Unter-
 schied statt finde. Letztere Klage ist so gut,
 als erstere, verjährbar, nur mit dem Unter-
 schied das erstere in 30 Jahren, diese aber
 in 20 Jahren verjährt wird. Daher kommt
 wohl auch die sonderbare Meinung, welche
Matthäus ^{a)} hat, indem er behauptet, dass
 das Verbrechen unverjährbar sey, da nach
 dem Tode des Verbrechers dasselbe noch
 untersucht werden könnte. Es kommt frei-
 lich hier nichts darauf an, wie der l. 1. C. ad
 l. Cor. de falsis sagt, ob der Verbrecher ge-
 storben sey, oder nicht, denn die quaestio sta-
 tus kann auch nachher noch angestellt wer-
 den. Diejenigen Rechtslehrer ^{b)}, welche
 behaupten, dass die Verjährung bey diesen
 Verbrechen nicht in Anwendung kommt,
 stützen sich auf den l. 19. §. 1. ad l. Cor.
 de fals. *accusatio suppositi partus nulla*
temporis praescriptione de pellitur. Allein
 mit weit bessern Gründen haben *Cujacius* ^{c)}
 und *Engau* ^{d)} gezeigt, dass dieses Gesetz
 nicht

nicht so, wie die Gegner es auslegen, ausgelegt werden könnte, sondern dass unter der *nulla temporis praescriptione* eine nicht *temporalis praescriptio*, sondern vielmehr die *perpetua* zu verstehen sey, wie auch dieses aus den l. 19. C. ad leg. C. de falsis bewiesen wird, denn hier sagt der Gesetzgeber: *crimen falsi non temporali praescriptione praescribitur*. Nicht allein dieser, von den Vertheidigern der bejahenden Meinung angeführte Grund, sondern auch der l. 1. C. ad leg. Corn. de falsis unterstützen diese Meinung. Hier sagt Antonius deutlich, dass die peinliche Anklage des *criminis suppositi partus* binnen einer gewissen Zeit erfolgen müsste, wenn man nicht befürchten wollte, dass diese Anklage nachher verlöschen würde. Dass aber das Verbrechen der untergeschobenen Geburt nicht binnen fünf, sondern erst in zwanzig Jahren verjährt werden kann, ersieht man aus dem vorher angeführten Gesetz, worinn bestimmt wird, dass jedes *Crimen falsi* binnen zwanzig Jahr verjährt wird. Da wir aber in den allgemeinen Grundsätzen den Satz aufgestellt haben, dass die Verjährung, ohne dass der Richter von dem Verbrechen Wissenschaft gehabt, nicht zu laufen anfangen kann, so müssen wir billig auch diesen Grundsatz hier anwenden, und daher behaupten, dass das Verbrechen der Unterschabung der Geburt nicht eher verjährt

jährt werden könne, als bis der Richter Nachricht davon erhalten hat.

a) Lib. XLVIII. tit. 2. c. 4. n. 10. ad tit. 19. c. 4. n. 2.

b) *Wissenbach*. in seiner Diss. n. 34. *Rave* a. a. O. §. 164.

c) lib. 4. obs. c. 14.

d) *Engau* a. a. O. §. 41.

Quistorp. peinl. Recht. §. 866.

§. 54.

Die Apostasie kann bald als ein geistliches Vergehn, bald gar nicht als ein Fehler angesehen werden. Denn geistliche Vergehn mit dem Namen Verbrechen belegen zu wollen, ist den Begriffe von Verbrechen zuwider. Unter Apostasie versteht man die boshafte Verlassung des geistlichen Standes. Entweder verlässt nun jemand die Kirche darum, weil er einen andern Glauben annimmt, alsdann entsteht daraus der Begriff der apostasia fidei; oder er verlässt den geistlichen Stand, entweder als regularis, oder als ein clericus; im erstern Fall entsteht der Begriff von der apostasia monachatus, im letztern ordinis. Auf letztere können nur gewisse Strafen gesetzt seyn. Wollte man auf erstere eine Strafe setzen, so würde hierdurch die Gewissensfreyheit beschränkt werden, und Tyranney im Glauben entstehn. Jedem Mitgliede der Kirche muss es frey stehn, zu einer andern in Deutschland recipirten Kirche überzutreten, niemand kann des-

Von der Apostasie und Verjährung derselben.

deshalb peinlich gestraft werden, sondern bloße nachtheilige Civilfolgen können darauf gesetzt seyn. Wenn auch gleich diese geleiteten Grundsätze heutiges Tages gelten und angewendet werden müssen, so hat man doch diese in der ältern Zeit nicht beobachtet, sondern demjenigen, der aus der christlichen Kirche austrat, und zum Iudenthum überging, mit harten Strafen gedroht. Anfänglich sahe man die Apostasie als ein peccatum an; unter Theodosius aber betrachtete man die apostasie als ein delictum publicum, und setzte folgende Strafen darauf:

- 1) exilium l. 3. C. de apost. 2) Sollen die apostati nichts verschenken, nichts verkaufen können, 3) als infames betrachtet werden, l. 5. Cod. Theod. de apost. 4) und wenn jemand einen Slaven oder Freygeboren mit Gewalt zum Heidenthum brachte, sollte er die Todesstrafe leiden l. 5. C. n. t.

Wir handeln hier bloß von der apostasia fidei, und nicht ordinis, welche erst nachher eingeführt wurde, und auf ganz andern Grundsätzen beruht. Man zählt dieses Verbrechen zu den fortdauernden Verbrechen, weil, so lange jemand ein Apostata bleibt, dieses Verbrechen noch nicht geendiget seyn kann, sondern nur erst dann, wann er zu dem vorigen Glauben zurückkehrt. Dieses hat Einfluss auf die Verjährung des Verbrechens selbst.

§. 55.

Dass die Apostasie verjährt werden könne, haben viele geleugnet; einige haben unter einer gewissen Einschränkung diesen Satz angenommen, indem sie behaupten, dass man bey der Anklage der Apostasie darauf sehn müsste, ob der Verbrecher noch lebte, oder nicht, im letztern Fall, glauben sie, sey die Anklage in fünf Jahren verjährt, welches die Gesetze selbst angenommen hätten ^{a)}. Diejenigen, welche leugnen ^{b)}, dass überhaupt die Apostasie verjährt werden kann, führen zur Unterstützung ihrer Meinung folgenden Text an. l. 4. C. de apost. wo es heisst: *Apostatorum sacrilegium nomen, singulorum vox continua accusatione incesset, et nullis finitis temporalibus huiuscemodi criminis arceatur indago.* Der Codex Theod. (Tom. VI. P. II. p. 233.) liest viel richtiger, *vos continuae accusationis.* Allein wenn auch gleich Theodosius und Valentinian dieses Gesetz gegeben haben, so glauben wir dennoch, dass unter den Ausdruck *continua accusatione nullis temporalibus* u. s. w. nichts anders als eine *perpetua accusatio* zu verstehn seyn, und deshalb auch die Apostasie in zwanzig Jahren verjährt werden könne ^{c)}. — Dass die *apostasias ordinis* und *monachatus* binnen dieser Zeit verjährt werden kann, und die nachtheilige Strafen den wiederkehrenden Mönch, oder catholischen Geistlichen nicht treffen, glaube ich ebenfalls behaupten zu können.

Von der Verjäh-
rung der
Apostasie.

- a) *Guazzini* Def. 2. n. 77.
- b) *Stryck* act. for. sect. 3. *Brunnemann* proc. inquir. c. XI. n. 8.
- c) *Engau* a. a. O. §. 40. Uebrigens kommt heutiges Tages auf diese Streitigkeit nichts an, indem man wohl schwerlich die apostasia als ein öffentliches Verbrechen ansehen wird. Die nachtheiligen Folgen welche im Staat den treffen, der zu einer andern Religion übertritt treten dennoch ein, wenn auch das Verbrechen verjährt seyn sollte.

§. 56.

*Von den Ver-
brechen des
Hochverraths.*

Aus der Classe der verjährbaren Verbrechen will man auch *die Majestätsverbrechen* ausheben. Dasjenige Verbrechen, welches gegen die Sicherheit des Staats, gegen die gänzliche Umstürzung desselben, unternommen wird, nennt man *Crimen perduellionis*, Hochverrath, diejenige Beleidigung, welche gegen die Majestät des Staats unmittelbar unternommen wird, wird in engerer Bedeutung das Laster der beleidigten Majestät genannt, eine gemeine Beleidigung, welche gegen den Regenten des Staats ausgeübt wird, heisst eine Verletzung der schuldigen Ehrerbietung, *crimen laesae venerationis*. Von der *Perduellio* ist blos hier die Rede, da die Beleidigung der Majestät, und das Verbrechen der schuldigen Ehrerbietung zu den höhern Injurien gezählt wird. Die nähere Entwicklung dieser Begriffe gehört nicht

nicht hierher. Die Strafe welche auf die perduellio gesetzt war, unterscheidet sich nach den verschiedenen Zeitpunkten. *Marcian* ^{a)} giebt nicht undeutlich zu erkennen, dass schon in den zwölf Tafelgesetzen eine Strafe auf die perduelles gesetzt war, mit Gewissheit lässt sich aber nicht bestimmen, welche Strafe sie erdulden mussten; wahrscheinlich stand die Fustigation und die Todesstrafe darauf. Unter *Cäsars* Regierung ^{b)} war die aquae et ignis interdictio eingeführt; allein unter *Arcadius* und *Honorarius* ^{c)} änderte sich dieses und es ward eine sehr harte Strafe für die perduelles gesetzt. Es wurde nemlich verordnet, dass die perduelles mit der Schwerdtstrafe belegt werden sollten, welche aber wohl nur bloß bey honestioribus statt gefunden, denn die humiliores ^{d)}, wurden verbrannt, oder den wilden Thieren vorgeworfen, ferner ihr Vermögen eingezogen; sie ehrlos und das Andenken an sie vertilgt. Übrigens sollen die Kinder dieser Verbrecher nicht erben und nicht zu Ehrenstellen zugelassen werden, die Töchter sollen bloß aus den mütterlichen Vermögen den Pflichttheil bekommen, vt sit, wie die Gesetzgeber sagen, mors solatium et vita supplicium. In der güldnen Bulle ^{e)} wurde diese Strafe bestätigt, *Carl Vte* ^{f)} aber bestimmte die Strafe des Viertheilens bey den Mannspersonen, und das Ertränken bey den Weibspersonen, wobey man nach dem Gerichtsgebrauch nicht auf den Stand des Ver-

brechers Rücksicht nimmt, welches überhaupt, wenn von der Mildrung der Strafe die Rede ist, gar nicht in Betracht gezogen werden sollte, da man bey Festsetzung der Strafe mehr auf den Vorsatz des Verbrechers, als auf seinen Stand sehen sollte; denn, ob er ein Adlicher, oder Bürgerlicher ist, macht in der That nichts aus, er bleibt einmal Verbrecher, und man braucht hier nicht auf seine Ahnen, noch auf seine hohen Anverwandten Rücksicht zu nehmen. Diese durch die Caroline festgesetzte Strafe wird auch heutiges Tages angewandt, und die meisten Particulair-Verordnungen bestimmen solche fast in allen Punkten. Der erhabne Gesetzgeber Preussens sagt §): wer sich des Hochverraths schuldig macht, soll nach Verhältniss seiner Bosheit und des angerichteten Schadens, mit der härtesten und schrecklichsten Leibes- und Lebensstrafe hingerichtet werden: obgleich der Gesetzgeber nicht eigentlich die Strafe bestimmt hat, so ersieht man doch aus den folgenden Abschnitt §. 102., dass sie in der Radstrafe von untenauf, mit Flechtung des Körpers auf das Rad, besteht, welche eigentlich für die Landesverräther bestimmt ist; denn auch des Landesverräthers Kinder sollen die nemlichen nachtheiligen Folgen, die aus den Hochverrath entspringen, erdulden. Dieses sind die Grundsätze, welche das gemeine Recht von dem schrecklichsten Verbrechen, dass jemand unternehmen kann, uns auf-

aufgestellt hat. *Filangieri* ^{b)} mag sich immer über die Grausamkeit der Gesetze beklagen, mag immer Roms Gesetzgebung unter den frühern Kaysern gelinder schildern, so schadet dies nichts. Gut, wie er selbst sagt, ists, wenn strenge Gesetze gelten, und auf teutschen Thronen die Menschheit regiert. Wenn gleich Barbaren nicht solche Strafen auf die Staatsverbrechen setzten, als die Gesetze unsrer Zeit, so bedenke man nur, dass auch Barbaren noch nicht die Folgen des Verbrechens so überdachten, als wie wir; dass Barbaren nicht so viel an der Ruhe und Sicherheit des Staats, und aller und jeder Mitglieder desselben gelegen war, als uns; dass Barbaren, denen Krieg erwünscht, Unruhe angenehm waren, da bey ihnen mehr Tapferkeit galt, nicht das bey diesen Verbrechen empfanden, was wir empfinden; Tausende, und oft Millionen Menschen, werden die unglücklichsten Geschöpfe durch dieses Verbrechen, da durch andere nur wenige Mitglieder, oder nur ein einziger, unglücklich wird. Die schrecklichste und grausamste Strafe muss gerecht seyn, sobald dadurch die Ruhe und Sicherheit des Staats befördert wird, und sie zum wirklichen Abscheu anderer dient. Man lasse immerhin an den Gerichtsplatz die mitleidsvollen Seelen wüthen, und spotten über eine solche Gesetzgebung; man lasse immerhin die Gesetzgebung grausam nennen, nachher zeigen sich bey ruhiger Ueberlegung dieser

ser

ser Wüthenden die Folgen ihres Abscheus; der Gedanke: auch dir kann einst diese Strafe treffen, sichert sie vor jeder solcher boshaf-ten Handlung.

a) l. 3. D. ad l. Iul. de maj.

b) *Tacitus* anal. lib. 1. Cap. 72. *Paul.* in Sent. rec. L. v. tit. 29. *Schulting* Iurisp. antej. p. 575.

c) l. 5. ad l. Iul. majest.

d) *Paul.* Sent. recep. L. v. tit. 29. §. 1. in dem angeführten Gesetz steht hiervon nichts.

e) C. 24.

f) Art. 124. P. G. O. *Böhmer* ad art. 124. C. C. §. 9.

g) All. Landrecht. 2 T. 20 Tit. 2. Ab. §. 93.

h) *Filangieri* Gesetzgeb. 4 B. 45. C. worinn er vortrefflich die Strafe des Hochverraths nach römischen Recht entwickelt.

§. 57.

Von den man-
cherley Mei-
nungen über
die Verjäh-
rung des Hoch-
verraths.

Da das Verbrechen des Hochverraths eines der schwersten ist, so wollen einige Rechtslehrer schon deshalb solches nicht unter die verjährbaren Verbrechen zählen^{a)}. Allein ich habe schon an einem andern Orte gezeigt, dass es bey Verjährung der Strafe gar nicht auf die Schwere, noch auf die Leichtigkeit der Strafe ankommt. Ich muss deshalb auch hier obige Frage verneinen, ob ich gewiss hier selbst lieber die entgegengesetzte Meinung annehmen würde. Der Lex 5. c. ad

ad l. I. Maj. beweist nicht, dass dieses Verbrechen unverjährbar sey, denn dieses spricht bloß von der gesetzlichen Strafe der Hochverräther. Da nun die allgemeine Regel gilt: dass alle Verbrechen verjährt werden können, bis nicht das Gegentheil durch die Gesetze selbst dargethan wird, so muss auch hier diese Regel angewendet werden. Daher man auch behaupten kann, dass dieses Verbrechen binnen 20 Jahr verjährt wird, wenn nicht durch particulier Verordnungen das Gegentheil erwiesen werden kann, womit auch viele Rechtslehrer übereinstimmen b).

a) *Böhmer* ad Carp. p. III. quaest. 141. Ob. I. n. 5.
Quistorp a. a. O. §. 865.

b) *Engau* a. a. O. §. 43. *Paalzov* a. a. O. §. 180.

§. 58.

Die allgemeine Regel, welche wir in §. 23. aufgestellt haben, ist durch die Meinung der Rechtslehrer nicht erschüttert worden, da wir zu zeigen bemüht waren, dass alle diejenigen Verbrechen, welche sie aus der Classe der nicht verjährbaren Verbrechen ausnehmen, dennoch verjährt werden können, und dass weder in den göttlichen noch menschlichen Gesetzen eine Ausnahme hievon vorhanden sey. Um dass aber die Bearbeitung dieses Gegenstandes nicht mangelhaft ist, so muss ich jetzt die einzelnen Verbrechen vollständig

Alle Verbrechen können verjährt werden.

ständig durchgehn, ihren Begriff und Strafe bestimmen, und den Anfang der Verjährung bey jeden derselben zeigen. Ich erwähle hier diejenige Ordnung, welche mir die natürlichste scheint.

§. 59.

Von dem Majestätsverbrechen und dessen Verjährung.

Die Staatsgesellschaft muss als die heiligste Verbindung betrachtet werden, daher ich auch von solchen Verbrechen, welche gegen die bürgerliche Gesellschaft unternommen werden zuerst handeln will. Ich übergehe hier den Hochverrath als das schrecklichste Verbrechen, welches gegen den Staat begangen werden kann, da ich schon vorher von diesem gehandelt habe. Zu diesen gehört nun

a) Das Laster der beleidigten Majestät, welches von sehr weiten Umfang ist, sich aber wesentlich von dem Hochverrath unterscheidet. Der Regent repräsentirt im Staat zwey Personen, er ist als Oberhaupt des Staats anzusehn, er ist aber auch als Privatperson zu betrachten. Wenn wir den Regenten als Oberhaupt des Staats ansehen, als Gesetzgeber seines Landes, und uns gegen denselben eines Verbrechens theilhaftig machen, wodurch wir Handlungen, die der Regent in Staats - und Regimentssachen unternahm, tadeln; wenn man mit Verachtung von den Aemtern und Würden die der Regent

gent vertheilt hat, spricht u. d. g. Handlungen mehr unternimmt; so begeht man das Verbrechen der beleidigten Majestät, also ein solches Verbrechen, welches gegen das Oberhaupt des Staats unternommen wird. Consumirt ist dieses Verbrechen sogleich, als diese Handlungen, welche gegen das Oberhaupt des Staats unternommen sind, vollendet sind. Die Bestrafung dieses Verbrechen, welche von den Regenten selbst abhängt, wird nach der Grösse des Vorsatzes bestimmt, und besteht entweder in der Schwerdtstrafe, oder anderer sehr harter Leibesstrafe. Hiermit stimmen auch die preussische Gesetze überein ^{a)}. Das Verbrechen wird in einer Zeit von zwanzig Jahren verjährt, da in den Gesetzen keine Ausnahme, weder zur Verkürzung, noch Verlängerung dieses Zeitraums vorhanden ist ^{b)}. — Wenn auch gleich einige Rechtslehrer den Unterschied zwischen dem Verbrechen der beleidigten Majestät, und dem Verbrechen der schuldigen Ehrerbietung gegen den Regenten nicht aufzufinden glauben ^{c)}, so ist er doch wirklich vorhanden. Denn es ist hier eine wirkliche Beleidigung vorhanden, welche, weil sie dem Regenten geschehn ist, härter bestraft zu werden verdient, als jede andere; allein sie ist nicht zu den Verbrechen der beleidigten Majestät zu zählen, da sie auch andern, welche keine Majestät besitzen zugefügt werden kann. Derjenige der einen Geistlichen, indem er sein Amt verrichtet, beleidiget,

get, wird gewiss härter bestraft, als der, der ihn ausser seinen Amtsverrichtungen injuriert. Der Geistliche bleibt immer ein Geistlicher und so glaube ich, dass auch der Unterschied bey denjenigen Verbrechen, welche dem Regenten zugefügt werden, vertheidiget werden kann. Es ist aber nicht blos theoretischer Wortkram, sondern es hat dieser Unterschied praktischen Nutzen. Denn ist eine solche Beleidigung gewiss, so kann der Richter sogleich auf die gesetzliche Strafe erkennen, und er braucht nicht die Erklärung des Regenten, wie bey dem Laster der beleidigten Majestät abzuwarten um die Strafe zu bestimmen. Ferner treten auch bey diesem Verbrechen die Grundsätze von Injurien ein, welches auch bey der Verjährung grossen Einfluss hat.

a) *all. Landrecht.* 2 Th. 20 Tit. 197. seq.

b) *Böhmer I. Crim. Sect. II. §. 84. Engau a. a. O. §. 43.*

c) (*Paalzov*) *Iurisp. crim. §. 418.* man bemerke aber *Böhmer ad Carpzov. 941. Obs. 10. Quistorp p. Recht. 1 Th. §. 159.* und *Abh. über die Majestätsverbrechen überhaupt Insp. 1781. 8.*

§. 60.

Von den übrigen Staatsverbrechen.

Ferner rechne ich hierher

b) Landesverrätherey ^{a)}, Landfriedensbruch ^{b)}, Landzwang ^{c)}, Brandstiftung ^{d)}, Wegelagerung ^{e)}, öffentliche Gewalt, Verbrechen gegen die Obrigkeit unerlaubte Selbsthülfe, Erbrechung der Gefäng-

fängnisse, Verrückung der Grenzen, Muntzverbrechen, Diebstahl öffentlicher Gelder, Bestechungen, und alle solche Verbrechen wodurch die Ruhe und Sicherheit des Staats unmittelbar beeinträchtigt wird; diese alle können in einer Zeit von zwanzig Jahren verjährt werden e).

a) Das allgemeine Landrecht macht einen dreyfachen Unterschied zwischen der Landverrätherey. s. II Th. tit. XX. §. 100. seq.

b) in *Chursachsen* publicirtes Mandat vom I. 1706. und 1712. ist die Verjährung aufgehoben. *Quistorp* Beyträge St. 3. n. 16.

c) *all. Land. a. a. O.* §. 1509.

d) *Strubens* rechtl. Bedenken Bed. I. 179. *Klein Annalen.* 13 B. p. 131. wo vorzüglich die hierher gehörige Frage entwickelt wird, in welchen Fällen ist die Brandstiftung für vollendet zu achten?

e) in particulier Verordnungen werden aber öfter hiervon Ausnahmen gemacht.

§. 61.

Alle Verbrechen, welche wider die Religion laufen, als: Gotteslästung, Zauberei, Meineid, und Ketzerey können in zwanzig Jahren verjährt werden. Alle Verbrechen, welche gegen das Leben und Gesundheit anderer laufen, können verjährt werden. Dahin gehört der Todtschlag, Mord, Meuchelmord, Kindermord, Aussetzung der Kinder, Giftmischung,

Von den Verbrechen welche wider die Religion laufen.

schung, Selbstmord, Duelle, Verwundungen, Selbstverstümmelung. Viele Rechtslehrer behaupten, dass der Todschat unvertährbar sey; fragen wir nach dem Grunde, so verweisen sie uns auf die Bibel. – Diejenigen Rechtslehrer, welche behaupten, dass nicht alle Verbrechen, oder deren Strafe vertährt werden können, theilen sich in drey Classen. Nämlich einige Rechtslehrer nahmen an, dass nicht die schweren, sondern blos die leichtern Verbrechen vertährt werden könnten, andere, dass einige der Verbrechen in den Gesetzen selbst von der Vertährung ausgenommen wären, von beyden haben wir schon geredet; also bleibt jetzo noch die dritte Meinung zu erläutern übrig, ob nemlich nicht diejenigen Verbrechen, welche in der heiligen Schrift enthalten sind, von der Vertährung auszunehmen wären ^{a)}. Man zählt hier her: den Todschat, Ehebruch, und Sodomie, und mehrere andere Verbrechen. Diese Meinung kann aber eben so wenig, wie alle übrige vertheidiget werden. Wollten wir diese Ausnahme machen, so mussten wir auch die Meinung vertheidigen, dass allgemeine positive Gesetze vorhanden wären, welche für alle Menschen verbindlich sind. Keiner meiner Leser wird es mir verdenken, wenn ich mich auf diese Streitfrage gar nicht einlasse, indem sie schon hinlänglich von den ansehnlichsten Rechtslehrern verneinend ^{b)} beantwortet ist. Ist es aber
aus-

ausgemacht, dass es keine allgemeine positive göttliche Gesetze gibt, so kann ich auch die Meinung nicht annehmen, dass die Verbrechen, welche in der heiligen Schrift enthalten sind, nicht verjährt werden können, und zwar aus folgenden Gründen: 1) die peinlichen Gesetze, welche in der heiligen Schrift enthalten sind, sind bloß für die Juden gegeben, sind bloße Particulair-Verordnungen. 2) Sie gelten nur dann in Teutschland, wenn sie in Particulair - Verordnungen bestätigt sind, wodurch sie das Ansehn menschlicher Gesetze erhalten. 3) Da die Verjährung der peinlichen Strafe durch die heilige Schrift nicht verboten ist, so kann auch diese, wenn sie durch die Gesetzgeber festgesetzt worden ist, auf jene Verbrechen, welche in der heiligen Schrift enthalten sind, gezogen werden. Diese Gründe haben mich bewogen, so wie mehrere andere, c) die entgegengesetzte Meinung anzunehmen, und daher auch zu behaupten, dass der Todtschlag verjährt werden kann, wenn gleich durch die Stelle Genes. IX. 1. 6. das Gegentheil dargethan wird.

a) vorzüglich *Grantz* Def. inquis. c. 8. m. 1. nr. 15.

Knorre de praes. crim. Sect. 3. §. 3.

Brunnemann process. crim. inq. c. XI. n. 3.

b) *Hommel* in den philosoph. Gedanken über das Criminalrecht, herausgeb. von *Rössig*. (Breslau 1784.) §. 58.

c) *Engau* a. a. O. §. 29. seq. und *Rave* a. a. O. §. 164. und *Eichmann* in not. a. a. O.

*Von solchen
Verbrechen,
welche wider
das Eigen-
thum laufen.*

Verbrechen gegen das Eigen-
thum, als: Diebstahl, Raub, Kirchen-
raub, Verfälschungen, Banquerotti-
ren ^{a)}, Wucher, Concussion und
Praevarication können in zwanzig Jahren
verjährt werden. Was den Diebstahl ins-
besondere betrifft, so machte der Römer un-
ter dem crimen peculatus, und dem eigentli-
chen Diebstahl einen Unterschied, und woll-
te ersteres binnen fünf, letzteres aber binnen
zwanzig Jahren verjährt wissen ^{b)}. Allein,
da wir nach heutigen criminalistischen Grund-
sätzen das Crimen peculatus zum Diebstahl
überhaupt zählen, so kann auch solches nicht
eher, als nach Verlauf von zwanzig Jahren,
verjährt werden ^{c)}. Es entsteht hier noch
eine Nebenfrage, welche ich anderswo schon
berührt habe. Wenn jemand drey Dieb-
stähle beging, welche nicht zu den gefähr-
lichen zu zählen sind, und er jetzt wegen die-
ses Verbrechens, nachdem er den erstern
verjährt hat, in Criminaluntersuchung gezo-
gen wird, kann er jetzt als ein grosser und ver-
läumdeter Dieb betrachtet werden? Es konn-
te scheinen, dass es sich in diesem Fall eben
so verhielte, wie in dem, da der Dieb wegen
des ersten Diebstahls begnadiget wurde. Al-
lein dennoch ist hier ein wichtiger Unter-
schied, indem durch die Verjährung jede
Strafe getilgt wird; daher auch, wenn der
Dieb den ersten Diebstahl verjährt hat, er
nicht

nicht als ein verläumdeter Dieb anzusehen ist, da der peinliche Richter diesen Diebstahl gänzlich ignoriren muss.

a) Nach den Mandat von 1724. kann in Sachsen der Banquerout nicht verjährt werden. Es heisst hier — §. 12. , dass gegen die festgesetzte Strafe keine Praescription oder Verjährung statt finde.

b) l. 7. D. de peculatu.

c) (*Paalzov*) Jurispr. crim. §. 802. *Quistorp* a. a. O. §. 867.

§. 64.

Verbrechen, wodurch die Ehre eines Menschen beleidiget wird, als Injurie, Pasquill, können in einer Zeit von zwanzig Jahren verjährt werden. Wenn gleich wegen den Injurien unter den angesehensten Rechtslehrern Streit obwaltet, so bezieht sich dieser Streit nicht auf die peinliche Strafe der Injurie selbst, sondern auf die Privatgenugthuung, obgleich auch *Ludewig* glaubt, dass selbst die peinliche Strafe binnen Jahresfrist verjährt werden könnte. Die Regel aber, dass jedes Verbrechen in zwanzig Jahren verjährt werden kann, steht auch hier fest. Nemlich die peinliche Strafe, welche auf die Injurien gestellt sind, erlöschet mit Ablauf von zwanzig Jahren ^{a)}, es kommt hierbey nichts auf die Streitigkeit der Rechtslehrer an, ob der Richter verbunden sey deshalb von Amts wegen zu verfahren, oder erst darum gebeten werden muss, oder ob die Injurie eine

*Von Injurien
und Pasquillen.*

ein blosses Privatverbrechen, oder öffentliches Verbrechen sey b). Weber schliesst c) aber obige Regel hier in engere Grenzen, und behauptet, dass, wenn der Beleidigte auf eine öffentliche Strafe, anstatt der Privatstrafe, antrüge, dieser Antrag binnen Jahresfrist verjährt werde, weil der Beleidigte nach Ablauf dieser Zeit gar kein Recht mehr habe, seine Ansprüche vor Gericht zu verfolgen. Letzterer Grund betarf aber, wie wir gleich nachher zeigen wollen, einer näheren Prüfung. Es bleibt nur hier noch die Frage zu entscheiden übrig: wenn ehr die Verjährung anfangt? Die Verjährung der Strafe der Injurie fängt mit dem Augenblick zu laufen an, da das Verbrechen begangen ist, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, ob der Beleidigte etwas erfahren hat, oder nicht; genug, wenn blos der Richter davon Nachricht erhalten hat; denn sonst kann auch die Verjährung nicht anfangen, da, wie wir oben gezeigt haben, die Verjährung gegen einen Richter, der von dem Verbrechen nichts gewusst hat, nicht laufen kann d). Nach gemeinen Rechten steht es dem Beleidigten frey, auf die öffentliche Bestrafung, oder auf Privatgenugthuung zu dringen; ist eines erkannt, so kann das übrige nicht erbethen werden, da es unbillig seyn würde, wie Weber sagt, jemanden doppelt zu strafen. Wenn auch gleich dieser Satz nach gemeinen Rechten vertheidiget wird, so ist er nach *preussischen* Grundsätzen unanwendbar f),
in

in dem Fall nemlich, wenn der Richter von Amtswegen bey Injuriensachen verfahren kann. Er kann aber alsdann von Amtswegen verfahren, wenn Realinjurien vorhanden sind. Die Pasquille werden in der nemlichen Zeit verjährt, ohne darauf zu sehen, ob noch die Schrift vorhanden ist, oder nicht.

a) l. 12. C. de falsis. Der lex 56. de injuriis scheint zu widersprechen, allein dieses Gesetz spricht blos von der Privatgenugthuung, wovon hernach.

b) *Weber* über Injurien. und Schmähschriften, 2te Abh. p. 16.

c) a. a. O. p. 157.

d) Es könnte zwar scheinen, dass die Injurie erst dann verjährt werden könnte, wenn der Beleidigte davon Nachricht erhielt; allein ohne allen Grund, da selbst nach gemeinem Rechte die Privatklage verjährt wird, wenn auch gleich der Beklagte davon nichts wusste, dass ihm eine Beleidigung zugefügt sey. arg. l. 8. C. de dolo malo.

Glück de vita petendae rest. in integ. cap. 3. §. 28. opus. iurid. IV. 14 seq.

e) a. a. O. p. 123.

f) Allg. Landrecht. 2ter Th. 20 Tit. §. 649.

§. 65.

Ganz andere Grundsätze treten ein, wenn von der Verjährung der Privatgenugthuung geredet wird, worüber so vieler Streit unter den Rechtslehrern herrscht a). Ohne mich auf

*Von der Ver-
jährung der
Privatgenug-
thuung bey den
Injurien.*

H

diese

diese Streitigkeit einzulassen, die von Weber vollständig ausgeführt wird, so glaube ich mit ebengenannten Schriftsteller ^{b)} annehmen zu können, dass alle Injurienklagen in einer Zeit von einem Jahre, welches *continuus*, und nicht *vtilis* ist, erlöschen. Der Hauptgrund, woraus diese Meinung vertheidiget wird, ist: das Gesetz ^{c)} macht keinen Unterschied unter den verschiedenen Klagen; folglich ist auch nicht nothwendig, dass wir die Zeit anders bestimmen wollen. Da übrigens die Injurienklagen auf Rachgierde abzwecken, und nach Verlauf einer solchen Zeit die Beleidigung der Beleidigte nicht mehr so stark fühlt, so kann auch schon aus diesem Grunde die Meinung angenommen werden: die Verjährung läuft hier von dem Tage an, da die Injurie geschehen ist, wenn nur nichts an den wesentlichen Bestandtheilen einer Injurie fehlt, ohne zu unterscheiden, ob der Beleidigte die Injurie gewusst hat, oder nicht. Diese Meinung enthält auch gar nichts unbilliges; denn, wenn der Beleidigte, bey solchen Lästerungen, die seinen guten Namen zweideutig machen, sich nicht beruhigen will, so kann er der *provocatio ex lege diffamari* sich bedienen, um dadurch zu bewirken, dass die geschehne Lästerung, als unerwiesen angesehen werde. Die Verjährungszeit in Rücksicht der Privatklagen bey den Injurien schränkt das *preussische Landrecht* ^{d)}, in einen noch engern Zeitraum, als das gemeine Recht, und will, dass

dass die Privatgenugthuung in drey Monathen erloschen sey, wodurch aber, so wie nach dem gemeinen Recht ^e), das Recht der Beleidigten zum eigentlichen Schadenersatz noch nicht erloschen ist.

a) Die gewöhnliche Theorie läuft darauf hinaus, dass die peinliche Klage in 20 I. die Civillklage, wegen der im cornelischen Gesetz genannten Fälle in 30 I. so auch die Klage auf Abbitte und Wiederruf verjährt wird; (Schöpfer de declaratione honoris th. 35. die aestimatorische Klage aber in einem Jahr verlöschet. Es würde offenbar die Gesetzgebung etwas unbilliges enthalten, wenn man diese Theorie annehmen wollte, da es fast unmöglich ist, sich nach einer so langen Zeit auf die kleinsten Umstände zu besinnen. *Weber a. a. O. p. 149.* — Was von Injurien überhaupt gesagt ist, gilt auch von Pasquillen, obgleich *Gail. obs. II. 104.* (das Gegentheil behauptet *Müller ap. Struv. tit. de inj. th. 65.*

b) *a. a. O. p. 141. p. 155.*

c) *l. 17. §. 6. de inj. l. 5. C. de injur. Si autem nixam inconsulto calore prolapsus homicidio convicium objecisti, et et ex eo die annus excessit, quum injuriarum actio annus tempore praescripta sit, ob injuriae ad missum conveniri non potes.*

d) *alt. Landrecht a. a. O. §. 659.*

§. 66.

Aus der Classe der in zwanzig Jahren zu verjährenden Strafe der Verbrechen, bleiben mir noch diejenigen übrig, welche nach dem römischen

Von der Einführung.

Recht nach dem *lege Iulia de vi publica et privata* beurtheilt werden. Wir haben schon an einem andern Ort gezeigt, dass die unerlaubte Gewalt, sie mag eine öffentliche, oder Privatgewalt seyn, binnen zwanzig Jahren verjährt wird. Dieser Grundsatz muss nun auch auf diejenigen Verbrechen, welche nach diesem Gesetz insbesondere beurtheilt werden müssen, angewandt werden, dahin ich die *Entführung* und die *Nothzucht* zähle. Wenn wir gleich die Entführung zu den Fleischesverbrechen zu zählen pflegen, so ist doch nach römischen Recht dieses nicht zu behaupten, da der Römer bey der Entführung die *vis* überwiegender glaubte, als die Wollustbefriedigung. *Marcian* ^{a)} sagt deutlich, dass dieses Verbrechen nicht nach dem *lege Iulia de adulteriis* zu beurtheilen sey, und daher auch nicht binnen fünf, sondern erst binnen zwanzig Jahren verjährt werden kann; wenn auch gleich nach Verordnung des *Valens*, *Gratian* und *Valentinian* ^{b)} zu behaupten wäre, dass die Entführung binnen 5 Jahren verjährt werden könnte, so hat doch diese Meinung in der Praxis keinen Eingang finden können, da diese Verordnung in *Cod. Theod.* enthalten ist. Die Verjährung fängt mit dem Augenblick an, da die Entführung vollbracht ist ^{c)}. Die Entführung wird aber alsdann für vollbracht angesehen, wenn die unverläumdete Person, hinterlistiger Weise an einen entlegenen Ort gebracht ist. War ihre und ihrer Aeltern

tern

tern Einwilligung zur Wegbringung vorhanden, und hat der Entführer keine wollüstigen Absichten gehabt; so fehlt es an dem Begriff der Entführung, und kann daher auch nicht als vollendet angesehen werden.

a) l. 5. §. 2. D. ad leg. Iul. de vi pub.

b) Cod. Theod. tit. 3. p. 216.

c) Dass die Entführung binnen zwanzig Jahren verjährt wird, behaupten *Quistorp* a. a. O. §. 515. n. * (*Paalzov*) *Iuris prud. crim.* §. 548. *Engau* a. a. O. §. 58. *Rave* a. a. O. §. 163. u. m. a.

§. 67.

Ferner rechne ich noch hierher die *Nothzucht* (*stuprum violentum*), welche auch nach dem *lege Iulia de vi publica* beurtheilt werden muss; das Gesetz ^{a)} sagt: *praeterea punitur huius legis poena, qui puerum, vel foeminam, vel quemquam per vim stupraverit.* Wenn aber nun die Nothzucht nach Grundsätzen von der Gewalt beurtheilt wird, so muss, da nach dem l. 12. C. de falsis der Grundsatz gilt: alle Verbrechen werden in zwanzig Jahren verjährt, dieser Grundsatz auch hier angewandt werden. Dieser Meinung ist auch *Ulpian* ^{b)} selbst zugethan, indem er sagt: *eum autem, qui per vim stuprum intulit vel mari, vel foeminae, sine praefinitione huius temporis accusari posse, dubium non est: cum enim publicam vim committere nulla dubitatio est.* Aus dem Grunde
nehm-

nehmlich, weil der Nothzüchtiger ein Crimen publicae vis begangen hat, kann die Nothzucht erst in zwanzig Jahren verjährt werden. Einige c) Rechtslehrer glauben zwar, dass, wenn die Stuprata nach Verlauf von fünf Jahren, oder noch früher, die Klage wegen der Nothzucht nicht anhängig gemacht hätte, sie nachher ungültig sey, weil man ihr keinen Glauben mehr wegen der begangnen Gewaltthätigkeit beylegen könnte; allein diese Behauptung ist nicht begründet. Denn 1) müsste doch gewiss seyn, dass man nach zwanzig Jahren eine Gewaltthätigkeit gar nicht mehr erweisen könnte, 2) konnte nach dieser Meinung kein einziges Verbrechen, welches aus einer unerlaubten Gewalt entspringt, verjährt werden. Das Lynkerische Beyspiel, das *Engau* anführt, beweist soviel, dass die Richter hier mehr auf Billigkeit gesehn haben, und nicht auf die Strafe des Stupri erkennen konnten, weil das Corp. delicti nicht gewiss war; aber es wird dadurch gar nicht dargethan, dass man immer so erkennen müsse.

a) l. 3. §. 4. D. ad l. Iul. de vi pub.

b) l. 29. §. 9. D. ad l. Iul. de adult.

c) *Engau* a. a. O. §. 58.

Zweiter Unterabschnitt.

Von
der Verjährung der peinlichen Strafe
 in einer Zeit von fünf Jahren.

§. 68.

In den generellen Grundsätzen von der Verjährung der peinlichen Strafe (§. 20.) haben wir gezeigt, dass gewisse Verbrechen erst in fünf Jahren verjährt werden; nemlich diejenigen, welche in dem *lege Iul. de adult.* und dem *SC. Silaneano* enthalten sind. Wir sprechen hier blos von denen, welche in dem *l. Iul. de adult.* enthalten sind, da diejenigen, welche durch das *SC. Sil.* von der zwanzigjährigen Verjährung ausgenommen sind, zum Theil bey uns nicht mehr vorhanden sind, zum Theil aber auch nach andern Grundsätzen beurtheilt werden, z. B. der *Peculat.* — Welche Verbrechen sind aber in dem *lege Iul. de adult.* enthalten? Diese Frage hat unter den Rechtslehrern grossen Streit veranlasst. Im allgemeinen lässt sich folgende Regel festsetzen: *es sind in dem lege Iulia de adult. alle Fleischesverbrechen, ausser der Nothzucht und den Jungfern- oder Weiberraub, begriffen.* Es gehören also folgende Verbrechen hier her: das *Adulterium*, *Lenocinium*, *Stuprum*, *Sodomie*, *Incest* und die *Bigamie*.

Von

Von jedem derselben wollen wir insbesondere handeln.

§. 69.

*Von dem
Adulterio.*

Alle Verbrechen, welche im lege Iulia de adult. enthalten sind, werden in einer Zeit von fünf Jahren verjährt. *Ulpian* sagt: (l. 29. §. 6. D. ad l. Iul. de adult.) *et melius est dicere, omnibus admissis ex lege Iulia venientibus quinquennium esse praestitum.* Dieses quinquennium fängt von dem Tage zu laufen an, da das Verbrechen geschehn ist, und geht bis zu dem Tage, da die postulatio erfolgt, oder die Klage anhängig gemacht worden ist, allein nicht bis auf den Tag, da wegen des Verbrechens Gericht gehalten wurde (§. 7. eben daselbst). Das adulterium ist ein solches Verbrechen, welches unter dem lege Iulia begriffen ist, es muss also auch dieses in fünf Jahren verjährt werden; es kommt darauf nicht an, ob die Anklage entweder vom Manne, oder Vater, oder auch von einem Fremden angestellt wird. Wir könnten jetzt gleich diesen §. beenden, wenn nicht das römische Recht uns hier einen Satz aufgestellt hätte, der noch erläutert zu werden verdiente. Es stellt uns nemlich den Grundsatz auf, dass die Anklage wegen des Ehebruchs, die vom Mann oder Vater erhoben wurde, binnen 60 Tagen geschehn müsste, sonst ging das
das

das sogenannte *ius mariti et patris accusare* für sie verloren ^{a)}. Wenn eine Ehefrau einen Ehebruch begangen hatte, so stand dem Manne sowohl, als dem Vater eine privilegierte Anklage zu. Das Privilegium, oder die Eigenheit dieser Anklage, bestand darinn, dass, wenn der Mann oder der Vater binnen 60 Tagen die Frau oder Tochter des Ehebruchs wegen anklagte, die *Inscriptio in crimen* ganz wegfiel ^{b)}. Der Mann wurde bey der Anklage dem Vater vorgezogen ^{c)}. Sobald diese sechzig Tage verflossen waren, konnte die Anklage gegen die Ehebrecherinn noch 4 Monath lang angestellt werden, allein diese war nicht mehr privilegiert, sondern die *inscriptio in crimen* fand statt, es möchte nun entweder der Mann, oder der Vater, oder ein Fremder die Anklage anstellen. Aus diesem verschiedenen Zeitraume entsprang die fünfjährige Verjährung, denn es war sehr leicht möglich, dass diese 6 Monathe dergestalt in die Länge gezogen wurden, dass daraus dieser Zeitraum entstand, indem das *tempus* ein *tempus utile* war ^{d)}. Nach dieser Zeit aber kann gegen die Ehebrecherinn keine Anklage statt haben ^{e)}. Hieraus lassen sich denn die Gesetze, welche über diesen Gegenstand in den Pandecten vorkommen, erklären. – Die Grundsätze des römischen Rechts leiden durch Verschiedenheit der Prozessarten keine Abänderung, da bey dem Ehebruch der Richter nicht *ex officio* angehalten wird, den Ehebruch zu unter-

untersuchen; sondern die Anzeige abwarten kann. Carl ist selbst der Meinung, welche er nicht undeutlich in art. CXX. zu verstehn giebt. Es würde auch wahre Schande für unser aufgeklärtes Jahrhundert seyn, wenn wir noch bey diesen Verbrechen den inquisitorischen Prozess gelten lassen wollten, wodurch gewiss mehr Nachtheil gestiftet würde e). Die Strafe des Ehebruchs kann aber nicht, obgleich Carl selbst der Meinung ist, nach römischen Rechten heutiges Tages bestimmt werden, indem wir nicht mehr über diesen Gegenstand so denken als die Römer dachten. Neuere Gesetzgeber f) lassen blos nachtheilige Folgen, nicht aber Strafe, dem Ehebruch folgen. Die vernünftigste Strafe, würde nach meiner geringen Meinung, das Verbot seyn, dass künftig der Ehebrecher sowohl, als das Mädchen, oder die Frau, mit der er zu thun gehabt, nicht heyrathen dürften. Freylich müsste man hier nicht auf den Stand des Verbrechers Rücksicht nehmen, noch auf die Geldsummen, welche er verschwenden würde, wenn er von dieser Strafe befreit werden könnte.

a) l. 14. §. 2. l. 30. §. 1. l. 4. §. 2. l. 2. §. 8. ff. ad leg. Iul. de adult.

b) l. 9. C. l. 37. §. 1. D. de minorib.

c) l. 14. §. 2. ad l. I. de adult.

d) L. 11. §. 5. D. l. 6. C. ad l. Iul. de adult. Es dürften blos diejenigen Tage gezählt werden, da die Klage

Klage angebracht werden konnte. *Hoffmann* ad l. Iul. de adult. Cap. 6. in *Fellenberg* Iurisp. antiqua n. IV.

e) *Cella* über Verbrechen und Strafen in Unzuchtsfällen. §. 62.

f) Allgemeines Landrecht f. preuss. Staasen. II. Th. XX. Titel §. 1061.

§. 70.

Bey Unzuchten kommen öfters *Von dem*
Gehülfen vor, welche aus niedriger *Lenocinio.*
Absicht die fleischlichen Verbrechen,
obgleich mittelbar, zu befördern suchen. Vor-
züglich gehören hierher die Kuppler. Die
Kupplerey, (*lenocinium*) kann bald als ein
wirkliches Verbrechen, bald als eine Vergün-
stigung angesehen werden. Die Kupplerey
wurde nach dem römischen Rechte nach dem
lege Iulia de adult. beurtheilt und danach die
Strafe bestimmt; welche in einer Zeit von
fünf Jahren verjährt wird ^{a)}, da dieses der
Zeitraum ist, worinn alle Verbrechen des l.
Iul. de adult. verjährt werden. Die Verjährung
nimmt mit dem Augenblick ihren Anfang, da
die Kupplerey vollendet ist, welches alsdann
der Fall ist, wenn der Kuppler aus gewinn-
süchtigen Absichten, irgend jemanden zur
Befriedigung der Wollust Gelegenheit gege-
ben hat: darauf kommt es nicht an, ob der
Kuppler wirklich das Geld empfangen hat,
oder nicht ^{b)}.

a)

- a) l. 29. §. 6. D. ad l. Iul. de adult. l. 8. l. 9. ebenda-
selbst redet ganz deutlich von der Kupplerey.
- b) Die Strafe, welche auf die Verkupplung gesetzt ist,
ist nach den particulier Gesetzen sehr verschieden,
und wird meistens nach den Personen selbst be-
stimmt, welche sie verübt haben. *All. Landrecht*
a. a. O. §. 996. bestimmt Zuchthausstrafe von 6 Mo-
nath bis zwey Jahr. Nach sächsischem Recht, soll
ein Lenocinium qualificatum mit dem Schwerdt be-
straft werden. *Const. Elect. Saxon.* 29. p. 4. *Qui-*
storp a. a. O. §. 521.

§. 71.

Vom uneheli-
chen Bey-
schlaf.

Wenn wir gleich in dem §.
behauptet haben, dass die Nothzucht
in zwanzig Jahren verjährt wird, so
kann doch dieses nicht von einem Stupro non
violento, oder von dem unehlichen Beyschlaf,
Schwächung, behauptet werden, da die Ge-
setze selbst uns diesen Unterschied an die
Hand geben. Ulpian spricht nemlich in dem
l. 29. §. 6. von einem unehlichen Beyschlaf,
in dem l. 29. §. 9. aber von einer Nothzucht,
und behauptet, dass letztere, weil hierbey
eine vis concurrirte, in zwanzig Jahren ver-
jährt wird, erstere aber in fünf Jahren; denn
es heisst hier: hoc quinquennium observari
legislator voluit, si reo, vel reae, *Stuprum*
objiciatur. Der Grund, warum eine Noth-
zucht binnen zwanzig Jahren verjährt wird,
fællt hierbey gänzlich weg, und die allgemei-
ne Regel: jedes fleischliche Verbrechen wird
in

in fünf Jahren verjährt, tritt hier wieder ein. Die Verjährung des unerlaubten Beyschlafes nimmt ihren Anfang, wenn der Schwængerer nichts mehr mit der unverheuratheten und unverläumdeten Person zu thun hat, denn alsdann nur kann das Verbrechen vollendet seyn. Eben diese Grundsätze gelten auch von der Hurerey.

§. 72.

Wir haben die allgemeine Regel- *Von der Blutschande.*
 aufgestellt: alle Verbrechen, welche
 in dem leg. Iul. de adult. enthalten sind, werden in fünf Jahren verjährt. Der lex Iulia aber, welcher vorzüglich darum gemacht worden ist, um der Kuppeley und Ehebruch Einhalt zu thun, erstreckt sich auf alle fleischliche Verbrechen, nur nicht auf diejenigen, welche mit einem andern Verbrechen so verbunden sind, dass letztere bey Bestimmung der Strafe hauptsächlich in Betracht kommen, z. B. die Nothzucht, und der Iungferraub. Wenn also der Satz, dass alle fleischlichen Verbrechen unter dem lege Iulia de adult. begriffen sind, wahr ist, so muss dieser auch auf die *Blutschande* angewandt werden. Allein dieses wird von vielen Rechtslehren geleugnet, und angenommen, dass, (wenn man auch gleich zugiebt, dass die Blutschande verjährbar sey,) die Blutschande nicht in dem lege Iulia de adult. enthalten sey, und deshalb auch nicht binnen fünf, sondern erst
 nach

nach zwanzig Jahren verjährt werden konnte. Einen sehr guten Vertheidiger hat letztere Meinung an *Heisler* a) gefunden. *Koch* b) *Böhmer* c) und *Hoffmann* d) behaupten hingegen, dass die Blutschande schon in fünf Jahren verjährt würde. Doch nimmt *Hoffmann* nur diese Meinung in so fern an, als die Blutschande im julischen Gesetz enthalten ist, denn er glaubt, dass nach julischen Gesetz die Blutschande, bis im dritten und vierten Grad der Seitenlinie verboten sey. Wir wollen jetzt suchen die Gründe und Gegengründe der Rechtslehrer, so vollständig als möglich aufzustellen, und nachher unsere Meinung über diesen Gegenstand beifügen.

a) *Heisler* von der Verjährung der Blutschande und übrigen fleischlichen Verbrechen in verbotenen Graden, in s. jurist. Abhandl. Halle 1778. Diese Meinung vertheidiget auch *Rave* a. a. O. §. 63. und *Eichmann* ebendasselbst in d. no. n. und *Kress* zum art. 117. C. C. C. §. 3.

b) *Comp. j. crim.* §. 338.

c) *Diss. de incestu quinquennali praes.* und ad *Carpz. quaes.* 114. ob. 4.

d) a. a. O. C. 8. §. 5. Dieser Meinung ist auch *Quistorp* a. a. O. §. 867.

§. 73.

Gründe für
und gegen die
Meinung, dass
die Blutschan-

Diejenigen Rechtslehrer, welche behaupten, dass binnen fünf Jahren die Blutschande verjährt wird, unter

unterstützen mit folgenden Gründen *de in zwanzig Jahren verjährt werde.*
ihre Meinung.

a) Es wäre eine ausgemachte Regel, dass alle Verbrechen, welche in dem lege Iul. de adult. begriffen wären, binnen fünf Jahren verjährt würden. b) Dass aber die Blutschande in diesem gedachten lege begriffen wäre, sey daraus sichtbar, weil nach *Augusts* Verordnung, durch dieses Gesetz alle fleischliche Verbrechen eingeschränkt werden sollten. c) *Ulpian*, *Paulus*, (Sent. recep. lib. 2. l. 19. §. 5.) und *Papinian* begreifen selbst den Incest mit unter den lex Iulia; denn *Ulpian* sagt in leg. 29. §. 6. d. Gesetzes *et alii similes*; also alle andere Verbrechen, welche als solche angesehen würden. d) Daraus, dass die Gesetze verordneten, dass die Blutschande, verbunden mit dem Ehebruch binnen zwanzig Jahren verjährt werden sollte, sey sichtbar, dass die Blutschande binnen fünf Jahren verjährt würde, weil durch die Verbindung zweyer Verbrechen die Verjährungszeit verdoppelt würde. Mit weit stärkern Gründen vertheidiget *Heisler* die entgegengesetzte Meinung, die vor ihm, *Matthäus* a), *Carpzov* b), *Duarenus* c), *Clasen* d), und *Engan* e) behauptet haben. Er sucht seine Meinung aus den Gesetzen sowol, als aus andern Umständen zu erweisen: er behauptet a), dass in dem l. 29. §. 5. D. ad l. Iul. de adult. diese Meinung angenommen sey, indem

indem *Papinianus* die Frage: ob ein mit einer nahen Verwandten verübter Ehebruch, binnen fünf, oder zwanzig Jahren verjährt würde, dahin entschieden hätte, dass dieser binnen zwanzig Jahren erst verjährt würde. Durch die Verbindung zweyer Verbrechen aber konnte unmöglich eine solche Vergrößerung der Zeit entstehn. b) Das Wort *coniunctam*, welches in gedachtem Gesetze vorkommt, sey nicht *Bedingungsweise* zu verstehn, sondern die Stelle müsste so verstanden werden, als wenn *Papinianus* geschrieben: *crimen incestus etiamsi conjunctum sit cum adulterio*. c) *Pomponius* und *Paulus* (l. 8. D. de ritu nup. l. 39. §. 1. D. ebendasselbst) sagen, dass der Incest bloß vermöge einer Gewohnheit verboten sey, nicht aber durch ausdrückliche Gesetze. d) *Papinian* und *Ulpian* sind die besten Zeugen in dieser Sache, indem sie in l. 4. D. de quaest. behaupten, dass bey der Untersuchung des Incestes die peinlichen Anfragen bey den Kirchen gänzlich wegfallen, weil (ich muss mich hier der eignen Worte der Gesetze bedienen,) *et lex Iulia cessat de adulteriis*. Diese Stelle erklärt *Heisler* so, weil das Iulische Gesetz bey dem Laster der Blutschande weg falle, weil letztere nicht darunter begriffen sey. e) Keine Art der Blutschande wäre im Iulischen Gesetze enthalten, denn *Paulus* Meinung, wenn er schreibt: (Sent. recep. l. 2. tit. 26. §. 15.) *Incesti poenam, quae in viro deportatu, mulieri placuit remitti; noctenus tamen, quatenus lege Iulia de adult. non apprehen-*

prehenditur, sey blos von dem Falle zu verstehen, wenn mit der Blutschande ein Ehebruch verbunden sey. Dies sind nun die Gründe *Heislers*, welche auch *Eichmann* gebraucht hat, um diese Meinung gelten, zu machen. Wir wollen nun prüfen, ob sie alle eine strenge Untersuchung aushalten.

a) de criminib. tit. 48. tit. 3. C. 6. n. 7.

b) pract. crim. p. 2. quaest. 74. n. 49.

c) tit. ad l. Iul. de adul. c. 8.

d) zu dem art. 117. C. C. C. am Ende.

e) a. a. O. §. 58.

§. 74.

Die Hauptgründe *Heislers* und der übrigen Gegner sind die, welche ich unter no. a) d) und e) angeführt habe. Es wird nemlich der Satz aufgestellt, dass durch die Verbindung zweyer Verbrecher die Strafe nicht verdoppelt werde; wenn daher jemand an einer geweihten Sache einen Diebstahl begeht, so kann er solchen in zwanzig Jahren, so wie jeden andern Diebstahl, verjähren, und nicht in vierzig Jahren. Wenn jemand eine Nothzucht, wo doch ein Stuprum und eine vis verbunden sind, begeht, so könnte dieses in zwanzig Jahren, und nicht in einem grössern Zeitraum verjährt werden; dies sey auch bey dem Jungfernraub der Fall behauptet *Heisler* a). Allein dieser Satz ist nicht überall anzunehmen, sondern vielmehr das Gegen-

I

theil

theil zu behaupten, nur muss man nicht sagen, dass durch die Verbindung zweyer Verbrechen die Verjährungszeit verdoppelt werde, sondern der Zeitraum wird nur in so weit verlängert, als es möglich ist. Nun aber gilt der Grundsatz: jedes Verbrechen wird in zwanzig Jahren verjährt, folglich kann auch bey der Verbindung mehrerer Verbrechen kein grösserer Zeitraum angenommen werden. Die römischen Gesetze entscheiden deshalb immer, wenn von der Verjährung zweyer verbundenen Verbrechen die Rede ist, dass sie erst in zwanzig Jahren verjährt werden können. Der Grund ist, wie ich glaube, kein anderer, als weil die Strafe vermehrt wird, und es von einer unbilligen Gesetzgebung zeigen würde, wenn ein grösserer Verbrecher eben die Vortheile geniessen sollte, als ein geringerer. Es wird niemand ein Beyspiel für das Gegentheil dieses Satzes aufweisen können, genug Beyspiele aber für diesen Satz. Z. B. bey dem Jungfernraube, bey der Nothzucht, bey dem Sacrilegio ist dies der Fall; es können auch nur Beyspiele von fleischlichen Verbrechen angeführt werden, wo die Verbindung beyder nur einen Zeitraum von fünf Jahren bewirkte, und hier ist mir kein Fall bekannt. Daher konnte auch Papinian in l. 39. §. 5. D. ad leg. Iuliam gar nicht anders entscheiden, er verdoppelte auch hier den Zeitraum nicht, sonst hätte er nach *Heislers* Meinung, doch zum wenigsten 25 Jahr an-

annehmen müssen, allein er sagt in zwanzig Jahren, wird das Verbrechen verjährt, weil dieses der entfernteste Zeitpunkt ist. Aus dieser Darstellung werden meine Leser ersehn, dass die Meinung Heislers auf diesem Grunde gestützt, unrichtig sey, indem hierdurch nicht erwiesen wird, dass die Blutschande in zwanzig Jahren verjährt werde, sondern blos erwiesen wird, dass der Satz des römischen Rechts: wo zwey Verbrechen mit einander verbunden sind, die Verjährung verlängert werden müsse, richtig sey. Der unter no. d) angeführte Grund hat schon mehreres Gewicht, beweist aber das nicht, was Heisler glaubt. Die Tortur der Slaven war fast bey allen Verbrechen gewöhnlich, nur konnten die Slaven nicht peinlich bey den Verbrechen ihrer Herren befragt werden a). Ihr Zeugniß, es mochte nun von ihnen freiwillig abgelegt, oder durch Zwang herausgebracht seyn, bewies gar nichts b). Einige Verbrechen waren aber hievon gänzlich ausgenommen, wohin man vorzüglich die Staatsverbrechen, und den Ehebruch zählt c). Bey dem Ehebruch konnte aber die Tortur der Slaven nur dann statt haben, wenn der Mann, oder der Vater sich seiner privilegirten Anklage bediente (§. 69.). Liess er diese 60 Tage, binnen welchen diese privilegirte Anklage angestellt werden mußte, verstreichen, so konnten auch die Knechte nachher nicht torturt werden d). Wenn wir diese Grundsätze

tze nicht annehmen, so gerathen wir mit den Gesetzen selbst in einen heftigen Widerspruch. Der Frau war deshalb auch verbothen worden, binnen 60 Tagen nach verübten Ehebruch ihre Slaven freyzulassen ^{e)}; hier ist kein andrer Grund vorhanden als der, dass während dieser Zeit die privilegirte Anklage gebraucht werden konnte, und bey dieser die Marter der Slaven statt hatte. Unter dieser Einschränkung nur war die Marter der Slaven auch bey dem Ehebruch gebräuchlich; denn sonst fand sie auch hier nicht statt; und dieses war auch der Fall bey dem stupro ^{f)}. Allein *Heisler* behauptet gerade zu das Gegentheil ^{g)}, denn er nimmt an, dass die Marter der Slaven nicht nur bey der privilegirten Anklage, sondern auch bey dem Ehebruch überhaupt, und bey allen Verbrechen welche im Iulge Iulia enthalten sind, statt gefunden hat. Sein Hauptgrund, den er anführt, ist der l. 5. D. de quaest. Man müsste nemlich bey dem stupro einen Unterschied machen, ob es allein, oder in Verbindung mit einem andern Verbrechen geschehn war; war es allein, so fand die Tortur nicht statt. L. 17. §. 1. de quaest. sed et in quaestione stupri servi adversus dominum non torquentur ^{h)}. War aber das Stuprum mit einem Ehebruch, oder der Incest mit dem Ehebruch in Verbindung, so fand die Tortur der Knechte statt, weil bey dem adulterio dieses in gewisser Rücksicht der Fall war. Nicht nur diese Gesetze wider-

widerstieten der Meinung Heislers, sondern auch glaubwürdige Schriftsteller, welche er nicht widerlegt hat, wohin ich *Cicero* i), und *Valerius Maximus* k) zähle. Wenn der Satz, dass die Marter der Slaven nicht bey den Verbrechen, welche zum julischen Gesetz gehörten, statt gefunden hat, als wahr angenommen werden muss, so muss man auch das von den Gegnern angeführte Gesetz nicht so verstehn, als wie die Worte lauten, sondern die Worte Ulpian's sind alsdann so zu erklären: bey dem Incest findet keine Tortur der Slaven statt, weil dieser nach dem lege Julia de adult. nicht statt hat; quia et lex Julia de adulteriis cessat. Diese Erklärung rechtfertigen die Verbindungsworte, *quia et*. Weil nemlich die Marter der Slaven nach dem julischen Gesetz nicht statt findet, so kann sie auch nicht bey dem Incest angewendet werden.

a) Schon nach den 12 Tafelgesetzen war dies verboten, und wurde nachher noch durch ein SC. bestätigt, und blieb bis in die neueren Zeiten als Regel L. 1. §. 5. D. de quaest. *Westphal* von der Tortur der Griechen, Römer und Teutschen, §. 48.

b) L. 1. §. 19. D. de quaest. L. 18. §. 7. D. h. t.

c) L. 1. §. 20. D. de quaest.

d) *Paul. Sent.* L. 2. tit. 26. §. 9. Servi vero, tam mariti, quam uxoris, in causa adulterii, torqueri possunt: nec his libertas sub specie impunitatis data valebit.

e) *Westphal* a. a. O. §. 67.

f) L.

f) L. 17. §. 1. D. de quaest.

g) a. a. O. §. 14.

h) wenn auch gleich Heisler dieses Gesetz zu verdrehen sucht, s. *Westphal* §. 68. am Ende.

i) pro Milone.

k) L. 6. c. 8.

§. 75.

Der dritte Hauptgrund, den Heisler anführt ^{a)}, besteht darin, dass nicht nur eine Art von Incest, sondern beyde Arten desselben in dem *lege Iulia de adult.* nicht begriffen sind. Sein Beweis ist folgender: Paulus nemlich sagt, dass die Blutschande, in soweit das julische, wieder die Ehebrecher gerichtete Gesetz darauf keinen Anspruch hat, bey einer Weibsperson nicht sträflich sey. Daraus folgert er, dass die Blutschande, sobald das julische Gesetz Anspruch darauf machen kann, nach dem Sinn des Paulus auch bey einer Weibsperson sträflich seyn müsse. Wäre nun von der, gegen die bürgerlichen Gesetze laufenden, Blutschande die Rede, so müsste folgern, dass auch eine Weibsperson der Strafe sich unterwerfen müsste; welches letztere offenbar gegen die Rechte anstossen würde. Allein ohnerachtet dieses Beweises, gegen den sich noch manches einwenden liesse, ist doch der Satz Heislers unrichtig. Schon *Hoffmann* ^{b)} hathinlänglich erwiesen, den auch *Heisler* nicht widerlegen konnte, dass

dass in den Gesetzen von der Blutschande nach bürgerlichen Rechten die Rede sey, indem *Paulus* ausdrücklich sagt: *quatenus incesti poena in lege Iulia non apprehenditur*, welches gewiss nicht von dem Fall zu verstehn ist, wenn der Incest mit dem Ehebruch verbunden ist. Aus dieser kurzen Wiederlegung der Gründe Heislers, ersieht man, dass auch diese Meinung nicht anzunehmen sey. Der Gegner Gründe habe ich zum Theil kurz angeführt; ich will aber, da ich selbst der Meinung zugethan bin, dass die Blutschande in fünf Jahren verjährt wird, sie noch etwas weiter auszuführen suchen. Es kommt alles auf den Beweis an, dass die Blutschande unter dem julischen Gesetz begriffen ist, welcher nun folgender ist. Es wird nicht nur der Blutschande im gedachten Gesetz Erwähnung gethan, sondern auch selbst *Paulus* behauptet dieses. Er schreibt nemlich c); *si vero cognatam contra interdictum duxerit, remissio mulieris juris errore ipse poenam adulterii legis Iuliae patitur, non etiam ductam*. *Paulus* sagt hier ganz deutlich, die Weibsperson, welche eine Blutschande begangen hat, ist nicht zu strafen, weil ihr die Unwissenheit der Gesetze zu Hülfe kommt, aber die Mannsperson, welche eine solche blutschänderische Ehe mit ihr einging, soll die Strafe, welche im *lege Iulia de adulter.* enthalten ist, erdulden. Wenn Heislers diese Stelle als unverfälscht angenommen hat, so hat er auch zugestehn

gestehn müssen, dass die Blutschande in dem lege Iulia enthalten ist; denn wie wäre es sonst möglich gewesen, auf ein sonstiges verändertes Verbrechen, ein und die nehmliche Strafe zu setzen. Übrigens ist es ja bekannt, dass nach römischen Rechten diejenigen Verbrechen, welche in ein und demselben Gesetz enthalten waren, auch mit ein und derselben Strafe belegt wurden. Dieser und der in dem §. 74. angenommene Grund von der Tortur der Slaven hat mich überredet, die entgegengesetzte Meinung, die übrigens auch die Praxis anerkennt, anzunehmen. Ist es aber nun gewiss, dass die Blutschande in dem lege Iulia begriffen ist, so muss sie auch in fünf Jahren verjährt werden; welches auch von den mehresten Criminalisten angenommen wird d).

a) a. a. O. §. 16.

b) a. a. O. C. 8. §. 5. *Westphal* von der Tortur u. s. w. §. 68.

c) Sent. recep. l. 2. t. 19. §. 5.

d) *Quistorp* a. a. O. §. 867. *Westphal* Criminalrecht p. 270.

§. 76.

Da man bey der Berechnung der Verjährung der peinlichen Strafe vorzüglich darauf Rücksicht zu nehmen hat, wenn ehr das Verbrechen vollendet ist, so fragt es sich auch hier, wenn ehr die *Blutschande als vollendet*

det betrachtet werden kann? Es ist diese Frage unter den Criminalisten streitig; ohne mich jedoch auf diese Streitigkeit einzulassen, so nehme ich auch hier die allgemeine Regel, an, welche bey den Fleischesverbrechen gilt, dass die Blutschande nicht eher vollendet ist, als bis die Einlassung des Saamens geschehn ist, ohne darauf zu sehn, ob in einem Lande die Todesstrafe, oder eine Leibesstrafe auf den Incest gesetzt ist ^{a)}.

- a) *Quistorp.* peincl. Recht, 1ter Th. §. 504. Allgemeines Landrecht, p. Staat, 2 T. 20 Tit. §. 1039. bestimmt die Todesstrafe niemals, sondern höchstens die Festungsstrafe.

§. 77.

Zu den Fleisches-Verbrechen zählt *Von der Sod-*
 man auch die *Sodomie*, oder jede wie-*domie.*
 dernatürliche Befriedigung fleischlicher Lüste. Die Sodomie kann auf eine dreyfache Art begangen werden; entweder treibt jemand mit sich selbst Unzucht, oder mit Menschen, oder Thieren. Thut er es mit Menschen, so gehören diese entweder zu seinem, oder einem andern Geschlechte. Aus dieser Darstellung entspringt die *Sodomia ratione ordinis naturae*, *ratione generis* und *ratione sexus*. Die Römer bestraften vorzüglich die Knabenschändung ^{a)}, und bestimmten in verschiedenen Zeiträumen ^{b)}, theils hærte, theils gelindere Strafen. Carl der Vte ^{c)}, setzte auf die *Sodomia*

domia ratione sexus und generis die Feuerstrafe. Die Praxis ^{d)} aber hat blos auf die Sodomia ratione generis die Feuerstrafe bestimmt, welche aber, wenn die Einlassung des Saamens nicht erweislich ist, in einer Schwerdtstrafe, ja bisweilen auch in einer Leibesstrafe besteht. Die Sodomia ratione sexus wird in der Regel mit dem Schwerdt bestraft, meistens aber wird sie blos mit einer Leibesstrafe belegt. Allein alle diese Strafen sind den Verbrechen nicht angemessen, und zeigen noch von Rohheit unsrer Zeit ^{e)}. Dadurch, dass der Sodomit mit dem Schwerdt oder mit dem Feuer bestraft wird, wird dieses Verbrechen noch bekannter. Ruthen und Stauenschlag reizen mehr, als dass sie die Wollust vertilgen sollten, wie man dies bey Lünglingen wahrnehmen kann, welche das schreckliche Laster der Onanie getrieben haben, und deshalb öffentlich mit Ruthen gepeitschet wurden. Harte und mühsame Arbeit, wenig nahrhafte Speisen, würden gewiss eine bessere Wirkung hervorbringen, als obige Strafen, da hierdurch die Wollust ehr getilgt wird ^{f)}. — Zur Vollbringung dieses Verbrechen wird nach dem Gerichtsgebrauch die Einlassung des Saamens erfordert; sonst kann auf die gesetzliche Strafe nicht erkannt werden. Die Einlassung des Saamens muss aber erwiesen seyn, bey der Sodomia generis, kann dieses durch das eigne Geständniss des Sodomiten geschehn. Die Onanie ist alsdann als vollbracht

bracht anzusehn, wenn die Auslassung des Saamens erfolgt ist.

- a) Christius in Historia leg. Scatiniae.
- b) Constantin und Constans setzten die Todesstrafe darauf, L. 31. C. ad l. Iul. de adult., und Iustinian wollte gar, dass das Glied, mit der die Sodomie begangen wäre, abgehauen werden sollte, änderte aber in der Folge die wiedernatürliche Strafe. Nov. 144.
- c) P. G. O. art. 116.
- d) Quistorp a. a. O. §. 500. Koch Comp. j. crim. §. 345.
- e) Cella von den Verbrechen in Unzuchtsfällen §. 27. u. s. w.
- f) all. Landrecht, f. etc. Staaten bestimmt Zuchthausstrafe und Ortsverbannung auf die Sodomia generis. 2 Th. XX. tit. §. 1069.

§. 78.

Wegen der Verjährung der peinlichen Strafe sind die Rechtslehrer nicht einig. Einige nemlich glauben, dass die Sodomie als ein so schreckliches, und selbst in göttlichen Gesetzen verbotenes Laster, nicht verjährt werden kann ^{a)}, andere glauben es wegen seiner Schwere aus der Klasse der verjährbaren Verbrechen ausschliessen zu müssen ^{b)}. Allein beyde Meinungen habe ich schon hinlänglich geprüft, und ihren Ungrund zu erweisen gesucht. Noch andere Rechtslehrer glauben, dass die Sodomie erst in 20 Jahren verjährt werden

werden kann ^{c)}, vorzüglich die *Sodomia generis*; noch andere vertheidigen die gegründete Meinung, dass dieses Verbrechen schon binnen fünf Jahren verjährt wird ^{d)}. Diejenigen Rechtslehrer, welche glauben, dass binnen zwanzig Jahren die Sodomie verjährt wird, haben vorzüglich zwei Gründe, denn 1) nehmen sie an, weil die Sodomie ein weit schwereres Verbrechen, als der Incest sey, so müsste dieses binnen zwanzig Jahren verjährt werden. 2) weil in dem *lege Julia* gar nicht von der Sodomie überhaupt, sondern nur höchstens von der Knabenschändung geredet würde. Allein beyde Gründe halten bey näherer Untersuchung nicht stich. Denn es ist schon hinlänglich erwiesen worden, dass auch der Incest binnen fünf Jahren verjährt wird, und das dieses Gesetz nicht allein von der Knabenschändung, sondern auch von jeder Art der Sodomie verstanden werden müsse. Denn es heisst hier, *cum vir nubit, in foeminam viris porrecturam, quid capiatur, ubi sexus perdidit locum? ubi scelus est id, quod non proficit scire? ubi Venus mutatur in alteram formam?* Die letztere Meinung ist daher als die richtigere anzunehmen, und zu behaupten, dass binnen fünf Jahren die Sodomie verjährt wird. 1) Weil bey der Verjährung nicht auf die Schwere der Verbrechen geachtet wird; 2) die Sodomie ein im julischen Gesetz enthaltenes Verbrechen ist. Da nun die Verbrechen, welche im julischen Gesetz ent-

hal-

halten sind, binnen fünf Jahren verjährt werden, so muss hier auch dies der Fall seyn. Dass aber die Sodomie in dem julischen Gesetz begriffen ist, ersieht man aus dem l. 31. C. ad leg. Iul. de adult.

- a) *Müller ad Struv.* exerc. X. L. IX, th. 91. lit. 9. *Berger oec. iur.* p. m. 874.
- b) Die bey *Müller ad Struv.* 49. §. 42. angeführten Schriftsteller.
- c) *Matthaei de crim.* lib. 48. tit. 3. c. 6. *Rave a. a. O.* §. 163.
- d) *Eichmann* in not. zu *Rave a. a. O.* §. 286. *Quistorp a. a. O.* §. 501. not. *)

§. 79.

Von den Fleischesverbrechen ist nun noch die *Bigamie* übrig. Die Bigamie, oder das Verbrechen der gedoppelten Ehe begeht derjenige, welcher in einer ehelichen Verbindung lebt, und sich mit einer andern Person trauen lässt. Es unterscheidet sich die Bigamie daher von dem eigentlichen gedoppelten Ehebruch so dass in diesem Fall die zwey Personen, in ehelicher Verbindung leben welche ein Fleisches Verbrechen begehen. Der Bigamus wird heutiges Tages nicht mehr mit der Todesstrafe, sondern mit irgend einer Leibesstrafe, Verurtheilung zur öffentlichen Arbeit auf ein oder mehrere Jahre belegt. Diese Grundsätze bestätigt auch das preussische Land-

Landrecht ^{a)}). Die Bigamie ist sobald vollendet, sobald die priesterliche Einsegnung, und der Beyschlaß erfolgt ist. Es ist nicht nöthig, daß beyde Theile wegen der Einlassung des Saamens übereinstimmen; nur allein in dem Falle erfordert dies die Praxis, wenn nach particulier Verordnungen die Todesstrafe darauf gesetzt ist ^{b)}).

a) a. a. O. §. 1066.

b) *Quistorp* a. a. O. §. 469.

§. 80.

Die Strafe der Bigamie, so wie jede der Fleischesverbrechen, wird in fünf Jahren verjährt. Obgleich auch andre Rechtslehrer aus folgenden Gründen die entgegengesetzte Meinung vertheidigen. 1) In keinem Gesetz sey eine Ansnahme gemacht worden, daß die Bigamie von der einmal festgesetzten Regel auszunehmen sey, daß alle Verbrechen binnen zwanzig Jahren verjährt werden. 2) Die Bigamie sey ferner ein weit schwereres Verbrechen, als der Ehebruch: folglich müßte auch eine längere Verjährungszeit hier eintreten. 3) Die R. Gesetze erforderten überdies, daß, wenn ein Ehebruch mit der Bigamie verbunden sey, in zwanzig Jahren die Verjährung vollendet sey. 4) Vorzüglich sey dieses nach den sächsischen Rechten zu behaupten, da hier ein *adulterium duplicatum* erst nach zwan-

zwanzig Jahren verjährt werden kann, und der nehmliche Grund des Gesetzes vorhanden sey. Allein alle diese Gründe, welche zum Theil sehr seicht sind, können den Grundsatz: die Bigamie wird in fünf Jahren verjährt, nicht umstossen. Die Bigamie ist nehmlich nach römischen Recht, theils als eine Species des Ehebruchs, theils aber auch des Stupri anzusehn, heutiges Tages als eine Art des Ehebruchs. Was nunmehr von der Gattung gilt, muss auch von den Unterarten derselben gelten. Es ist aber nunmehr schon oben hinlänglich gezeigt worden, dass der Ehebruch sowohl, als das Stuprum, in dem L. Iul. de adult. begriffen sey: folglich muss auch die Bigamie in demselben enthalten seyn, und daher auch in fünf Jahren verjährt werden. Man ist wegen des Anfangs der Verjährungszeit in Ungewisheit; allein wenn man bedenkt, dass die Bigamie zu den fortgesetzten Verbrechen gehört, so kann auch die in §. 24. gegebne Regel hier angewendet werden. Bey den fortgesetzten Verbrechen gilt aber die Regel: die Verjährung fängt erst dann zu laufen an, wenn die letzte Handlung geschehn ist, nicht ehr also, bis das Verbrechen geendiget ist. Wenn ehr ist aber nun die Bigamie geendiget? Die Beendigung der Bigamie kann auf mehrere Art geschehn.

a) Durch den Tod einer Ehegattin, entweder der erstern, oder zweiten, mit der der Bigamus in ehelicher Verbindung lebt a). b) wenn die eine Ehe durch richterliche Sentenz ist aufgehoben worden. c) behauptet Thomasius b), wenn der Bigamus mit der einen, oder andern Ehegattin nichts mehr zu thun hat, und wegen des begangnen Verbrechens Reue bezeigt. Der erstere Punkt braucht nicht erläutert zu werden; wohl aber der zweite und dritte. Wenn die eine Ehe durch richterliche Sentenz ist aufgehoben worden, so wird der Bigamus gar nicht gehindert, eine andere Ehe einzugehn. z. B. Cajus lebte mit der Sempronia in ehlicher Verbindung, er verlässt sie, und heurathet an einem entfernten Orte die Titia; die Sempronia dringt auf Aufhebung der Ehe, wegen boshafter Verlassung des Ehemanns, die Ehe wird getrennt. Nach fünf Jahren erfährt der Richter dass Cajus sich schon zu der Zeit, als er die Sempronia geehliget hatte, mit der Titia verbunden war, er will ihn strafen, so geht dieses nicht, da der Cajus durch den Ablauf der Zeit schon dieses Verbrechen verjährt hat. Ist die Ehe nicht durch richterliche Sentenz aufgehoben, und einer von diesen Eheleuten, oder beyde, heurathen, so bleibt die nachherige ehliche Verbindung mit einer andern Person, strafbar, und die Strafbarkeit derselben kann auch nicht durch den Ablauf von fünf Jahren gehoben werden, weil die

er-

erste Verbindung noch nicht getrennt ist. Wir haben jetzt immer Fälle untergestellt, wo beyde Eheleute einer und derselben Religion zugethan sind. Wie verhält es sich aber dann, wenn die Eheleute verschiedner Religion sind? Wenn der catholische Ehemann, der eine Lutheranerin zur Frau hat, sich, nachdem die Ehe einseitig durch richterliche Sentenz getrennt ist, mit einer andern verbindet, da seine vorige Ehegattin dies auch that, was ist hier rechtens? Kann diese eheliche Verbindung als eine Bigamie betrachtet werden, oder nicht? Wenn ein lutherischer Ehegatte als unschuldiger Theil von dem catholischen Ehegatten, als schuldigen Theil getrennt wird, so kann jener eine Ehe ohne Bedenken eingehn ^{c)}, und er begeht keine Bigamie, allein dieser er mag schuldig oder unschuldig seyn, begeht eine Bigamie, da in Rücksicht seiner die Ehe nicht als getrennt angesehen werden kann. Die ehliche Verbindung ist auf Seiten seiner eine ewige Verbindung, welche nur aus zwey gerechten Ursachen, oder durch erlangte Dispensation aufgehoben werden kann. Gesetzt aber dieser Catholik, ging dennoch, ohne Dispensation erhalten zu haben, mit einer andern Person eine Ehe ein, nach dem die vorige Ehe durch Scheidung von Tisch und Bett einseitig gehoben wäre, so würde er eine Bigamie begehn, aber dennoch nicht mit der gewöhnlichen Strafe der Bigamie belegt

K

legt werden können, weil er hier ein Verbrechen begeht, welches nach Staatsgesetzen als erlaubt, nach kirchlichen Gesetzen aber als unerlaubt angesehen wird. Er würde aber dennoch diese Strafe, welche nach den Kirchengesetzen darauf gesetzt ist, auch nach fünf Jahren verjähren können, da sowohl weltliche als geistliche Verbrechen verjährbar sind. Wenn die Bigamie endlich dadurch getrennt wird, wenn der Bigamus von der einen Ehegattin, mit der er in einer gedoppelten Ehe lebt, ablässt, so fängt auch die Verjährung mit dem Tage der Trennung zu laufen an. Geht aber dieses wohl an, dass der Bigamus sich selbst von seiner Ehegattin trennen kann, und nachher die mit der vorigen Ehegattin geschehne Verbindung fortsetzt? muss nicht auch hier der Richter die Ehe trennen? Es treten hier ganz andere Grundsätze ein, behauptet *Thomasius*, als bey dem vorigen Fall. Die Ehe, welche der Bigamus nachher einging, war schon gleich anfänglich null und nichtig, und kann daher auch von den Eheleuten selbst aufgehoben werden. Allein diese Grundsätze sind gänzlich falsch, und den Grundsätzen des Eherechts ganz zuwider d), indem die Ehe durch beyderseitige Einwilligung, wenn auch ein solcher Nichtigkeitsgrund vorhanden ist, nicht eigenmächtig getrennt werden kann. Daher auch nur in den beyden von mir aufgestellten Fällen,
die

die Bigamie geendiget wird, und mit Endigung derselben auch erst die Verjährung anfängt e).

- a) Durch den Tod des Bigamus wird freylich auch die Ehe getrennt; allein ich habe diesen Fall um deswillen hier nicht angeführt, weil nachher die Verjährung nicht statt haben kann.
- b) *Thomasius Diss. de praes. c. bigam. §. 50. und auch Engau a. a. O. 88.*
- c) *Schnaubert Beyträge 1 B. 2 Abhandl. §. 9. n. 3.*
- d) *Lobethans Eherecht §. 2. pag. 190.*
- e) *Quistorp §. 472. Menken cur bigam. praesc. quin. absolv. Lips. 1722. Struv rechtlich. Bedenken n. 35.*

R e g i s t e r.

Der accusatorische Prozess wird durch die Verjährung aufgehoben.	§. 5.
Alle Verbrechen können verjährt werden.	17.
Alimentationsgelder können auch bey den verjährten Todschatz gefordert werden.	44.
Anfang der Verjährung bey den Injurien.	64.
Apostasie.	54. 55.
August der erste welcher Gesetze wegen der Verjährung gab.	1.
Aussetzung der Kinder.	61.
Bannprozess wird durch die Verjährung aufgehoben.	33.
Begriff der Verjährung nach teutschen Recht.	6.
Banquerottiren.	62.
Brandstiftung.	60.
Beweis der unterbrochnen Verjährung.	37.
Bestechung.	60.
Bigamie.	79.
Blutschande	72.
 wird in 5 Jahren verjährt.	73.
Carl der Ute erwähnt nichts von der Verjährung.	3.
Civilklage wird durch die Verjährung nicht gehemmt.	34. n. 1.
Citation hemmt nicht den Lauf der Verjährung, wenn sie von einem incompetenten Richter geschieht.	34. n. 2. Com.

Computatio naturalis findet bey der Verjährung statt.	§.	24.
Concussion.		62.
Continuirte Verbrechen.		22.
Confiscation der Güther findet bey einer erwiesenen Verjährung nicht statt.	40.	n. 6.
Crimen abortus hindert nicht, wenn es auch verjährt ist die Devortienklage.	44.	n. c.
Damosthenes erwähnt nichts von der Verjährung.		1.
Diebstahl wird in 20 Jahren verjährt.		62.
nicht der Peculat noch r. r.		21.
wenn jemand 3 Diebstähle begangen und einen davon verjährt hat, so ist er nicht als ein verläumdeter Dieb anzusehn.		62.
öffentlicher Gelder.		60.
Divortienklage findet statt wenn auch das Verbrechen verjährt ist.		44.
Duelle.		61.
Ehebruch.		70.
wenn er auch verjährt hebt nicht die Divortienklage auf.	44.	n. a.
Eid kann nicht den Verbrechen zum Beweis der Verjährung auferlegt werden.		37.
Eintheilung der Verjährung.		7.
Entführung.		67.
Flucht unterbricht die Verjährung.		35.
Fragen. 1) wenn in einen Lande die Verjährung galt, jetzt aber aufgehoben wird, kann da die Verjährung laufen.		28.
2) wenn durch ein neueres Gesetz die Verjährungszeit ausgedehnt wird was ist da rechtens.	28.	n. 2.
3) wenn die Gesetze des Orts, wo das Verbrechen begangen wurde, mit den Gesetzen des Orts wo der Verbrecher in Verhaft genommen wurde collidiren, was ist da rechtens.	28.	n. 3.
Gesetzgeber kann die Verjährung aufheben und einführen.	3.	18.
Griechen kannten die Verjährung nicht.		1.
Grund der Verjährung.	8.	15.
Gotteslästung.		61.
Giftmischung.		61.
Hochverrath.	§. 56.	Verjährung. 57.
		Injurien

Injurien.		§. 64.
Innung kann den Verbrecher der seine Verbrechen verjährt hat, nicht aus der Innung werfen.		40. n. c.
Inquisition generelle, specielle unterbricht die Verjährung und hebt solche auf.	32.	43.
Ketzerey.		61.
Kindermord.		61.
Kirchenbusse wird durch die Verjähr. aufgehoben.		41.
Kirchenraub.		62.
Kupplerey.		70.
Landesverrath.		60.
Landfriedensbruch.		60.
Landzwang.		60.
Laster der beleidigten Majestät.	56.	Verjährung. 59.
Lex Julia de adult.		20.
Lenocinium.		70.
Majestätsverbrechen.		56.
Meineid.		61.
Meichelmord.		62.
Mord.		61.
Münzverbrechen.		60.
Nothzucht.		67.
Oestreichschen Staat wird der Diebstahl in 10 J. verj.		21.
Oeffentliche Gewalt.		60.
Pasquill.		64.
Parricidium.	50.	Verjährung. 51.
Perduellio.		56.
Praevarication.		62.
Preeussen gilt die Verjährung nicht.		18.
Prediger verliert sein Amt, nicht wenn er ein Verbrechen verjährt hat.		42.
Privatgenugthuung.		65.
Prozesskosten muss der Verbrecher bezahlen.		45.
Quinquennium bey den Fleischesverbrechen.		68.
Raub.		62.
Regel wegen Berechnung der Verjährung.		23.
Richter, wenn er nichts von der Verjährung weiss hilft sie nichts.		46.
kann auch weiter inquiren wenn ein Verbrechen verjährt ist.		43.
Römer kannte die Verjährung.		1.
Röm. Recht dient hier als Entscheidungsquelle.		4.
Selbsthülfe.		60.
Selbstmord.		61.
(gehört eigentlich nicht zu den verjährbaren Verbrechen.)		SC. Si-

SC. Silaneanum.	§. 30.
Sodomie.	§ 77. 44. n. 6.
Strafe findet nicht nach der Verjährung statt.	40.
— — der Apostasie.	54.
— — parricidii.	50.
— — perduellio.	56.
— — untergeschobene Geburth.	52.
Trajan führte d. 20 I. Verjährung ein.	I.
Todschlag.	61.
Trauer Gelder können auch den verjährbaren Todt- schlag gefordert werden.	44. n. h.
Unterbrechung der Verjährung.	29 31. 34.
wenn die Verjährung unterbrochen ist, so kann der Richter fort inquiren.	43.
Unterschiebung der falschen Geburth.	52. 53.
Verbrechen gegen die Obrigkeit.	60.
schwere und leichte können verjährt werden.	17. 48.
Verfälschung.	62.
Verjährung Begriff. §. 5. 6. Eintheilung.	7.
Grund derselben.	8.
gibt keinen Milderungsgrund der Strafe ab.	47.
kann als Einrede gebraucht werden.	39.
wird nicht gestört, wenn einer von den Theilnehmern in Untersuchung kommt.	34. n. 4.
Verrückung der Grenzen.	60.
Vollendete Verbrechen. §. 22. Wirkungen.	40.
Wirkungen der Verjährung.	35.
Wirkung der unterbrochnen Verjährung.	38.
Wucher.	62.
Zauberey.	61.
Zeit der Verjährung.	19.
wird naturaliter gezählt.	19.
die durch Prozess verstrichen ist kann nicht mitgezählt werden.	35.
Zwanzigjährige Verjährung.	19.
Zeuge dient d. d. verjährt hat.	40. n. d.

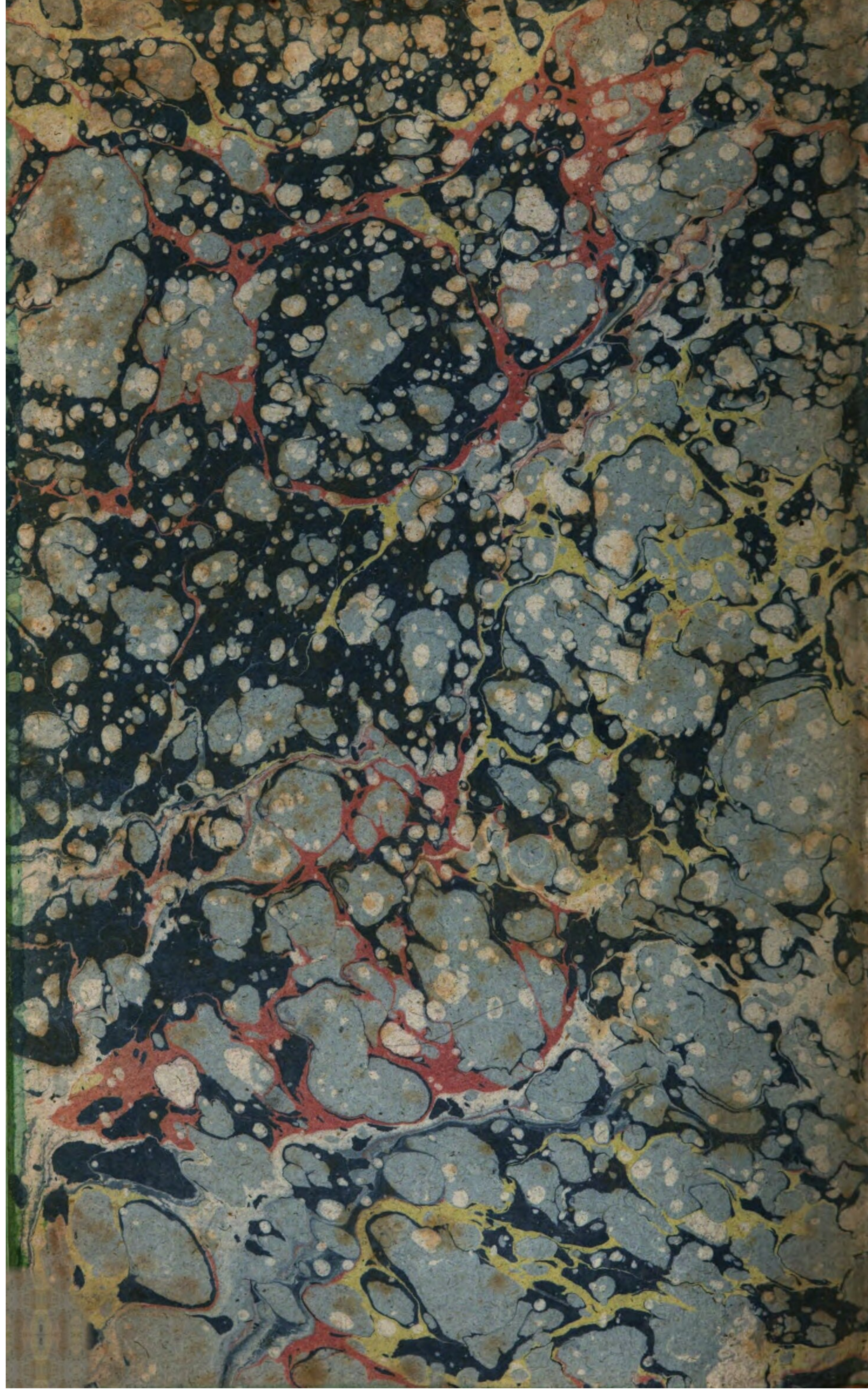
Nicht durch meine, sondern durch die Nachlässigkeit meines Correctors sind viele Fehler in diese Abhandlung gekommen, wovon ich nur die hauptsächlichsten anmerken kann.

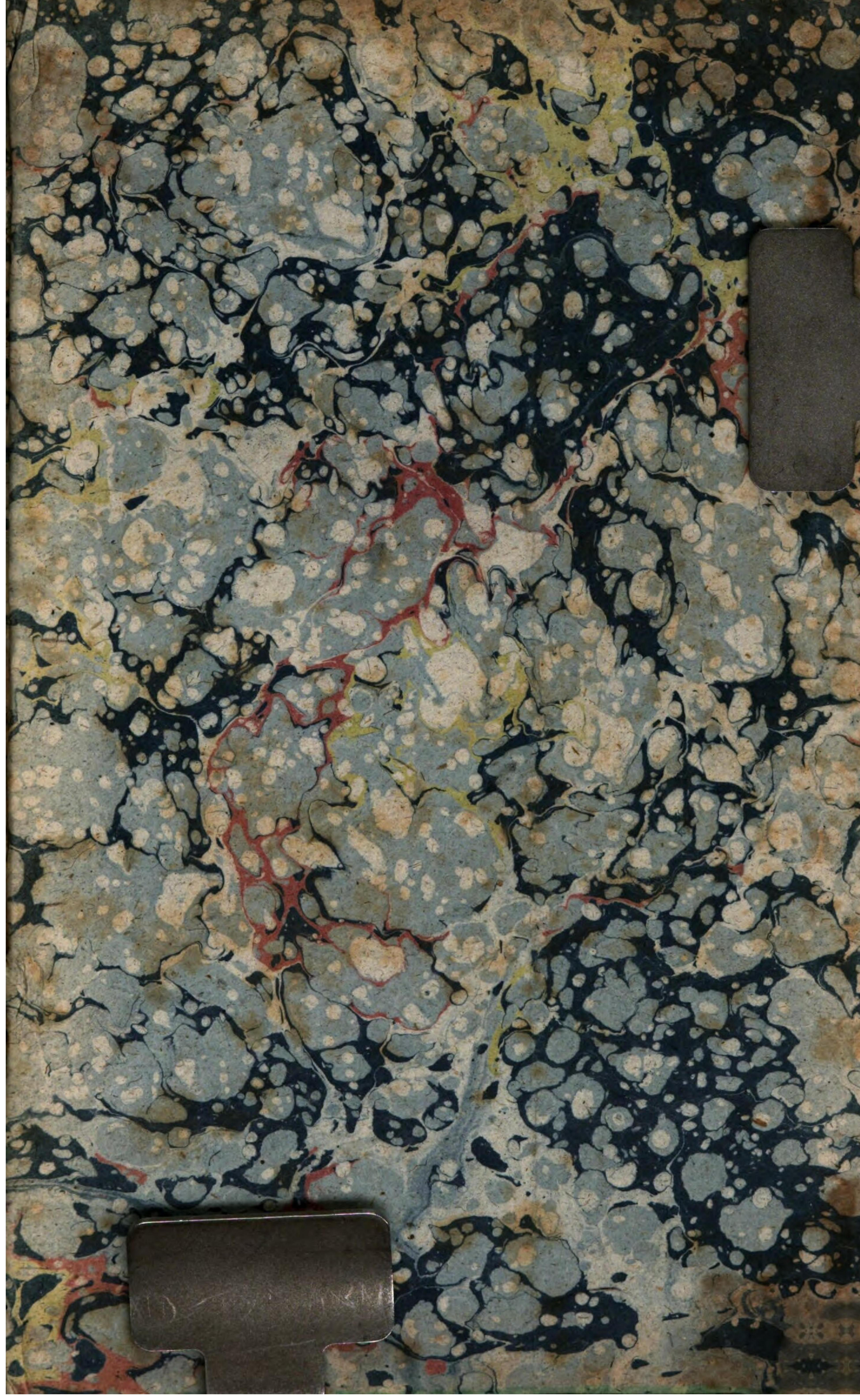
Seite	1.	Zeile	9.	ist der wegzustreichen
—	2.	—	4.	Römern lies Römer
—	3.	—	12.	mildern lies mildern
—	—	—	13.	betrachten lies betrachtete
—	4.	—	14.	hinter Gewaltanhuung lies, der
—	4.	—	16.	geredet lies redet.
—	5.	—	19.	keine weggestrichen
—	10.	§. 7.	4.	hinter könnten, vielleicht u. s. w.
—	14.	—	1.	angeführt l. eingeführt
—	17.	—	13.	Sckulden, l. Schulden
—	17.	—	23.	hinter Willen, sowohl
—	20.	—	27.	hinter erreicht, und sey weggestr.
—	22.	—	3.	werden wegzustreichen
—	25.	—	4.	unzihtig wegzust. hinter unfehlbar l. Straffen
—	26.	—	18.	praescribitur l. praescribi
—	27.	—	13.	Grundsatz l. Grundsätze.
—	31.	—	17.	leg. lies lex
—	31.	—	22.	statt des ablativ muss d. genetiv stehn.
—	37.	—	16.	hann l. kann
—	39.	—	23.	aufheben: wenn nicht
—	40.	—	12.	Civilverjährung l. Civilcomputatio
—	41.	—	20.	ein l. einen
—	43.	—	25.	1726 l. 1729.
—	45.	—	22.	Um das l. damit
—	73.	—	31.	churkosten l. Kurkosten
—	93.	—	29.	accusasio l. accusatio
—	99.	—	12.	Honorarius l. Honorius
—	115.	—	11.	th. 35.)
—	124.	—	13.	§. 67.
—	125.	—	20.	haudtsächlich l. hauptsächlich
—	128.	—	32.	noctenus l. hactenus

Kleinere Fehler habe ich gar nicht angemerkt, indem ich gewiss einen Bogen anfüllen würde. Ich überlasse es des Lesers Güte sie selbst zu ändern.

XX

Nov. 87





Gründler, Karl August,

Systematische Entwicklung der Lehre von der Verjährung der peinlichen
Strafe nach gemeinen und besondern Rechten

Halle 1796

Crim. 118

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10394415-9

VD18 14466546-001